



Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Netzwerkgesellschaft und Digital Divide
Über Alleen und Hinterhöfe der (un)vernetzten Welt“

Verfasserin

Karin Innerhofer, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 236 346

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Romanistik Französisch

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Stiehler

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	2
1. Einleitung: Spaltung durch Vernetzung	3
2. Die Netzwerkgesellschaft	8
2.1 Das Netzwerk als neue gesellschaftliche Morphologie	8
2.2 Das informationelle Zeitalter	11
3. Globaler Medienkapitalismus	14
3.1 Die kommunikative Infrastruktur	14
3.2 Global agierende Medienkonzerne als Netzwerkunternehmen	16
3.3 Probleme kleiner lokaler Medienunternehmen	18
4. Globale Medienpolitik	21
4.1 Die Rolle der UNESCO	21
4.2 Die ITU und der WSIS als Global Governance	23
5. (Un)Vernetzte Welt: Eine Bestandsaufnahme	26
5.1 Die Geografie des Internets	26
5.2 Entwicklungstendenzen	30
6. Der Digital Divide als globale Konnektivitätskluft	31
6.1 Die drei Dimensionen des Digital Divide	31
6.2 IKT-Zugang und Literalität: Ein Vergleich	35
6.3 Formaler vs. effizienter IKT-Zugang	37
7. Afrika und der Digital Divide	39
7.1 Technologische Apartheid im Informationszeitalter	39
7.2 Sozioökonomische Hindernisse für die IKT-Entwicklung	40
7.3 Fallbeispiel Kamerun: Zielkonflikte durch Global Governance	44
8. Die Überwindung des Digital Divide aus ethischer Perspektive	49
8.1 Kulturelle Autonomie und globale Verteilungsgerechtigkeit	49
8.2 Vernetzungsgerechtigkeit: Das Netzwerk als Governance-Variante	55
8.3 Globale Konsequenzen asymmetrischer Entwicklung	57
9. Perspektiven in der Netzwerkgesellschaft?	62
9.1 Kollektives Unbehagen und Furcht vor <i>technologischen Monstern</i>	62
9.2 Institutionelle Unterentwicklung und Vertrauensverlust	65
10. Résumé	69
11. Bibliographie	80
Abstract	83
Curriculum Vitae	84

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Rangliste der 15 umsatzstärksten Medienkonzerne.....	17
Abbildung 2: Internetnutzer in Prozent im Weltvergleich.....	26
Abbildung 3: Internenutzer der Europäischen Union in Prozent im Weltvergleich.....	27
Abbildung 4: Internetnutzer im Weltvergleich in Millionen.....	28
Abbildung 5: Durchdringungsrate des Internets in Prozent im Weltvergleich	29
Abbildung 6: Durchdringungsrate des Internets in Prozent der Europäischen Union.....	29
Abbildung 7: Einwohner und Internetnutzer im Weltvergleich	31
Abbildung 8: Vergleich Literalität und IKT-Zugang.....	36
Abbildung 9: Afrikanische Länder mit den meisten Internetnutzern in Millionen	40

1. Einleitung: Spaltung durch Vernetzung

„Das Internet ist das Gewebe, auf dem unser Leben beruht. Wenn die Informationstechnologie für unsere Zeit das ist, was die Elektrizität im Industriezeitalter war, so lässt sich das Internet sowohl mit dem Stromnetz oder mit dem Elektromotor vergleichen, denn es besitzt die Fähigkeit, die Kraft der Information über den gesamten Bereich menschlicher Tätigkeit zu verbreiten“ (Castells 2005: 9).

Mit diesen Worten beginnt der spanische Soziologe Castells (2005) die Ouvertüre seiner Publikation *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*. Der Vergleich der Informationstechnologie mit dem Stromnetz scheint völlig legitim. Für viele wäre ein Alltag heute weder ohne Technologie noch ohne Strom unvorstellbar. Aber eben nur für viele, nicht für alle. De facto leben auch heute noch viele (gezwungenermaßen) weder mit dem einen, noch mit dem anderen. Das Internet ist nicht das *Gewebe* aller Leben. *Unsere Zeit* ist nicht jene, nach der die Entwicklung aller tickt. Genauso, wie viele Menschen noch heute ohne Elektrizität leben und dadurch die Standards des Industriezeitalters selbst im 21. Jahrhundert noch nicht erreicht haben, so hat ein großer Teil der Menschheit heute keinen Zugang zur Informationstechnologie. Damit ist die Problematik der vorliegenden Arbeit eingeleitet: die Spaltung durch Vernetzung, sprich die Trennung zwischen denen, die an der Revolution hin zum neuen Zeitalter teilnehmen und jenen, die davon ausgeschlossen werden und allenfalls von den negativen Konsequenzen dieses Wandels betroffen sind. Dieser Grundüberlegung entsprechend, implizieren sowohl Titel als auch Untertitel der Arbeit eine Dichotomie. Sie bestehen jeweils aus der Gegenüberstellung zweier Begriffe, denen in gewisser Weise ein semantischer Widerspruch inhärent ist. Während Netzwerkgesellschaft auf das Ideal einer global vernetzten Weltgesellschaft ausgerichtet ist, macht Digital Divide auf die Kluft aufmerksam, die tatsächlich in derselben existiert. Während die Alleen eine metaphorische Anspielung auf Möglichkeiten und Potentiale der vernetzten Welt verkörpern, verweisen die Hinterhöfe auf die Schattenseiten, die mit dieser Entwicklung einhergehen, mit der Konsequenz einer Bifurkation zwischen Ein- und Ausgeschlossenen des globalen Systems. Zuletzt ist noch auf die Opposition im Ausdruck (un)vernetzte Welt zu verweisen, die gleichzeitig in Frage stellt, inwieweit tatsächlich eine globale Vernetzung existiert. Diese Gegensätze, die sich wie ein roter Faden durch die Arbeit ziehen, werden auch durch die Gegenüberstellung zweier weiterer Bezeichnungen vertieft, die hier kurz definiert werden. Es ist die Rede von den Industrieländern, sprich den Ländern des Nordens, und von den Entwicklungsländern, sprich den Ländern des Südens. Während bei den Industrieländern, wenn nicht anders angegeben, die OECD-Länder¹ allgemein oder speziell die G8-Staaten (USA, Kanada,

¹ Zur OECD (*Organisation for Economic Co-operation and Development*) gehören 34 Länder "die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft" bekennen: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn,

Deutschland, Frankreich, Japan, Italien, Großbritannien, Russland) gemeint sind, werden mit dem Begriff Entwicklungsländer, die Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ angesprochen. Diese weisen, im Vergleich zu den Industrieländern, einen Entwicklungsrückstand auf, bedingt nicht zuletzt durch eine mangelhafte Funktionsfähigkeit ihres Wirtschaftssystems. Indikatoren zur Verdeutlichung des niedrigen Entwicklungsstandes sind ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, das Leben breiter Bevölkerungsschichten am Rande des Existenzminimums, eine geringe Arbeitsproduktivität und eine hohe Arbeitslosigkeit, ein geringer Bildungsstand, eine Dominanz des primären Sektors (Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei) in gesamtwirtschaftlicher Produktion und im Export, sowie eine unzulängliche Infrastruktur (vgl. Gabler Wirtschaftslexikon.de). Grundsätzlich gliedert sich die Arbeit in drei große Teile: In einem ersten Moment ist sie darauf ausgerichtet, einige Aspekte der neuen Gesellschaftsform zu beschreiben, mit besonderem Augenmerk auf die Zentralität und das Veränderungspotential, das die IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie)² innerhalb derselben einnimmt. In einem zweiten Moment geht es darum zu betrachten, welche Länder weltweit tatsächlich von den vielen Facetten der technologischen Revolution betroffen sind, die Problematik, die sich daraus ergibt, zu theoretisieren und an einem Fallbeispiel aufzuzeigen. In einem dritten Moment schließlich wird der Digital Divide aus ethischer Perspektive im Kontext globaler Verteilungsgerechtigkeit und globaler Entwicklung diskutiert und durch persönliche Überlegungen, weniger zu Lösungsvorschlägen, als zu weitläufigeren globalen Konsequenzen, sowohl zwischen als auch innerhalb vernetztem und unvernetztem Pol, abgerundet.

Die Netzwerkgesellschaft bildet folglich den theoretischen Rahmen der vorliegenden Arbeit. Es handelt sich dabei um eine Gesellschaftsdiagnose Castells (2001), die sich auf Basis der modernen IKT, speziell dem Internet, seit der Ära des Industriezeitalters, gebildet hat. Nach einer kurzen Einführung in ähnliche Gesellschaftsbegriffe mit demselben Fokus auf die Zentralität der Information(svermittlung), wird der Funktionsmechanismus dieses neuen gesellschaftlichen Typus besprochen, und die Rolle der IKT, für Entstehung und Erhalt desselben, hervorgehoben. In Folge werden, in Anlehnung an Steinbicker (2002), die drei grundlegenden Entwicklungsschritte verfolgt, die mit diesem Prozess einhergehen bzw. die das Informationszeitalter eingeleitet haben. Neben der informationstechnologischen Revolution, werden dabei grundlegende Veränderungen aufgezeigt, die diese für das kapitalistische Wirtschaftssystem mit sich führt. Abschließend wird die Metapher des Netzwerkes im Hinblick auf Inklusion- und Exklusion, das heißt in Bezug zu der ihr innewohnenden gesellschaftlichen Polari-

Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten. Beitrittskandidat: Russland (vgl. OECD: http://www.oecd.org/document/39/0,3746,de_34968570_35009030_39992423_1_1_1_1,00.html. 12.12.2011.).

² In Folge wird in der Arbeit nur mehr die Abkürzung IKT verwendet, die für „Informations- und Kommunikationstechnologie“ steht. Dementsprechend verweist IT auf „Informationstechnologie“. Das französische Pendant zu IKT lautet TIC, sprich „Technologies de l'information et de la communication“, das englische Pendant lautet ICT, sprich „Information and Communication Technology“.

sierung, diskutiert. Das dritte Kapitel beschreibt den globalen Medienkapitalismus, der mit Globalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung entstanden ist. Dafür werden zunächst die Besitzverhältnisse der bedeutendsten kommunikativen Infrastruktur beleuchtet, sprich der Satellitentechnologie und des Internets, um in einem zweiten Schritt die globale territoriale Verteilung der Medienkonzerne zu beschreiben, die für die Produktion und Allokation publizistischer Inhalte zuständig sind. Zuletzt kommen auch die Probleme kleiner Unternehmen zur Sprache, die sich, fernab der großen *Player*, versuchen zu etablieren. Dabei wird insbesondere auf Ergebnisse einer Studie Bezug genommen, die die IT-Branche in Marokko und Tunesien, den Vorreitern Afrikas, analysiert. Das vierte Kapitel widmet sich den Herausforderungen des Informationszeitalters an die globale Medienpolitik. Dabei kommen zwei zentrale Sonderorganisationen der EU zur Sprache: die UNESCO (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*) und die ITU (*International Telecommunication Union*). Erstere hat seit ihrer Gründung drei Phasen durchlaufen, die in Anlehnung an Hepp (2006) verfolgt werden, um die verschiedenen Orientierungen innerhalb derselben aufzuzeigen. Die ITU wiederum wird im Lichte des „Weltgipfels zur Informationsgesellschaft“ besprochen. Dabei gilt ein besonderer Fokus der ihm innewohnenden neuen Form politischer Aktion, sprich Global Governance, die aus einem Zusammenwirken staatlicher, marktwirtschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher Akteure resultiert. Außerdem werden auf dem Gipfel ausgearbeitete Grundsätze und Maßnahmen für die Vision einer „integrativen und entwicklungsorientierten Informationsgesellschaft“ vorgestellt.

Das fünfte Kapitel bildet den Übergang zum zweiten Teil der Arbeit, der eingangs angekündigt wurde. Dabei geht es darum, die Geografie des bedeutendsten Mediums innerhalb der Netzwerkgesellschaft zu beschreiben: die Geografie des Internets. Dies erfolgt anhand quantitativer Indikatoren im Nord-Süd-Vergleich, sprich anhand eines Vergleiches der globalen Verteilung der Internetnutzer auf die einzelnen Länder und Ländergruppen, auch relativ zur jeweiligen Bevölkerungszahl. Die Quelle der hierfür verwendeten Statistiken und Abbildungen bildet die Internetseite *Internet World Stats*. Dabei geht es speziell darum, die Differenz zwischen stark bis kaum vernetzten Gebieten herauszuheben. Ein besonderes Interesse gilt schließlich im zweiten Teil dieses Kapitels der rasanten Entwicklung des Internets innerhalb der letzten zehn Jahre, speziell in Entwicklungsländern, nicht ohne auch Ursachen und zukünftige Prognosen für diesen Prozess anzusprechen. Dabei wird unter anderem die Ungleichheit zwischen ländlichen Gegenden und Städten bzw. wichtigen Ballungszentren diskutiert. Nicht zuletzt läuft dieses Kapitel darauf hinaus, Parallelen zwischen globalen wirtschaftlichen Asymmetrien und der asymmetrischen Verteilung der Internetnutzung zu erkennen. Im sechsten Kapitel wird das Phänomen Digital Divide theoretisch untermauert. Zunächst geht es um eine erste Begriffsbestimmung des Ausdruckes selbst. Auch im Hinblick auf sein Pen-

dant in anderen Sprachen, erfolgt eine kurze Darlegung der ihm inhärenten Dichotomie. Schließlich wird, in Anlehnung an Hepp (2006), Digital Divide als Konnektivitäts- bzw. Medienkluff und nicht zuletzt auch als ökonomische Kluff definiert. Im Anschluss daran erfolgt eine Eingrenzung des Forschungsinteresses nach einer Differenzierung von Norris (2001) in *Global, Social* und *Democratic Divide*. In einer weiteren Spezifizierung wird zwischen drei Dimensionen unterschieden, in denen sich der globale Digital Divide äußern kann: der technischen Dimension, der inhaltlichen Dimension und der repräsentativen Dimension. Der nächste Teil des Kapitels widmet sich speziell dem Begriff des Zugangs. In einem ersten Schritt wird eine Konzeptualisierung Warschauers (2002) vorgestellt, der in einem Vergleich zwischen Literalität und IKT-Zugang, vier notwendige Voraussetzungen identifiziert, die gegeben sein müssen, um tatsächlich von Zugang zu sprechen. Analog dazu werden Faktoren beschrieben, die nach Wilson (2004) rein formalen von effizientem (Internet-)Zugang unterscheiden. Das siebte Kapitel dient einer detaillierten Betrachtung der Verbreitung der IKT, insbesondere des Internets, im Entwicklungsland Afrika. Im Zuge dessen werden sozioökonomische Probleme beschrieben mit denen der Kontinent sich konfrontiert sieht und die gleichzeitig Hindernisse für einen effizienten IKT-Zugang darstellen. Bezugnehmend auf eine Studie des Forschungs- und Dokumentationszentrums FPAE (*Fondation Paul Ango Ela*) wird schließlich exemplarisch an einem afrikanischen Land, sprich Kamerun, aufgezeigt, wie, nach dem Konzept von Global Governance, Maßnahmen ergriffen werden, um Anschluss an die Informationsgesellschaft zu finden. Der Fokus liegt dabei auf dem Konfliktpotential, welches durch das Zusammentreffen gemeinwirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Logiken entsteht.

Im achten Kapitel, mit dem der dritte Teil der Arbeit beginnt, wird der Digital Divide aus ethischer Perspektive betrachtet. Einleitend werden drei Bezeichnungen vorgestellt, die in der Wissenschaft gebräuchlich sind, um zwischen den Haltungen gegenüber dem ungleichheitsstiftenden bzw. -behebenden Potential des Internets zu differenzieren. In Folge wird nach der ethischen Bedeutung der Überwindung des Digital Divide gefragt. Dies geschieht zunächst in Bezug auf einen Aufsatz von Bohlken (2004), die untersucht, inwieweit der nicht vorhandene Zugang zum Internet die kulturelle Autonomie des Einzelnen bedroht und inwieweit er Ursache für globale Verteilungsungerechtigkeit sein kann. Im Rahmen des letzteren wird auch nach den Auswirkungen des Internets auf die Volkswirtschaft eines Landes gefragt. Ebenfalls unter Rückgriff auf die genannte Autorin, wird schließlich der Zugang zum Internet im Hinblick auf Artikel 19 der Erklärung der Menschenrechte, sprich der Meinungs- und Informationsfreiheit, diskutiert. Während es in diesem Aufsatz um die Quantität potentieller Information geht, die ohne Internetzugang verweigert bleibt, geht es im zweiten Beitrag darum, das Internet als zentrales Instrument eines gesellschaftlichen Steuerungsprinzips, sprich dem

Netzwerk, zu sehen. Im Zuge des Konzepts der Vernetzungsgerechtigkeit, wird wiederum untersucht, inwieweit eine Verweigerung eben dieses Instruments ethisch problematisch ist. Schließlich wird die ethische Relevanz des Digital Divide, speziell der ungleichen Verteilung der Internet-Zugänge, im Lichte globaler Entwicklung betrachtet. Dabei wird erneut auf den theoretischen Rahmen der Arbeit Bezug genommen. Es geht dabei insbesondere darum, die weitläufigen Folgen der globalen gesellschaftlichen Spaltung zu beleuchten, die das Internet und dessen Konsequenzen auf die Wirtschaft mit sich bringen. Abschließend werden in einer persönlichen Stellungnahme, die Prognosen Castells (2005) im Lichte der Gegenwart thematisiert. Das letzte Kapitel schließlich nimmt wiederum Bezug auf Castells, unter anderem auch auf ein Interview, das dieser 2000 dem *Spiegel* gegeben hat. Gleichzeitig gibt dieses Kapitel Raum, dessen soziologische Prognosen als Input für eigene Überlegungen zu diskutieren, stets unter Berücksichtigung aktueller Geschehnisse. Mit erneutem Hinweis auf die gesellschaftliche Spaltung zwischen Ein- und Ausgeschlossenen, sprich zwischen jenen, die die Alleen und jenen, die die Hinterhöfe der Netzwerkgesellschaft bevölkern, wird das Unbehagen der Menschen gegenüber dem technologischen Wandel diskutiert. An einem, zum Zeitpunkt der Niederschrift der vorliegenden Arbeit, aktuellen Beispiel, wird gezeigt, wie dieses Gefühl kollektiv zum Ausdruck gebracht werden kann. In einem zweiten Moment wird die Frage nach geeigneten Institutionen gestellt, die sich den vielschichtigen Problemen der Netzwerkgesellschaft annehmen können. Ein Gedanke zum Institutionen- sprich Vertrauensmangel auf Mikro- wie Makroebene, im Lichte technologisierter und damit rationalisierter Wirtschaft, wird mit einem ernüchternden Befund den Abschluss des Kapitels bilden. Es folgt eine Zusammenfassung in französischer Sprache. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Digital Divide im Rahmen des Konzepts der Netzwerkgesellschaft zu thematisieren und seine Folgen und Herausforderungen zu diskutieren. Während sich bestimmte Diagnosen, die die Theorie dieses neuen gesellschaftlichen Typus impliziert, bestätigt zu haben scheinen, können zukünftige Prognosen oder Lösungsansätze nur mit Vorsicht formuliert werden. Fest steht, dass die Spaltung durch Vernetzung ein aktuelles globales Problem darstellt, dass in dieser Arbeit aus verschiedenen Perspektiven betrachtet wird.

2. Die Netzwerkgesellschaft

2.1 Das Netzwerk als neue gesellschaftliche Morphologie

The Information Age (1996, 1997, 1998), *Das Informationszeitalter* (2001, 2002, 2003), lautet der Titel der umfangreichen Trilogie des spanischen Soziologen Manuel Castells. Steinbicker (2001: 79) beschreibt sie als „tour de force durch die Alleen und Hinterhöfe der im Zuge kapitalistischer Restrukturierung und der Revolution in der Informationstechnologie entstehenden neuen Weltordnung“. Die vorliegende Arbeit wird einen Blick auf das Treiben in den Alleen dieser neuen Ordnung werfen, um dann die Hinterhöfe zu erkunden und zu untersuchen, welche Gefahren dort lauern. Zunächst geht es darum zu analysieren, wie diese neue Weltordnung zu verstehen ist und welche Rolle darin die neue Informationstechnologie spielt.

Die Idee der Informationsgesellschaft kam bereits in den 60er und 70er Jahren auf. Drucker (1969³) entwickelte das Konzept der Wissensgesellschaft, während Bell (1976⁴) u.a. von der post-industriellen Gesellschaft sprach (vgl. Steinbicker 2001: 8). Castells (2001-2003) Werk sei der jüngste Versuch „die Grundzüge der Gesellschaft des Informationszeitalters nachzuzeichnen“ (Steinbicker 2001: 8). Unabhängig auf welchen der genannten Gesellschaftsbegriffe man sich nun bezieht, geht es darum, die weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse seit dem Zeitalter der Industriegesellschaft zu fassen. Nach Steinbicker (2001: 7f), der in seiner Studie *Zur Theorie der Informationsgesellschaft* den Ansatz von Castells (2001-2003) mit dem von Drucker (1969) und Bell (1976) vergleicht, ließen sich diese auf mehrere Faktoren zurückführen:

„1. die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Informationssektors 2. die exponentielle Zunahme naturwissenschaftlicher Erkenntnisse 3. der explosionsartige Anstieg verfügbarer Information durch Datennetze 4. die Entwicklung zur 'Mediamatik'⁵, d.h. zu integrierten Multimedia-Universaldiensten 5. die Notwendigkeit, breiten Bevölkerungsschichten zumindest Basisqualifikationen zur Beschaffung und Nutzung der neuen Informationsvielfalt zu vermitteln und deren ständige Aktualisierung zu gewährleisten 6. die Informatisierung und zunehmende Wissensbasierung aller Berufe“ (Steinbicker 2001: 7f).

Steinbicker (2001: 8) betont die herausragende Rolle, die in dieser neuen Epoche dem wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zukomme. Dies treffe dementsprechend auch auf Castells (2001) Konzept des Informationszeitalters zu. Im ersten Band, mit dem Titel *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, der 2001 in deutscher Sprache erschienen ist,

³ Drucker, Peter F. (1969): *The age of Discontinuities*. Heinemann: London (vgl. Steinbicker 2001: 127).

⁴ Bell, Daniel (1976): *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. 2. Auflage mit neuem Vorwort. New York. Basic Book (vgl. Steinbicker 2001: 125).

⁵ Dem Konvergenzschritt der Mediamatik ging zunächst jener der Telematik voraus. Damit wird die, Anfang der 70er Jahre beginnende, zunehmende Verschmelzung von Telekommunikation und Informatik, sprich Computer, bezeichnet. Mediamatik meint nun die in den 80er Jahren entstandene Konvergenz zwischen elektronischen Medien und der Telematik (vgl. Latzer 1997: 61). Auf technischer Ebene zählen dazu Innovationen wie Digitalisierung, Glasfasertechnik und Breitbandtechnik. Das bedeutet, dass verschiedene Formen der Informationsübertragung über dasselbe Netz – entweder drahtgebunden wie Telefon und Kabelrundfunk oder drahtlos via Satellitenkommunikation und terrestrischer Rundfunk – möglich sind (vgl. Latzer 1997: 76).

beschreibt der Soziologe die Formierung eines neuen gesellschaftlichen Typus, eben der Netzwerkgesellschaft. Ihre Bezeichnung ist darauf zurückzuführen, dass ihr zentrales Strukturmerkmal, die neue gesellschaftliche Morphologie, als Netzwerk zu begreifen sei. Castells (2001: 527) fasst dies im Fazit wie folgt zusammen:

„Es lässt sich als historische Tendenz festhalten, dass die herrschenden Funktionen und Prozesse im Informationszeitalter zunehmend in Netzwerken organisiert sind. Netzwerke bilden die neue soziale Morphologie unserer Gesellschaft, und die Verbreitung der Vernetzungslogik verändert die Funktionsweise und die Ergebnisse von Prozessen der Produktion, Erfahrung, Macht und Kultur wesentlich.“

Das Netzwerk sei dementsprechend eine Form sozialer Organisation, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausbreite (vgl. Castells 2001: 527). Es könne wie folgt definiert werden:

„Ein Netzwerk besteht aus mehreren untereinander verbundenen Knoten. Ein Knoten ist ein Punkt, an dem eine Kurve sich mit sich selbst schneidet. Was ein Knoten konkret ist, hängt von der Art von konkreten Netzwerken ab, von denen wir sprechen“ (Castells 2001: 528).

Was hier sehr abstrakt klingt, wird konkreter wenn man Netzwerke und Knoten benennt. Spricht man beispielsweise von den globalen Finanzströmen, seien die Aktienmärkte als jeweilige Knoten zu verstehen, im politischen Netzwerk der Europäischen Union, seien es nationale Minister bzw. europäische Kommissare, im Netzwerk des Drogenhandels, Straßenbanden und Finanzinstitutionen zur Geldwäsche. Zum globalen Netzwerk der Nachrichtenmedien würden Unterhaltungsstudios und Fernsehsysteme, ebenso wie Nachrichtenteams und mobile Geräte zählen (vgl. Castells 2001: 528). Zur Funktionsweise dieser Netzwerke gilt festzuhalten: gehören zwei Knoten zum selben Netzwerk, ist ihre Distanz geringer, bzw. Intensität und Häufigkeit der Interaktion höher, als wenn sie nicht Teil desselben Netzwerkes sind. Netzwerke würden jeweils unendlich viele Knoten integrieren können, vorausgesetzt sie vermögen untereinander zu kommunizieren. Dafür müssten sie dieselben Kommunikationscodes, wie Werte und Leistungsziele, besitzen (vgl. Castells 2001: 528f). Die Gesellschaft stelle damit ein „hochgradig dynamisches, offenes System“ (Castells 2001: 529) dar. Ständig erneuerbar, eigne es sich für die globale, kapitalistische Wirtschaft mit flexiblen und anpassungsfähigen Unternehmen und Arbeitern, sowie für moderne politische Systeme, die offen für neue Werte seien (vgl. Castells 2001: 529). Aber es sei auch Quell der Entstehung neuer Machtstrukturen. Besondere Macht komme denen zu, die über die Schalter bestimmen, die die Netzwerke untereinander verbinden. Man denke hierbei an Medien-Imperien, die damit zusammenhängenden Finanzströme und deren Einfluss auf politische Prozesse (vgl. Castells 2001: 529).

Die neue Informationstechnologie und die damit verbundenen Kommunikationsformen, würden den Anschluss an die Netzwerke und den Austausch innerhalb derselben ermöglichen. Dies bedeute aber auch, dass nicht vorhandener Zugang zur selben, den Ausschluss aus diesen Netzwerken impliziere:

„Die Inklusion und Exklusion aus Netzwerken und die Architektur der Beziehungen zwischen Netzwerken, die durch Informationstechnologien in Lichtgeschwindigkeit in Gang gesetzt werden, konfigurieren die herrschenden Prozesse und Funktionen in unseren Gesellschaften“ (Castells 2001: 528).

Damit wird deutlich welche zentrale Rolle der Technologie in diesem System zukommt. Sie sei Voraussetzung für das Funktionieren und die Ausbreitung der Netzwerkmorphologie. So schreibt Castells (2001: 527) „das informationstechnologische Paradigma schafft die materielle Basis dafür, dass diese Form auf die gesamte gesellschaftliche Struktur ausgreift und sie durchdringt.“ Die technologischen Veränderungen, die sich seit dem Industriezeitalter ergeben haben, bilden damit auch den Ausgangspunkt seiner Analyse:

„Weil die informationstechnologische Revolution den gesamten Bereich menschlicher Aktivität durchdringt, nehme ich sie zum Ausgangspunkt, um die Komplexität der entstehenden neuen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu analysieren“ (Castells 2001: 5).

Man könne damit von einer „Konvergenz sozialer Evolution und Informationstechnologie“ (Castells 2001: 529) sprechen. Dabei ist anzumerken, dass sich Castells (2001:5) von der Idee eines Technikdeterminismus deutlich distanziert. Die Technologie würde die historische Entwicklung nicht determinieren und zwar deshalb, weil „die Technologie Gesellschaft ist, und weil die Gesellschaft ohne ihre technologischen Werkzeuge nicht verstanden oder dargestellt werden kann“ (Castells 2001: 5). Es liege jedoch in der Hand der Gesellschaft sie zu beschleunigen oder zu ersticken. Damit werde das Schicksal der Gesellschaft dadurch bestimmt, ob sie in der Lage sei, die Technologie der jeweiligen Epoche zu beherrschen (vgl. Castells 2001:7). Die Technologie verkörpere somit „die Fähigkeit von Gesellschaften, sich grundlegend zu verändern und auch die Ziele, für die Gesellschaften in einem immer konfliktreichen Prozess ihr technologisches Potential einsetzen“ (Castells 2001:7).

2.2 Das informationelle Zeitalter

Steinbicker (2001: 81) fasst die drei grundlegenden Entwicklungen zusammen, die das informationelle Zeitalter nach Castells (2001) einleiten. An erster Stelle stehe die Revolution der Informationstechnologie, die wie bereits erläutert, die Basis des Konzepts bilde. Steinbicker (2001: 84) fasst die Charakteristika des neuen technologischen Paradigmas wie folgt zusammen: 1. „Es handelt sich um eine Technologie, die dazu dient, auf Information einzuwirken“ (Steinbicker 2001: 84); 2. Die Effekte der neuen Technologie haben eine starke Durchdringungskraft, denn „Information ist ein integraler Bestandteil aller menschlichen Aktivitäten“ (Steinbicker 2001: 84); 3. Jedes Systems von Beziehungen, das diese neuen Informationstechniken nutzen würde, bilde eine Netzwerk-Logik aus (vgl. Steinbicker 2001: 84); 4. Das neue Paradigma sei flexibel und immer wieder neu konfigurierbar; Prozesse seien reversibel, die einzelnen Komponenten von Organisationen bzw. Institutionen könnten neu arrangiert werden (vgl. Steinbicker 2001: 84); 5. Durch die Konvergenz der verschiedenen Technologien entstehe ein hochintegriertes System, deutlich werde dies insbesondere durch die Konvergenz von Informations- und Kommunikationstechnologie (vgl. Steinbicker 2001: 85), womit wiederum auf die Mediamatik verwiesen sei.

Die Revolution der Informationstechnologie habe die zweite, grundlegende historische Entwicklung ermöglicht: die „Restrukturierung des Kapitalismus in den 80er Jahren“ (Steinbicker 2001: 81). Castells (2001: 83ff) widmet der dadurch entstehenden neuen Wirtschaftsform, der *globalen informationellen Ökonomie*, in seinem ersten Band drei umfangreiche Kapitel. Hier kann nur in einer kaum legitimen Knappheit auf wenige Aspekte der informationellen Wirtschaft eingegangen werden. Es handelt sich dabei um eine Wirtschaftsform, die „in globalen Netzwerken von Kapital, Management und Information organisiert ist“ (Castells 2001: 529). Auch hier spiele die Technologie die entscheidende Rolle, da der „Zugang zum technologischen *know-how* im Grunde über Produktivität und Leistungsfähigkeit entscheidet“ (Castells 2001: 529). Die Vernetzung sei sozusagen Voraussetzung von Produktivität, „weil unter den neuen Bedingungen Produktivität durch ein globales Interaktions-Netzwerk zwischen Unternehmens-Netzwerken erzeugt wird, in dessen Rahmen sich auch die Konkurrenz abspielt“ (Castells 2001: 83). Diese neue Art des Kapitalismus unterscheide sich vom bisherigen folglich in zwei Merkmalen: „Sie ist global und sie ist weitgehend in Netzwerken strukturiert“ (Castells 2001: 530). Die Netzwerkstruktur zeige sich einerseits bezüglich ihrer Märkte, da, durch die Informationstechnologie und die Deregulierung, die Marktsegmente einzelner Länder in einem globalen Netzwerk verbunden würden. Andererseits verändere sich auch die Organisationsform der einzelnen Akteure dementsprechend, eben die Netzwerkunternehmen hätten sich herausgebildet. Es handle sich dabei um Unternehmen, die an verschiedenen Lokalisationen verortet seien, bzw. aus verschiedenen Segmenten bestehen (vgl.

Castells 2001: 529). Zusammengenommen würden diese Segmente, wie Steinbicker (2001: 89) es beschreibt, ein „strategisch geplantes Netzwerk selbstprogrammierter Einheiten auf der Basis von Dezentralisierung, Partizipation und Koordination“ darstellen. Große Medienunternehmen würden – wie auch aus dem Folgekapitel hervorgeht – nicht nur zu den Akteuren, sondern auch zu den größten Nutznießern dieser Transformation zählen (vgl. Steinbicker 2001: 85). Zentral sei die durch die Netzwerkstruktur erfolgte Entkoppelung von Kapitalströmen und nationalen Wirtschaften:

„Die Kapitalakkumulation erfolgt zunehmend auf den globalen Finanzmärkten und wird von Netzwerken im zeitlosen Raum der Finanzströme ins Werk gesetzt (...). Von diesen Netzwerken aus wird Kapital global in die unterschiedlichsten Sektoren investiert: Informationsindustrie, Mediengeschäft, fortgeschrittene Dienstleistungen, landwirtschaftliche Produktion (...)“ (Castells 2001: 530).

Auch Arbeit und Beschäftigung hätten eine Transformation erlebt. Durch die Netzwerkstruktur würden Arbeitsprozesse geteilt, die Bestandteile auf verschiedene Standorte aufgeteilt und dann wieder neu integriert werden (vgl. Castells 2001: 230ff). Eine weitere Folge dieser Wirtschaftsform, die geprägt ist durch Liberalisierung, Deregulierung sowie Privatisierung der Märkte, seien die zunehmenden Einbußen an Souveränität von Staaten und Regierungen (vgl. Castells 2001: 144ff). Dies gilt insbesondere in der Medien- und Kommunikationspolitik, in der nichtstaatliche Akteure verstärkt an Bedeutung gewinnen (s. dazu Kapitel 4).

Die dritte wichtige Entwicklung innerhalb des Informationszeitalters „stellt das Aufkommen neuer kultureller – an Werten orientierten – sozialen Bewegungen dar“ (Steinbicker 2001: 81). Diese würden sich durch einen libertären Geist, kultureller Offenheit und individualisierten Anwendungen der Technologie auszeichnen (vgl. Steinbicker 2001: 81). Castells (2001: 425) spricht vom Entstehen einer neuen Kultur, der „Kultur der realen Virtualität“. Er bezieht sich dabei auf die Grundidee, dass die Realität schon immer symbolisch wahrgenommen bzw. vermittelt worden sei und damit eigentlich als virtuell bezeichnet werden könne:

„Alle Wirklichkeiten werden durch Symbole kommuniziert. Und in der menschlichen, interaktiven Kommunikation sind unabhängig vom Medium alle Symbole im Hinblick auf den ihnen zugeschriebenen semantischen Sinn etwas verschoben. In gewisser Weise wird jede Realität virtuell wahrgenommen“ (Castells 2001: 426).

Das neue Kommunikationssystem bringe hingegen reale Virtualität hervor, denn es handle sich dabei um ein System, in dessen symbolischer Umwelt Erfahrung nicht erst angepasst, sondern direkt erlebt würde:

„Es ist ein System, in dem die Wirklichkeit selbst (d.h. die materielle/symbolische Existenz der Menschen) vollständig eingefangen ist, völlig eingetaucht in eine Umgebung virtueller Bilder, in der Welt des Glaubenmachens, in der die Erscheinungen nicht nur bloß auf dem Bildschirm sind, durch den die Erfahrung kommuniziert wird, sondern in der sie die Erfahrung werden“ (Castells 2001: 426).

Man könnte also von der Entstehung einer symbolischen Erfahrungswelt sprechen, ohne reales Pendant, außerhalb dieses Systems. Dabei sei es möglich, dass Virtualität und Realität miteinander interagieren und Virtualität real werde bzw. reale Konsequenzen mit sich ziehe (vgl. Castells 2001: 427)⁶. Auf diese letzte Entwicklung im Detail einzugehen, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Sie wurde angedeutet um zu unterstreichen, inwieweit technologische Innovationen, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen bewirken können. Dementsprechend problematisch kann die Tatsache wahrgenommen werden, dass von diesen Innovationen nicht alle im selben Maße betroffen sind, sprich sie zur Entstehung eines Systems führen, das bestimmte „Teile“ von vornherein ausschließt. Wie bereits erwähnt, vermöge es die Netzwerkgesellschaft grundsätzlich verschiedene Ausdrucksformen, Werte und Vorstellungen zu integrieren, eben auf Grund der Vielseitigkeit des Kommunikationssystems, durch das sie geprägt sei:

„Was das neue, auf der digitalisierten, vernetzten Integration multipler Kommunikationsweisen beruhende Kommunikationssystem charakterisiert, ist seine umfassende Einbeziehung jeglicher kultureller Ausdrucksform“ (Castells 2001: 427).

Damit würden, so bringt Steinbicker (2001: 99) es auf den Punkt, „sowohl neue Möglichkeiten wie neue Einschränkungen für die Repräsentation und Einflussnahme sozialer Akteure“ entstehen. Die grundlegende Voraussetzung um an der Gesellschaft teilzuhaben, sei die Präsenz im Kommunikationssystem, um darin seine Botschaft zu integrieren:

„Wegen seiner Existenz funktionieren alle Arten von Botschaften in dem neuen Gesellschaftstyp nach einem binären Code: Präsenz/Absenz im Multimedia-Kommunikationssystem. Nur die Präsenz in diesem integrierten System erlaubt die Kommunizierbarkeit und die Sozialisierung der Botschaft“ (Castells 2001: 427).

⁶ Castells (2001: 426f) beschreibt dieses System an einem anschaulichen Beispiel: Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1992 begann der damalige Vizepräsident Dan Quayle in der Diskussion um traditionelle Familienwerte eine Auseinandersetzung mit einer populären Protagonistin einer Fernseh-Seifenoper, Murphy Brown, eine unverheiratete, beruflich engagierte Frau, gespielt von der Schauspielerin Candice Bergen. Als diese, d.h. die Protagonistin der Seifenoper, in einer der Folgen beschloss, ein uneheliches Kind zu bekommen, verurteilte Quayle ihr Verhalten öffentlich und stieß dabei bei vielen arbeitenden Frauen auf Empörung. In der nächsten Folge war Murphy Brown in der Sendung zu sehen, wie sie sich das Fernsehinterview anschaute, indem sie von Quayle kritisiert wurde, kritisierte die Politiker und verteidigte ihre Position. Die Folge waren verbesserte Quoten für Murphy Brown und die konservative Haltung von Quayle trug zur Wahlniederlage von George Bush bei, Bill Clinton wurde damit zum zweiundvierzigsten Präsidenten Amerikas. Es haben sich hier also zwei Erfahrungsebenen, die reale (Quayle im Präsidentschaftswahlkampf) und die virtuelle (Murphy Brown in der Seifenoper) in ein und demselben Diskurs vermischt. Das Virtuelle, sprich die Figur Murphy Brown, ist sozusagen real geworden, da ihr Verhalten tatsächliche gesellschaftliche Auswirkungen hatte (vgl. Castells 2001: 427).

Dies impliziert, dass Botschaften, die nicht im System präsent seien, marginalisiert würden (vgl. Castells 2001: 427). Die Vermittlung bzw. Integration einer Botschaft könne jedoch nur dann erfolgen, wenn man sich an die Funktionsweise des Systems anpasse: „Den Preis, den es kostet, in das System einbezogen zu werden, besteht in der Anpassung an seine Sprache, an seine Eingangspunkte, an seine Kodierung und Dekodierung“ (Castells 2001: 428). Dementsprechend kann die potentielle Offenheit und Dynamik des Systems der Netzwerkgesellschaft, nur dann genutzt werden, wenn diese Anpassung erfolgt, die wiederum bestimmte Bedingungen voraussetzt, nämlich grundsätzlich den Zugang zur technischen Infrastruktur und den damit verbundenen Nutzungskompetenzen. Wer sich also nicht anpasst oder aus techno-ökonomischen Gründen nicht anpassen kann, bleibt aus der Kommunikation, sprich aus der Netzwerkgesellschaft, ausgeschlossen oder kann nur marginal daran teilnehmen. Zillien (2006: 48) verweist daher auf die „gesellschaftliche Polarisierung“, die dieser neuen Gesellschaftsform inhärent sei. Diese sei bereits in der „Metapher des Netzwerkes“ (Zillien 2006: 48) enthalten, das nach einer „binären Logik der Inklusion und Exklusion“ funktioniere. Wie die vorliegende Arbeit zeigen wird, waren global betrachtet, viele Länder nicht im selben Ausmaß von der technologischen Revolution betroffen, wie dies für westliche Industrieländer der Fall ist bzw. hinken noch heute entwicklungstechnisch weit hinterher. Ein großer Teil der Weltbevölkerung hat weder Zugang zur Technologie noch die Fähigkeit sie zu nutzen und ist damit auch kein aktiver *Player* innerhalb der neuen informationellen Wirtschaftsform. Gemäß diesem theoretischen Abriss, bedeutet kein Zugang zum Multimedia-Kommunikationssystem im Informationszeitalter, Ausschluss aus den prägenden Mechanismen der Gesellschaft und damit aus den herrschenden sozioökonomischen Strukturen.

3. Globaler Medienkapitalismus

3.1 Die kommunikative Infrastruktur

Andreas Hepp (2006) spricht in seinem Buch *Transkulturelle Kommunikation* von einem „globalen Medienkapitalismus“ (Hepp 2006: 85) und meint damit, die in den letzten Jahren stark zugenommenen Fusionierungen und Expansionen verschiedener Medienunternehmen zu global agierenden Konzernen (vgl. Hepp 2006: 85). Ein Beispiel hierfür sei CNN (*Cable News Network*), der durch die Fusion von *Time-Warner* und *AOL* zu einem globalen Nachrichtenanbieter wurde (vgl. Hepp 2006: 85). Der globale Medienkapitalismus könne als „Ergebnis des Ineinandergreifens verschiedener lokaler, regionaler und (trans)nationaler Politiken bzw. Machtstrategien begriffen werden“ (Hepp 2006: 86). Dieser Prozess ist sowohl bei solchen Unternehmen zu erkennen, die publizistische Inhalte erzeugen, als auch bei denen, die für die technischen Infrastrukturen zuständig sind. Im Folgenden wird ein Blick auf die Etablierung der technologischen Infrastrukturen geworfen, die die Basis der Netzwerkgesell-

schaft nach Castells (2001) bilden. Es sind jene zunehmend konvergierenden Technologien, die eine globale Kommunikation und damit die Ausbildung von Netzwerken erst ermöglichen. In der Medienwissenschaft werden sie gewöhnlich im Zusammenhang mit dem Trend zur Globalisierung diskutiert: erstens die Satellitentechnologie und die nationalen und regionalen Infrastrukturen der Kabel- und Antennenübertragung, zweitens die Infrastrukturen der Netzkommunikation, sprich des Internets (vgl. Hepp 2006: 88). Bei der Satellitenkommunikation geht es nicht um den direkten Empfang von Inhalten, sondern sie sind Teil der kommunikativen Infrastruktur, „durch die lokale, regionale und nationale Kommunikationsnetzwerke miteinander verbunden werden“ (Hepp 2006: 90). Nach Hepp (2006: 88) sei die Entwicklung der Satelliteninfrastruktur einerseits ein deutlicher Hinweis auf die fortschreitende Globalisierung der Medienkommunikation, da die Anzahl der Starts rasant anstieg. Andererseits zeige die starke Privatisierung in dieser, zu Beginn noch staatlichen Branche, dass mit diesem Prozess gleichzeitig eine zunehmende Kommerzialisierung einhergehe. Der größte Anbieter der Satelliteninfrastruktur, *Intelsat*, wurde beispielsweise 1964 von 143 Staaten gegründet. Durch zunehmende kommerzielle Interessen und Deregulierungsprozesse in der Medienbranche wurde das Unternehmen 2001 privatisiert und damit zu einem Teil des globalen Medienkapitalismus (vgl. Hepp 2006: 88f). Parallel dazu haben sich aber auch regionale Satellitendienste etabliert, wodurch *Intelsat* keine Monopolstellung mehr innehat, wie es bis in die 1990er Jahre in vielen Ländern der Fall war. Zu nennen sind beispielsweise der europäische *Eutelsat* sowie das europäische private *Astra-Konsortium*. Diese Entwicklung trifft auch auf nicht-westliche Länder zu, wofür als Beispiele der lateinamerikanischen *PanAmSat*, der asiatische *AsiaSat* oder *Arabsat* genannt werden können (vgl. Hepp 2006: 88ff). Auch in Afrika gibt es seit 1998 mit *Nilesat* einen Satelliten, der in ägyptischem Besitz ist, jedoch gäbe es kaum regionale Infrastrukturen, wie Kabelnetze, um die Satellitenkommunikation zu empfangen (vgl. Hepp 2006: 90). Grundsätzlich verweist Hepp (2006: 90) daher auf eine deutliche „Ungleichheit der globalen Distribution mittels kommerzieller Satelliten“.

Als weitere technologische Infrastruktur, die die Ausbildung globaler Netzwerke ermöglicht, wurde das Internet genannt. Analog zur Theorie der Netzwerkgesellschaft schreibt Hafez (2005: 27f) dem Internet ein besonders systemveränderndes Potenzial zu und zwar auf Grund seiner Vielfältigkeit:

„Die systemverändernden Wirkungsfelder des Internet sind vielfältig, weil das Netz eine für die Massenmedien untypische Prägung besitzt. Es repräsentiert Individual- wie Massenkultur, Wissenschaft, Kunst, Business, Entertainment und politische Information. Das Internet weist höchste kulturelle Speicherkapazität und Flexibilität auf“ (Hafez 2005: 27f).

Das Internet lasse sich definieren „als ein komplexes, dezentrales, digitales Distributionsnetzwerk“ (Hepp 2006: 91). Die Infrastruktur dieses Netzwerkes geht ursprünglich auf die USA zurück. So wurde das erste Netzwerk von autonomen Computern, die sich untereinander verkoppeln ließen, in den 1960er Jahren vom US-Verteidigungsministerium für militärische Zwecke gegründet. Bis in die 1990er Jahre war es mit amerikanischen Regierungsorganisationen verbunden. 1995 wurde die letzte von der Regierung betriebene Basis des Internets geschlossen und damit dessen vollständige Privatisierung eingeleitet. Die Vergabe von IP-Adressen ist heute in der Hand der ICANN (*Internet Corporation for Assigned Names and Numbers*), einer nicht staatlichen und damit formal regierungsunabhängigen Organisation (vgl. Hepp 2006: 91f). Die ICANN hat ihr Hauptquartier in Marina del Rey, Kalifornien. Im Jahre 2000 betrug die Mitgliedschaft 158.000 Personen und es wurden zum ersten Mal Wahlen durchgeführt um eine Art globale Repräsentativität zu garantieren (vgl. Castells 2005: 42f). Kleinstaub (2005: 114) lobt diese Wahl als Demonstration einer demokratischen Legitimation auf globaler Ebene. Castells (2005: 42) hingegen schreibt, es wäre fehl am Platze „das romantische Bild einer globalen Internetgemeinschaft“ anzunehmen, denn tatsächlich seien durch Lobby-Arbeit und Unterstützernetzwerke bestimmte Kandidaten bevorzugt worden. Speziell von europäischen Regierungen werde die amerikanische Dominanz innerhalb der ICANN kritisch wahrgenommen (vgl. Castells 2005: 43). Ebenso wie in Bezug auf die Satellitentechnologie, ist auch im Hinblick auf das Internet zu erkennen, dass die Infrastruktur der Netzkommunikation, global gesehen, keinesfalls egalitär ist. Nicht nur bezüglich der Domain-Verwaltung, sondern auch was die großen internationalen Internet-Anbieter betrifft. Diese sind ausschließlich aus den USA, Großbritannien und Frankreich: American Telephone and Telegraph Company (AT&T, New York, USA), British Telecom (BT, London, UK), UUNET/Alter Net mit WorldCom/MCI, NSN (Englewood, USA), Teleglobe (Reston, USA), France Telecom/FCR (Paris, Frankreich) (vgl. Jensen 2003: 91f). Das Internet sei damit zwar ein globales Distributionsnetzwerk, seine Infrastruktur werde aber von einem Oligopol einiger weniger global agierender Unternehmen getragen (vgl. Hepp 2006: 93).

3.2 Global agierende Medienkonzerne als Netzwerkunternehmen

Wie im Folgenden deutlich wird, lässt sich eine Parallele zwischen den Besitzverhältnissen der technischen Infrastruktur und der Medienunternehmen, die publizistische Inhalte erzeugen, erkennen. Auch hier ist eine starke Konzentration auf einige wenige Länder festzustellen. All diesen Unternehmen sei gemeinsam, dass sie sich durch eine „deterritoriale Netzwerkstruktur“ (Hepp 2006: 136) auszeichnen. Dies bedeute, dass sie nicht an einer einzelnen Lokalität zu verorten seien, sondern sich global ausbreiten würden und die Distribution ihrer Produkte in unterschiedlichen Lokalitäten und Kulturen erfolge. Damit zeige sich das Bild des Netzwerkes auch bezüglich ihres Absatzmarktes, der sich aus weltweit verschiede-

nen, fragmentierten Märkten bilde. Nicht zuletzt ließe sich eine Deterritorialisierung auch im Kapitalbesitz aufzeigen, speziell wenn es sich um Aktiengesellschaften handle, sei der Aktienbesitz so verstreut, dass sich die Besitzverhältnisse global vernetzen (vgl. Hepp 2006: 136f). Global agierende Medienkonzerne entsprechen demnach in ihrer Logik und Struktur dem Netzwerkunternehmen im Sinne Castells (2001:137ff). Zur „Logik des globalen Kapitalismus“ (Hepp 2006: 85) gehöre außerdem die „Dynamik einer Oligopolbildung“ (Hepp 2006: 85), was bedeute, dass die Medien sich auf immer weniger, immer mächtiger werdende Unternehmen konzentrieren würden. Kleinsteuber (2005: 97) verweist darauf, dass mit dem Fortschreiten großer ökonomischer Akteure in der Medienbranche, staatlich-öffentliche Medienaktivität faktisch zurückgedrängt werde. CNN, der wie gesagt mit *Time Warner* und *AOL* fusionierte, würde heute beispielsweise den Weltmarkt für TV-Nachrichten dominieren und *BBC World* oder *Deutsche Welle* hätten es dementsprechend schwieriger sich am Markt zu behaupten (vgl. Kleinsteuber 2005: 97). Die folgende Auflistung aus der Publikation *Wer beherrscht die Medien?* (Hachmeister/Rager 2005) zeigt die fünfzehn umsatzstärksten Medienkonzerne der Welt gemäß ihren Umsätzen im Jahr 2004. Reine Telekommunikation und Kabelnetzbetreiber wurden dabei nicht beachtet, sondern nur solche Unternehmen „die publizistische Inhalte in Massenmedien verantwortlich erstellen und verbreiten“ (Hachmeister/Rager 2005: 32).

	Umsatz in 2004 in Mrd. Euro
1. Time Warner Inc. New York/USA	33,836
2. Walt Disney Comp. Burbank/USA	24,722
3. Viacom Inc. New York/USA	18,109
4. News Corp. Ltd. Sydney/AUS	17,408
5. Bertelsmann AG Gütersloh/D	17,016
6. Comcast Corp. Philadelphia/USA	16,325
7. Sony Corp. Tokio/J	14,705
8. NBC Universal Inc. New York/USA	10,359
9. Vivendi Universal S. A. Paris/F	9,048
10. Groupe Lagardère Paris/F	8,594
11. Clear Channel Comm. Inc. San Antonio/USA	7,571
12. Cox Enterprises Inc. Atlanta/USA	7,333
13. Reed Elsevir plc London/GB	7,090
14. Liberty Media Corp. Englewood/USA	6,176
15. ARD Frankfurt a.M./D	5,941

Abbildung 1: Rangliste der 15 umsatzstärksten Medienkonzerne (Quelle: Hachmeister/Rager 2005: 31. Alle Angaben beziehen sich auf die Medienumsätze im Jahre 2004, in Mrd. Euro).

An der Spitze der umsatzstärksten Medienunternehmen liegen drei amerikanische Konzerne, insgesamt sind acht in der Liste vertreten. Das viertgrößte Unternehmen ist ein australisches, gefolgt von einem der insgesamt zwei deutschen Unternehmen der Auflistung. Die

übrigen kommen aus Japan, Frankreich oder Großbritannien. Die Gewinne dieser *global Player* seien innerhalb eines Jahrzehntes bedeutend angewachsen. So habe sich beispielsweise das Umsatzvolumen der ersten zehn Unternehmen in der Rangliste, innerhalb von nicht einmal zehn Jahren, um 247% gesteigert (vgl. Hachmeister und Rager 2005: 30). Es werde damit deutlich, dass sich immer mehr Umsatz auf immer weniger Unternehmen konzentriere (vgl. Hepp 2006: 129). Hepp (2006: 130) nennt drei Gründe für diese „Stabilisierung eines oligopolen Medienkapitalismus“, die mit den Vorteilen großer Konzerne gegenüber kleinen Unternehmen zusammenhängen. Erstens müssten etablierte Konzerne dauerhaft in neue Technik und Digitalisierung investieren, was sich kleine Unternehmen nicht immer leisten könnten (vgl. Hepp 2006: 130). Zweitens hätten große Konzerne den Vorteil, umfassende Wertschöpfungsketten aufzubauen, das heißt, sie könnten an ihren Produkten mehrfach verdienen (vgl. Hepp 2006: 130). Als dritten Faktor nennt der Autor die Deregulierung – also „eine zunehmende politische Förderung von Märkten als regulative Instanzen von Medien“ (Hepp 2006: 130). Die Politik der Deregulierung gehe insbesondere von den USA aus, die seit der Reagan-Administration die Strategie der „Open-skies-Politik“ (Hepp 2006: 86) verfolgten. Dieser zufolge würden Medienprodukte und die damit verbundenen technischen Infrastrukturen und Dienstleistungen wie gewöhnliche Waren begriffen werden, ohne spezifische Beschränkungen. Demgegenüber stehe ein Verständnis der Medien als Kulturprodukte, die bestimmten Fördermaßnahmen entsprechen sollten, wie es zum Beispiel von Europäischen Staaten anfangs gefordert wurde (vgl. Hepp 2006: 86). Allerdings trat bereits 1995 das Weltdienstleistungsabkommen GATS (*General Agreement on Trade in Services*) in Kraft, das einen weiteren Schritt in Richtung Liberalisierung darstellte. Es handelt sich dabei um ein internationales Vertragswerk der WTO (Welthandelsorganisation), das den grenzüberschreitenden Handel sowohl mit Waren als auch mit Dienstleistungen ermöglichte (vgl. Hepp 2006: 86f).

3.3 Probleme kleiner lokaler Medienunternehmen

Während es in den Industriestaaten eine Tendenz zur Deregulierung gibt, ist in vielen südlichen Ländern die starke Regulierung staatlicherseits einer der Faktoren, die die Verbreitung der IKT erschweren. Ein Beispiel hierfür wäre der Maghreb, wo die Liberalisierung der Wirtschaft erst in den 1980er Jahren begonnen hat (vgl. Mezouaghi 2003: 53). Mezouaghi, Mitarbeiter des IRMC (*Institut de Recherche sur le Maghreb Contemporain*) hat 2003 eine Studie zur Etablierung der IKT in den zwei Maghreb-Staaten Marokko und Tunesien publiziert. Auch er sieht die IKT als Kern eines zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels und erinnert an Castells (2001) Netzwerkgesellschaft, wenn er schreibt:

„Les TIC sont au centre de profondes mutations organisationnelles des systèmes économiques et sociaux en redéfinissant les frontières spatiales et temporelles,

et plus précisément en modifiant la manière de produire, d'apprendre et d'échanger“ (Mezouaghi 2003 : 48).

Dementsprechend kritisch verweist Mezouaghi (2003: 50) auf die ungleiche Verteilung des „marché mondial des TIC“. Er meint damit sowohl die Konzerne, die die technologische Infrastruktur herstellen, als auch jene, die für die Produktion und Verbreitung von Kulturprodukten wie Filmen zuständig sind. Ganze 87% dieses Marktes hätten sich 2002 auf Nordamerika, der Europäischen Union und dem pazifischen Asien konzentriert (vgl. Mezouaghi 2003: 51). Er unterstreicht die Problematik, dass multinationale Konzerne nur solche Gebiete anvisieren würden, die für sie aus wirtschaftlicher Perspektive interessant wären:

„La mise en œuvre d'une infrastructure globale de télécommunication, en partie privée, transnationale et déterritorialisée, incite les firmes multinationales à limiter leurs investissements sur des territoires ciblés en vue de capter avant tout les besoins solvables“ (Mezouaghi 2003: 51).

Kleine lokale Medienunternehmen, in Ländern, die für solche deterritorialisierten Konzerne marktwirtschaftlich weniger interessant seien, würden im Versuch, sich zu etablieren, auf eine Reihe von Schwierigkeiten stoßen. Wie bereits angeführt, seien sie einerseits durch die strenge Regulierung staatlicherseits lange Zeit gehemmt worden: „dans certains cas les pouvoirs publics ont longtemps retardé l'introduction des TIC en exerçant un contrôle politique et un encadrement des usages“ (Mezouaghi 2003 : 51). Hinzu kämen allgemein folgende technische, finanzielle und organisationale Faktoren: „les carences des infrastructures de télécommunication, le coût élevé d'accès et d'usage, le manque de personnel qualifié et le faible taux de pénétration informatique“ (Mezouaghi 2003. 51).

Trotz dieser Probleme, konnten beispielsweise im Maghreb, also in einer Ländergruppe die nicht zu den führenden Industrienationen zählt, lokale IKT-Unternehmen entstehen. Die damit verbundenen Herausforderungen werden hier exemplarisch näher betrachtet. Mezouaghi (2003:57) führt in seiner Studie drei Charakteristika dieser Unternehmen, wie sie sich in Marokko oder Tunesien herausgebildet haben, an. Erstens seien sie mit durchschnittlich fünfzehn Angestellten relativ klein. Zweitens ließe sich eine starke geografische Konzentration solcher Unternehmen auf wenige Städte feststellen. Drittens würden die größten Abnehmer der Unternehmen Akteure der öffentlichen Verwaltung sein (vgl. Mezouaghi 2003: 57). In Tunis beispielsweise würden die Unternehmen der IT-Branche 70% ihrer Gewinne durch den Verkauf an den öffentlichen Sektor einnehmen (vgl. Mezouaghi 2003: 57). Grundsätzlich sei die Branche im Maghreb erst im Entstehen begriffen, die Einnahmezahlen würden zwar tendenziell steigen, seien jedoch instabil. Feststehe allerdings, dass der Sektor eine Reihe von Arbeitsplätzen schaffe (vgl. Mezouaghi 2003: 58). In Bezug auf die Hindernisse, die die ra-

sche Ausbreitung und Erweiterung dieses Sektors im Maghreb hemmen würden, verweist der Autor einmal mehr auf die mangelhafte technische Infrastruktur, die dazu führe, dass auch die Kommunikationskosten weiterhin relativ hoch seien (vgl. Mezouaghi 2003: 58). Außerdem habe es Bemühungen gegeben, durch institutionelle Reformen mehr Transparenz und Offenheit des Marktes zu erreichen. Zwar habe man damit der staatlichen Monopolstellung Abhilfe schaffen können, doch gebe es keine tatsächliche marktwirtschaftliche Konkurrenz. Nach wie vor sei der Telekommunikationsmarkt nicht klar geregelt und wenig transparent. Der gesetzliche Rahmen werde von öffentlichen wie von privaten Akteuren häufig umgangen (vgl. Mezouaghi 2003: 58f). Des Weiteren scheine es, dass multinationale Unternehmen weiterhin wenig Vertrauen in die Entwicklung der IKT im Maghreb hätten und dahinter keinen lukrativen Markt sehen würden (vgl. Mezouaghi 2003: 58). Ihr zögerliches Vorgehen sei von Nachteil, da sie eigentlich eine Art „rôle primordial de locomotive“ (Mezouaghi 2003: 59) einnehmen könnten. Im Zusammenhang mit dem Medienkapitalismus wurde bereits festgestellt, dass durch die Konzentration für die Konzerne bedeutende Größenvorteile entstehen, wodurch unter anderem konstante technische Erneuerungen finanziert werden könnten. Dementsprechend schwierig fällt es natürlich kleinen Unternehmen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. So bräuchte es nach Mezouaghi (2003: 59) eine Modernisierung und eine Instandhaltung der Unternehmen um den internationalen Wettbewerbsnormen zu entsprechen und qualitative sowie organisationale Voraussetzungen zu erfüllen. Dazu gehörten „gains de productivité, amélioration permanente de la qualité, diversification de la production“ (Mezouaghi 2003: 59). Die zwei letzten angesprochenen Punkte scheinen im Widerspruch zu stehen. Einerseits sei es wünschenswert, dass internationale Medienunternehmen in den Maghreb expandieren und investieren um nicht zuletzt damit eine Art Vorreiterrolle einzunehmen. Andererseits hätten lokale Unternehmen Schwierigkeiten mit den *global Players* zu konkurrieren. Feststeht, dass sich diese Konzerne, auf finanzieller Ebene, wohl leisten könnten, was die Regierungen nicht vermögen umzusetzen, nämlich den Ausbau der technischen Infrastruktur. Da bei ihnen jedoch die Gewinnorientierung Priorität hat, würden, wie bereits angesprochen, nur marktwirtschaftlich interessante Gebiete erschlossen. Ein weiteres Hindernis für eine rasche Anpassung des Landes an neue Technologien, würden außerdem die institutionellen Zwänge und knappen Gelder im Bereich der öffentlichen Forschung darstellen. So sei das öffentliche Budget in den letzten Jahren deutlich gekürzt worden, während auch die private Forschung unzureichend ausgeprägt sei. Damit könne unmöglich eine Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie realisiert werden. Außerdem werde das lokale wissenschaftliche und technologische Potential durch den Rückzug vieler Experten in hoch-spezialisierte Domänen reduziert (vgl. Mezouaghi 2003: 59f). All diese Komponenten führen Mezouaghi (2003: 60) zu dem Schluss, dass Marokko und Tunesien noch weit davon entfernt seien, in der globalen Medienindustrie Fuß zu fassen: „L’ancrage

des pays du Maghreb à l'industrie mondiale des TIC ne correspond pas encore à une réalité.“ Im Weltvergleich mögen Marokko und Tunesien kaum mit den führenden Industrieländern mithalten können. Dennoch zählen sie innerhalb Afrikas zu den wahren „hubs“ (Mezouaghi 2003: 47) was die IKT-Entwicklung betrifft. Das dritte Land des Maghreb, Algerien, bezieht der Autor in seine Studie gar nicht erst ein. Tatsächlich verraten die Zahlen, dass dort von der Etablierung eines IKT-Sektors noch nicht annähernd die Rede sein kann, womit die Situation in Algerien jener der Mehrheit afrikanischer Staaten entspricht (s. dazu Kapitel 5 u. 7).

4. Globale Medienpolitik

4.1 Die Rolle der UNESCO

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass in der Netzwerkgesellschaft Staaten und ihre Regierungen an Souveränität einbüßen. Dies gilt insbesondere für die Medien- und Kommunikationspolitik. Durch die Möglichkeit der globalen kommunikativen Vernetzung und die Entstehung von Medienkonzernen, die ihre (Kultur-)Produkte über lokale und kulturelle Grenzen hinweg verteilen, sehe sie sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Dies gelte auch in Bezug auf den kriminellen Missbrauch der Technologie, beispielsweise durch Kinderpornographie im Internet (vgl. Kleinsteuber 2005: 113). An dieser Stelle geht es jedoch speziell um die Bemühungen, seitens internationaler politischer Organisationen, globalen Zugang zu Technologie, Medienprodukten und Medienkompetenzen zu ermöglichen. Wie bisher aufgezeigt wurde, konzentrieren sich die großen Medienunternehmen auf wenige reiche Länder des Nordens. Seit den Anfängen der globalen Medienpolitik spielt das „mediale Verbreitungs-, Kompetenz-, und Machtgefälle zwischen Nord und Süd“ (Kleinsteuber 2005: 94) eine zentrale Rolle. Nach Kleinsteuber (2005: 103) wird Medienpolitik „als politisch motiviertes und intendiertes Handeln verstanden, das sich auf die Organisation, die Funktionsweise, die Ausgestaltung und die materielle wie personelle Seite der Massenmedien bezieht.“ Mit der Gründung der Vereinten Nationen (UN) 1945 entstand erstmals eine Form der Medien- und Kommunikationspolitik, die nationale Grenzen überschritt (vgl. Kleinsteuber 2005: 96). In diesem Kontext sind zwei ihrer Unterorganisationen wichtige Akteure: die UNESCO (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*) und die ITU (*International Telecommunication Union*)⁷.

Der Aufgabenbereich der UNESCO ist „die Förderung von Erziehung, Wissenschaft und Kultur zur internationalen Friedenssicherung“ (Hepp 2006: 103). Kommunikation und Internet spielt in diesem Feld eine zentrale Rolle. Hepp (2006: 104) unterscheidet drei Phasen der

⁷ Die französische Bezeichnung der ITU lautet UIT (*Union internationale des télécommunications*).

Medien- und Kommunikationspolitik der UNESCO: die „Phase des 'Freien Kommunikationsflusses' (1945-1978)“ (Hepp 2006: 104), die „Phase der 'Neuen Welt-Informations- und Kommunikationsordnung' (1978-1989)“ (Hepp 2006: 107) und die „Phase der 'Sozialen Gestaltung der Globalisierung' (seit 1989)“ (Hepp 2006: 111). In allen drei Phasen, gab es Versuche, an Hand von Regulierungsmaßnahmen gegen Ungleichheiten bezüglich des Zugangs und der Nutzung der IKT vorzugehen. In der ersten Phase, in die auch die Gründung der UNESCO selbst fällt, ging es um die Sicherung des *free flow of communication*, sprich darum, in allen Mitgliedsländern den freien Zugang zu Information zu gewähren. Die UNESCO war damals noch eine rein westliche Organisation und diese Forderung sei somit im ökonomischen Interesse aller Mitglieder gewesen. Unter anderem durch die fortschreitende Dekolonialisierung sei dieses Konzept in den 1960er Jahren jedoch verstärkt unter Druck geraten. Junge postkoloniale Staaten hätten von der Kommunikationspolitik der UNESCO mehr Ausgewogenheit bezüglich des Informationsflusses zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gefordert (vgl. Hepp: 2006: 104f). Daher sei auf der 17. Generalkonferenz beschlossen worden, dass allen Staaten der gleiche Zugang zur Satellitenkommunikation zukommen solle und für die Satellitenübertragung in ein Land dessen Einwilligung eingeholt werden müsse. Die Doktrin des *free flow of communication* wurde damit verabschiedet, allerdings gegen den Willen bedeutender Staaten wie die USA und Deutschland (vgl. Hepp 2006: 106).

Die zweite Phase wurde speziell von den Interessen der postkolonialen Staaten geprägt. Es ist auch jene Phase in der zwei ihrer mächtigsten Mitglieder die UNESCO verlassen haben: Großbritannien (Wiedereintritt 1997) und die USA (Wiedereintritt 2003). Sie hat mit der 21. UNESCO-Generalkonferenz 1978 in Paris begonnen. Aus dieser ging eine Mediendeklaration hervor, die in Bezug auf die westlichen Länder weiterhin den freien Informationsfluss sowie Meinungs- und Informationsfreiheit forderte. Für die Ostblockstaaten galt eine Verpflichtung der Medien gegen Kriegspropaganda und für den Frieden (vgl. Hepp 2006: 108). Für die postkolonialen Staaten hingegen galten folgende Forderungen: „die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die Verurteilung von Kolonialismus und Rassismus, die Forderung der Ausgewogenheit des Kommunikationsflusses und die Respektierung kultureller Identität“ (Hepp 2006: 108). In einer zweiten Etappe wurde diese Deklaration im *MacBride-Bericht* wissenschaftlich fundiert (vgl. Hepp 2006: 108). All diese Etappen können als Schritt hin zum eigentlichen Ziel dieser zweiten Phase gesehen werden, nämlich die Ausarbeitung einer *Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung* (NWICO), die auf der 21. UNESCO Generalkonferenz in Belgrad 1980 ausformuliert wurde (vgl. Hepp 2006: 110). Neben Forderungen wie Informationsvielfalt, Presse- und Informationsfreiheit, Abbau von Monopolen und Oligopolen, wurden darin auch bestimmte Punkte speziell in Bezug auf Entwicklungsländer ausgehandelt. Dazu gehören die Ausgewogenheit des Informationsflusses

zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern sowie die Bereitstellung praktischer Medienhilfe zur Selbsthilfe (vgl. Hepp 2006: 110). Hepp (2006: 111) verweist im Zusammenhang mit der Etablierung der NWICO darauf, dass sie von den zwei wichtigen Mitgliedern, USA und Großbritannien, nie wirklichen Rückenhalt erhalten hätte, da diese immer noch der Idee des *free flow of communication* angehangen wären.

1989 fand in Paris die 25. Generalversammlung der UNESCO statt, die die dritte Phase ihrer Medien- und Kommunikationspolitik einleitete. Diese ist geprägt von einem *free flow of ideas by word and image* (vgl. Hepp 2006: 111). Sie umfasst eine neue Strategie, die gefasst werden könne als „Entwicklungshilfe im Bereich von Medien und Kommunikation, als Training von Medienschaffenden und die Förderung von Medienbildung um [sic!] -kompetenz“ (Hepp 2006: 112). Um diese Strategie umzusetzen erstellte die UNESCO das IPDC (*International Programme for the Development of Communication*), das auf der Homepage der UNESCO wie folgt beschrieben wird:

„Das Programm zur Medienförderung (International Programme for the Development of Communication - IPDC) ist ein entwicklungspolitisches Programm und hilft beim Aufbau von Infrastrukturen und unabhängigen Medienangeboten in Entwicklungs- und Transformationsländern. IPDC unterstützt journalistische Ausbildungsprogramme, die Einrichtung von Nachrichtenagenturen und Radiostationen in ländlichen und isolierten Gebieten und leistet technische Hilfe. (...) IPDC ist das einzige Programm der Vereinten Nationen für die Medienförderung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Seit seiner Gründung im Jahr 1980 wurden 1200 Projekte in 140 Ländern mit einem Gesamtvolumen von fast 100 Millionen US-Dollar gefördert. Das Programm wird koordiniert von einem zwischenstaatlichen Rat, dem 39 Mitgliedstaaten angehören“ (UNESCO 2010).

Es zeigt sich, dass die Hilfe für Entwicklungsländer mit einem Mangel an technologischer Infrastruktur, tatsächlich den zentralen Fokus des IPCD darstellt. Dies geschehe seit den 1990er Jahren vor allem durch die Förderung neuer digitaler Medien, speziell Computer und Netzkommunikation (vgl. Hepp 2006: 117). Rohn (2002: 10) kritisiert allerdings, dass man diese Zielsetzungen nur pro Forma festgelegt hätte, tatsächlich aber viel zu wenig finanzielle Mittel für die Umsetzung konkreter Maßnahmen dieses Programms zur Verfügung gestellt worden seien.

4.2 Die ITU und der WSIS als Global Governance

Hepp (2006: 119) verweist auf einen zunehmenden Bedeutungsverlust der UNESCO in Fragen der Medien- und Kommunikationspolitik zu Gunsten einer anderen UN-Sonderorganisation, der ITU. Sie existiert seit 1947 und hat ihren Sitz in Genf. Die ITU um-

fasst 193 Länder und 700 Organisationen aus dem privaten Sektor (ITU 2011). Während sie ursprünglich für Fragen der Kommunikationsinfrastruktur zuständig gewesen sei, hätte sie sich in Folge verstärkt mit den Entwicklungsperspektiven von informations- und kommunikationsgestützten Dienstleistungen auseinandergesetzt. So sei es auf eine Initiative der ITU zurückzuführen, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft WSIS (*World Summit on the Information Society*) abgehalten wurde (vgl. Hepp 2006: 119f). Dieser fand in zwei Phasen statt: 2003 in Genf und 2005 in Tunis. Das Besondere an diesem Gipfel ist, dass es die erste UN-Konferenz war, an der auch Vertreter des privaten Sektors bzw. der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, sowie soziale Bewegungen und NRO (Nichtregierungsorganisationen) teilnahmen (vgl. Hepp 2006: 120). Damit kann diese Konferenz als „Prozess der Institutionalisierung von Global Governance“ (Hepp 2006: 120) verstanden werden. Global Governance meint „eine Variante weltpolitischer Aktion“ (Kleinsteuber 2005: 112), bei der Regierungsvertreter und nicht-staatliche Akteure, Repräsentanten der Wirtschaft und NRO, miteinbezogen werden (vgl. Kleinsteuber 2005: 113). Ideal institutionalisiert wurde Global Governance auf dem WSIS nicht. Hepp (2006: 121) kritisiert vor allem, dass keine Gleichberechtigung zwischen den verschiedenen Interessensgruppen geherrscht habe. Im Folgenden werden die wichtigsten Punkte der WSIS-Grundsatzerklärung zusammengefasst. Ihr Titel lautet: „Aufbau der Informationsgesellschaft: eine globale Herausforderung im neuen Jahrtausend“ (WSIS 2003a: 1). Insgesamt wurden elf Grundsätze formuliert um eine „integrative und entwicklungsorientierte Informationsgesellschaft“ (WSIS 2003a: 1) aufzubauen:

1. Die Regierungen und alle anderen Interessensgruppen aus dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen sollen bei der Realisierung miteinbezogen werden (vgl. WSIS 2003a: 4).
2. Die Vernetzung durch Informations- und Kommunikationstechnologie, als Voraussetzung der Informationsgesellschaft, soll global gewährleistet werden (vgl. WSIS 2003a: 4f).
3. Alle sollen Zugang zu Information, Ideen und Wissen haben (vgl. WSIS 2003a: 5f).
4. Alle sollen die Möglichkeit haben, sich an der Informationsgesellschaft zu beteiligen und die dafür erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse, sprich Medienkompetenzen, erlernen können (vgl. WSIS 2003a: 6).
5. Für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien muss Vertrauen und Sicherheit geschafft werden, sprich Persönlichkeits-, und Verbraucherschutz etc. (vgl. WSIS 2003a: 7).
6. Der Staat soll ein dynamisches und förderliches internationales Umfeld für die Entwicklung der Informationsgesellschaft schaffen (vgl. WSIS 2003a: 7ff).
7. IT-Anwendungen müssen Vorteile für alle Lebensbereiche (Ausbildung, Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultur, etc.) sowie für die Armutsbeseitigung und die Verwirklichung von Entwicklungszielen schaffen (vgl. WSIS 2003a: 10).
8. Die Informationsgesellschaft soll auf die kulturelle Vielfalt und Identität achten, sprachliche Vielfalt und lokale Inhalte fördern (vgl. WSIS 2003a: 10).
9. Presse- und Informationsfreiheit, Unabhängigkeit, Pluralismus und Vielfalt der Medien sollen garantiert werden (vgl. WSIS 2003a: 11).

10. Was die ethische Dimension der Informationsgesellschaft betrifft, so sollen die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz sowie Verantwortung und Achtung vor der Natur gewahrt werden (vgl. WSIS 2003a: 11).
11. Die globale Informationsgesellschaft ist nur dann möglich, wenn es eine effektive internationale und regionale Zusammenarbeit zwischen den Regierungen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und den internationalen Finanzinstitutionen gibt (vgl. WSIS 2003a: 11f).

Der erste ebenso wie der letzte Grundsatz machen auf die unbedingte Notwendigkeit einer Kollaboration verschiedener Akteure aufmerksam, um die Realisierung der Informationsgesellschaft, im Sinne von Global Governance, zu ermöglichen. Dies hängt wohl nicht zuletzt damit zusammen, dass große Unternehmen, also privatwirtschaftliche Akteure, über jene finanziellen Mittel verfügen, die Regierungen armer Länder häufig fehlen und die notwendig sind um die Kommunikationsinfrastruktur auszubauen. Grundsätzlich scheinen viele Punkte utopischen Charakter zu haben und, speziell auf Grund ihres Universalitätsanspruches, eher Ideale als tatsächlich umsetzbare Maßnahmen zu formulieren. Dennoch wurde auf Basis dieser Grundsätze der WSIS Aktionsplans ausgearbeitet. Dieser umfasst eine Reihe von Zielvorgaben, um bis 2015 den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien entscheidend zu verbessern (vgl. WSIS 2003b: 2). Dabei geht es u.a. um folgende Punkte:

„a) IT-Anschlüsse in Dörfern einzurichten und kommunale Zugangspunkte zu schaffen; b) IT-Anschlüsse in Universitäten, Hochschulen, Sekundar- und Grundschulen einzurichten; c) IT-Anschlüsse in Wissenschafts- und Forschungszentren einzurichten; d) IT-Anschlüsse in öffentlichen Bibliotheken, Kulturzentren, Museen, Postämtern und Archiven einzurichten; e) IT-Anschlüsse in Gesundheitszentren und Krankenhäusern einzurichten; f) IT-Anschlüsse in allen lokalen und staatlichen Verwaltungsstellen einzurichten sowie Internetseiten und E-mail-Adressen zu schaffen; g) alle Lehrpläne der Grund- und Sekundarschulen auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft auszurichten und dabei die nationalen Gegebenheiten zu berücksichtigen; h) sicherzustellen, dass die gesamte Weltbevölkerung Zugang zu Hörfunk und Fernsehen hat; i) dafür einzutreten, dass die Inhalte und die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Präsenz und die Verwendung aller Sprachen der Welt auf dem Internet zu fördern; j) sicherzustellen, dass mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung erreichbaren Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien hat“ (WSIS 2003b: 2).

Es lässt sich feststellen, dass das Internet wohl als bedeutendstes Medium der anvisierten integrativen Informationsgesellschaft betrachtet wird und dementsprechend in den Maßnahmen eine zentrale Rolle einnimmt. Ebenso wie an den Grundsätzen, lässt sich jedoch auch an den Zielen kritisieren, dass sie sich an schwer bis unmöglich realisierbaren Idealen orientieren, wie beispielsweise Punkt i), der eine Verwendung „aller Sprachen der Welt“ im Internet prophezeit. Im Allgemeinen scheint die Realisierung dieser Ziele bis 2015 in Anbetracht der aktuellen Lage in vielen Ländern eher ungewöhnlich. Dies zeigt nicht zuletzt auch das Fallbeispiel Afrika bzw. Kamerun (s. dazu Kapitel 5 u. 7).

5. (Un)Vernetzte Welt: Eine Bestandsaufnahme

5.1 Die Geografie des Internets

Das Internet wurde einleitend als Teil des kommunikationstechnologischen Paradigmas beschrieben, das die Basis der Netzwerkgesellschaft darstelle. Erst durch dieses Medium, sei die Vernetzung in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht worden. Für die Nutzung seiner technischen Infrastruktur müssten eine Reihe von Faktoren berücksichtigt werden, weshalb es sich besonders eigne um die Verwendung der IKT innerhalb eines festgelegten geografischen Raumes zu bestimmen:

„The use of the Internet is a good indicator for the use of information and communication technologies, as such use requires the integration of many of individual components – electricity, telecommunications infrastructure, computers, and the skills to use them” (Jensen 2003: 89).

Castells (2005: 222) schreibt in seinem Buch die *Die Internet-Galaxie*, dass das Internet seine eigene Geografie habe, „eine Geografie, die aus Netzwerken und Knoten besteht, die Informationsströme verarbeiten, die ihrerseits von Orten aus generiert und manipuliert werden“. Die geografische Dimension des Internets lasse sich aus drei Perspektiven analysieren: der technischen Geografie, der Geografie der User und der wirtschaftlichen Geografie der Internet-Produktion (vgl. Castells 2005: 222). Im Folgenden wird die geografische Dimension des Internets aus der Perspektive der räumlichen Verteilung seiner Nutzer analysiert. Dies geschieht an Hand der letzten Erhebungen der *Internet World Stats. Usage and Population Statistics*⁸(2011). Abbildung 2 zeigt den Prozentsatz der Internetnutzer der auf die einzelnen Ländergruppen entfällt. Der Anteil der Europäischen Union wird in Abbildung 3 dargestellt.

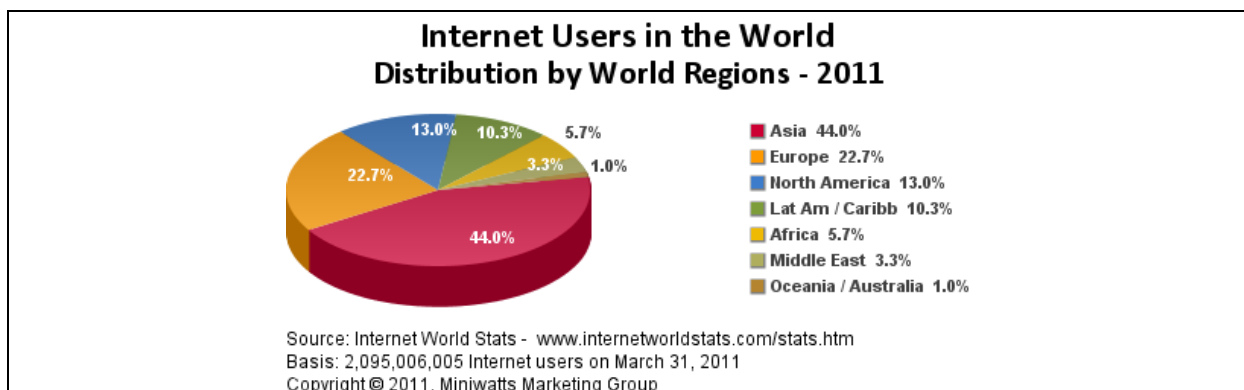


Abbildung 2: Internetnutzer in Prozent im Weltvergleich
(Quelle: Internet World Stats 2011).

⁸Zum Selbstverständnis von *Internet World Stats*: "Internet World Stats is an International website that features up to date world Internet Usage, Population Statistics, Travel Stats and Internet Market Research Data, for over 233 individual countries and world regions" (Internet World Stats 2011).

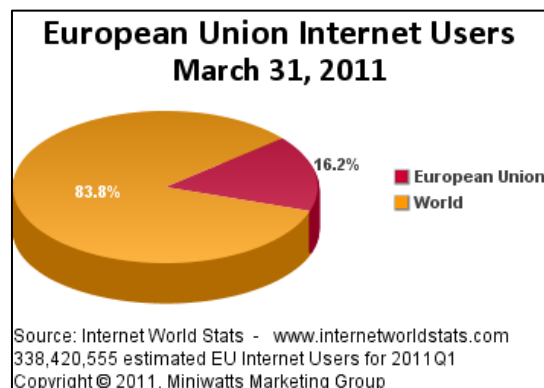


Abbildung 3: Internenutzer der Europäischen Union in Prozent im Weltvergleich (Quelle: Internet World Stats 2011).

Beide Abbildungen geben das reale Gefälle bezüglich der globalen Verteilung der Internetnutzer nicht ausreichend wieder. Es wird zwar deutlich, dass auf Afrika und den Mittleren Osten, global gesehen, am wenigsten Internetnutzer fallen, doch scheint Asien die stärkste Position innezuhaben. Man muss also um die Daten deuten zu können, die Einwohnerzahlen berücksichtigen. Asien hat ein Vielfaches der Bevölkerung von Nordamerika und Europa zusammengenommen. Es müsste daher für eine gleichmäßige Verteilung auch eine Mehrzahl an asiatischen Nutzern geben. Tatsächlich umfasst Asien 56% der Weltbevölkerung, während es in Europa nur knappe 12% und in Nordamerika 5% sind. Damit entfallen beinahe 36% der weltweiten Internetnutzer auf nur 17% der Weltbevölkerung. Selbst auf die EU, die nur 7% der Weltbevölkerung ausmacht, entfallen 16% der weltweiten Internetnutzer. In Afrika leben zwar doppelt so viele Menschen wie in der EU, es zählt jedoch nur ca. 6% der weltweiten Internetnutzer. Wie die Abbildung 4 zeigt, verzeichnet Europa ca. 480 Millionen Internetnutzer. Wenn man bedenkt, dass die Gesamtbevölkerung Europas bei ca. 800 Millionen liegt, bedeutet das, dass über die Hälfte der Bevölkerung des Kontinents zu Internetnutzern zählt. Die meisten davon leben in Deutschland (65 Mio. auf 82 Mio. Einwohnern), Russland (60 Mio. auf 139 Mio. Einwohnern), Großbritannien (52 Mio. auf 63 Mio. Einwohnern) und Frankreich (45. Mio. auf 65 Mio. Einwohnern), gefolgt von Italien (30 Mio. auf 61 Mio. Einwohnern). Die EU zählt mit etwa 500 Mio. Einwohnern sogar ca. 340 Mio. Internetnutzer. In Nordamerika mit knapp 350 Millionen Einwohnern sind mit ca. 270 Millionen Internetnutzern mehr als zwei Drittel der Bevölkerung online. In Asien mit einer Gesamtbevölkerung von beinahe 4 Milliarden, also über der Hälfte der Weltbevölkerung, zählt hingegen nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung zu den Internetnutzern, wobei sich der Löwenanteil der 922 Millionen Internetnutzer auf die zwei Bevölkerungsreichsten Länder, China (477 Mio. auf 1,3 Mrd. Einwohnern) und Indien (100 Mio. auf 1,2 Mrd. Einwohnern) sowie Japan (99 Mio. auf 130 Mio. Einwohnern) verteilen. Auf besonders prekäre Verhältnisse lassen die Zahlenvergleiche für Afrika schließen: der Kontinent hat 111 Millionen Internetnutzer bei einer Gesamtbevölkerung von ca. einer Milliarde Menschen. Die drei Länder wiederum mit den meisten Internet-

nutzern sind Nigeria (44 Mio. auf 155 Mio. Einwohnern), Ägypten (20 Mio. auf 82 Mio. Einwohnern) und Marokko (13 Mio. auf 32 Mio. Einwohnern). Das bedeutet, dass vom Rest Afrikas, ausgenommen dieser drei Länder und somit von verbleibenden 730 Millionen Menschen, nur mehr 34 Millionen zu den Internetnutzern zählen.

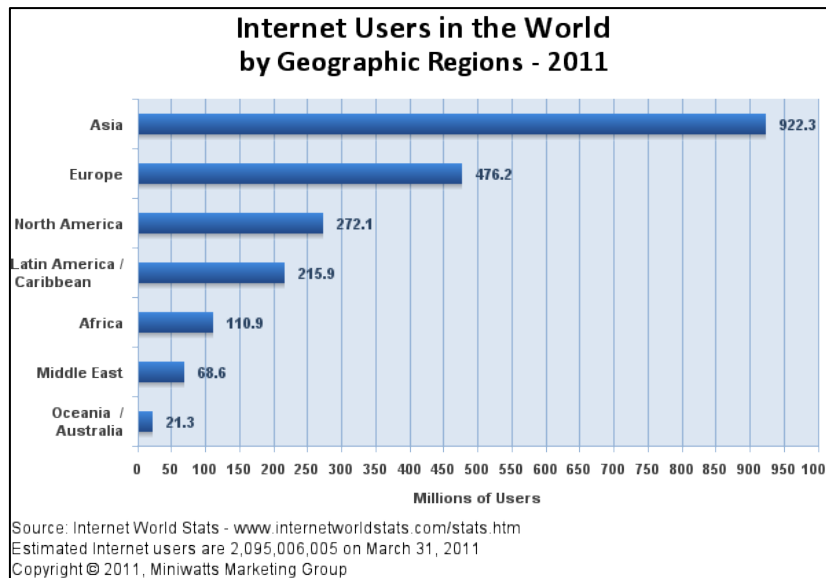


Abbildung 4: Internetnutzer im Weltvergleich in Millionen
 (Quelle: Internet World Stats 2011).

Die Abbildungen 5 und 6 stellen die Nutzerzahlen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der jeweiligen Länder/Ländergruppen dar, wobei man von der Durchdringungsrate des Internets eines Landes spricht. Insgesamt haben ca. 30% der Weltbevölkerung Zugang zum Internet. An der Spitze steht Nordamerika, mit einer Durchdringungsrate von beinahe 80%, gefolgt von Australien und Europa wo jeweils ca. 60% der Gesamtbevölkerung zu den Internetnutzern zählen. In der Europäischen Union beträgt die Internetdichte sogar etwa 67%. Asien weist im Durchschnitt eine Durchdringungsrate von nur 23% auf. Speziell auf diesem Kontinent zeigen sich besonders deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. So haben beispielsweise Südkorea, Japan und Singapur eine auffallend hohe Durchdringungsrate von ca. 80%. Andererseits gibt es viele Länder mit einer sehr niederen Internetrate von weniger als 10% wie Afghanistan, Laos und Indien. So hohe Durchdringungsraten wie in Asien, gibt es in Afrika freilich nicht. Bei mehr als der Hälfte der Staaten liegt sie unter 5%, Marokko hat mit 41% die höchste Durchdringungsrate. Insgesamt haben ca. 11,5% der Menschen Afrikas Zugang zum Internet, das Land liegt somit weit unter dem Welt-Durchschnitt.

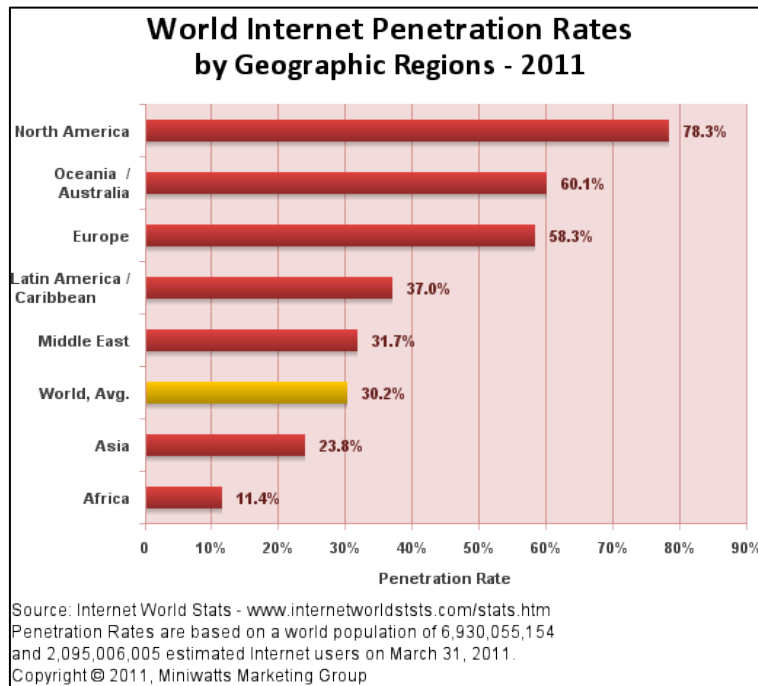


Abbildung 5: Durchdringungsrate des Internets in Prozent im Weltvergleich (Quelle: Internet World Stats 2011).

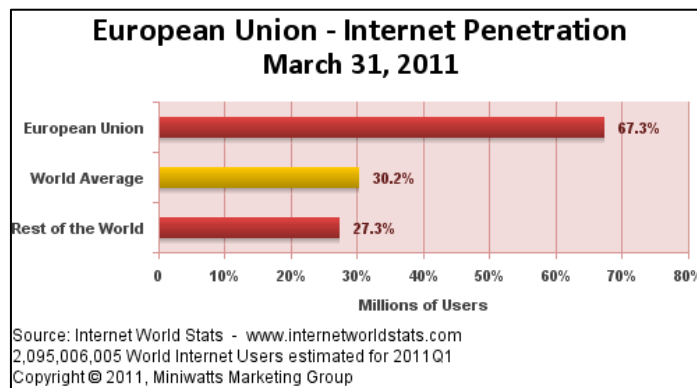


Abbildung 6: Durchdringungsrate des Internets in Prozent der Europäischen Union (Quelle: Internet World Stats 2011).

5.2 Entwicklungstendenzen

Auch innerhalb der Ländergruppen zeigen sich deutliche räumliche Unterschiede bezüglich der Verbreitung des Internets. Castells (2005: 226) verweist darauf, dass es sowohl in entwickelten Ländern als auch in Entwicklungsländern, große Differenzen gebe, je nachdem ob es sich um städtische Gebiete oder Kleinstädte bzw. ländliche Gegenden handle. Speziell für letztere, könne man einen deutlichen Rückstand bezüglich Internetzugänge verzeichnen. Auch Hepp (2006: 267f) macht auf die Differenzen zwischen Stadt und Land bezüglich der Mediennutzung allgemein und insbesondere des Internets aufmerksam. In vielen Ländern würde sich der Zugang zum Internet beispielsweise auf die Hauptstädte und größten Industriestädte reduzieren bzw. außerhalb dieser Zentren, auf öffentliche Internetzugänge, wie Internetcafés. Als Gründe für diese Entwicklung nennt Hepp (2006: 268f) einerseits die globale Konzentration der Bevölkerung auf Städte, speziell der wohlhabenderen Bevölkerungsanteile, die sich die erforderlichen technischen Geräte leisten könnten. Andererseits würden auch infrastrukturelle Probleme eine Rolle spielen, besonders in nicht-westlichen Gebieten. So sei beispielsweise die Stromversorgung in Afrika in vielen ländlichen Gegenden nicht gesichert bzw. häufig unterbrochen.

In diesem Zusammenhang gilt es sich die Wachstumsrate der Internetnutzer nach Ländern anzusehen. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, kann man insgesamt von einer starken Steigerung der Durchdringungsrate in den letzten zehn Jahren sprechen. Am meisten gesteigert haben sich die Internetnutzer klar in Afrika und zwar um mehr als 2.500%, gefolgt vom Mittleren Osten mit ca. 2000% und Lateinamerika mit einer Wachstumsrate von 1000%. Castells (2005: 277) verweist darauf, dass speziell in Entwicklungsländern immer nur bestimmte Regionen bzw. Städte von den zunehmenden Internet-Anschlüssen profitieren würden. So würden entscheidende Bereiche eines Landes, wie Finanzinstitutionen, Medien, hohe Staats- und Regierungsstellen, das Militär, internationale Hotels usw. oft nicht das gesamte Kommunikationssystem eines Landes erneuern, was mit viel Zeitaufwand, hohen Kosten und notwendigen Prozessen der Privatisierung und Deregulierung verbunden wäre. Stattdessen würden in Abhängigkeit von den USA und Europa, durch technische Spezialexsysteme, nur die Bedürfnisse bestimmter Kunden erfüllt (vgl. Castells 2005: 277). Die Begünstigten dieser Entwicklung in den unterentwickelten Ländern seien damit nur die „entscheidenden städtischen Zentren, globalisierte Tätigkeiten und die sozialen Gruppen mit besserer Ausbildung“ (Castells 2005: 276).

Land /Ländergruppe	Einwohner 2011	% der Weltbevölkerung	Internetnutzer Dez. 2000	Internetnutzer 2011	Zunahme 2000-2011	Durchdringungsrate 2011 in %
Afrika	1 Mrd.	15%	4,5 Mio.	111 Mio.	2.550 %	11,4%
Asien	4 Mrd.	56%	114 Mio.	922 Mio.	707 %	23,8%
Europa	817 Mio.	12%	105 Mio.	476 Mio.	350%	58,3%
Mittlerer Osten	216 Mio.	3%	3 Mio.	69 Mio.	1.990%	31,7%
Nordamerika	347 Mio.	5%	108 Mio.	272 Mio.	150 %	78,3%
Lateinamerika / Karibik	597 Mio.	8,5%	18 Mio.	216 Mio.	1.000%	37%
Ozeanien / Australien	36 Mio.	0,5%	7,5 Mio.	21 Mio.	180%	60%
Weltweit	7 Mrd.	100%	360 Mio.	2 Mrd.	480%	30,2%
Europäische Union	500 Mio.	7%	/	338 Mio.	259%	67,3%

Abbildung 7: Einwohner und Internetnutzer im Weltvergleich
(Quelle: Internet World Stats 2011. Eigene Zusammenstellung).

Insgesamt hat die Geografie des Internets gezeigt, dass die Internetnutzer sich global betrachtet speziell auf wirtschaftlich mächtige Länder konzentrieren. Sehr hohe Durchdringungsraten haben Nordamerika, Europa und insbesondere die Europäische Union, sowie wirtschaftlich starke Länder Asiens. Damit scheint die These von Greis (2004: 46) bestätigt, der in seinem Artikel *Cybergeography* festhält, dass die ungleiche Verteilung der Internetnutzung sich auf globaler Ebene, von ihren Raumstrukturen her, mit den weltweiten Disparitäten in wirtschaftlicher Perspektive parallelisieren lassen. Sie würde somit „globale Unrechtsstrukturen“ nachzeichnen (Greis 2004: 46).

6. Der Digital Divide als globale Konnektivitätskluff

6.1 Die drei Dimensionen des Digital Divide

Digital Divide, Digitale Spaltung, digitale Kluff – dies alles sind Ausdrücke, die häufig im Zusammenhang mit neuen Kommunikationstechnologien fallen, insbesondere wenn die Rede vom Internet ist. Zillien (2006:93) versucht in ihrem Buch *Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft* diese Begriffe näher zu bestimmen. Sie verweist darauf, dass der Begriff Spaltung die Unterscheidung zwischen zwei Gruppierungen impliziere. Dies würde auch für den französischen Ausdruck, *fos-*

*sé numérique*⁹, ebenso wie für den italienischen, *divario digitale*, oder dem spanischen, *brecha digital*, gelten. Im Englischen spreche man neben dem *Digital Divide* auch vom *Digital Gap*. Es entstehen daher Dichotomien, indem man unterscheidet zwischen Nutzern und Nichtnutzern, zwischen On- und Offlinern (vgl. Zillien 2006: 93). Dieses binäre Konzept wird von manchen als zu stark polarisierend kritisiert. So z. B. von Warschauer (2002), der schreibt, dass der Digital Divide sozusagen eine „implication of a bipolar societal split“ darstelle, eine reine Unterscheidung zwischen Nutzern und Nichtnutzern jedoch viel zu undifferenziert sei. Vielmehr käme es auf die Art und Frequenz der Nutzung an (vgl. Warschauer 2002). Wie er dies genau auffasst wird in Folge noch thematisiert werden. Einigkeit herrscht in der Wissenschaft darüber, dass der Begriff Digital Divide mehr umfasst als eine ungleiche Verteilung der technologischen Infrastruktur. Hepp (2006: 266) stellt die Frage: „Worum geht es nun bei der digitalen Kluft?“ und beantwortet diese wie folgt:

„Ganz allgemein geht es letztlich um Fragen der kommunikativen Konnektivität von bestimmten (möglichen) Lokalitäten der Medienrezeption und den auf unterschiedlichen Ebenen liegenden Zugang zu diesen: Besteht an einer Lokalität Zugang zu bestimmten medialen Konnektivitäten, sind also Fernsehapparate, Videorekorder oder vernetzte Computer vorhanden und welche Zugangsmöglichkeiten bestehen zu diesen für unterschiedliche Personengruppen?“ (Hepp 2006: 266)

Hepp (2006: 266) geht also von einem sehr breiten Fragenspektrum aus, das unterschiedlichste Medien impliziert. Dementsprechend definiert er Medienklüfte wie folgt:

„Medienklüfte sind Differenzen des Zugangs zu bestimmten Medien bzw. zu bestimmten Medieninhalten oder Medienpräsentationen, wobei der Begriff des Zugangs nicht nur materielle Aspekte umfasst, sondern auch den Bereich von weitergehenden Medienkompetenzen und Mediengebrauchskompetenzen. Im Allgemeinen geht es letztlich um Fragen des Zugangs zu kommunikativer Konnektivität, wobei solche Konnektivitätsklüfte auf unterschiedliche Weisen angeeignet werden“ (Hepp 2006: 267).

Zugang bedeute nach dieser Definition also nicht nur die physische Präsenz der technischen Infrastruktur, sondern würde auch mit den jeweiligen Fähigkeiten der Nutzer, mit diesen umzugehen, zusammenhängen. Nur wenn diese gegeben seien, könne kommunikative Konnektivität zustande kommen, die wiederum Zugang zur Informations-, bzw. Netzwerkgesellschaft ermöglicht. Entsprechend der vorab diskutierten Parallele zwischen den Asymmetrien der globalen Verteilung der IKT und den Asymmetrien innerhalb der globalen Wirtschaft, verweist Hepp (2006: 269) darauf, dass man die kommunikative Konnektivitätskluft, global gesehen, auch als eine „ökonomische Kluft“ begreifen könne. Globale Betrachtung ist das

⁹ Üblich ist im Französischen neben dem Ausdruck *fossé numérique* auch die Bezeichnung *fracture numérique*. Im *Petit Robert* (2009 : 1091) findet man dafür folgende Definition: „Fracture numérique: inégalité d'accès au réseau numérique.“ Auch im Französischen scheint sich diese Terminologie also hauptsächlich in Bezug auf das Internet etabliert zu haben.

Stichwort für die folgende Unterscheidung, nach der sich auch das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit eingrenzen lässt. Norris (2001) entwirft ein Konzept des Digital Divide in Bezug auf das Internet, indem sie eine dreifache Differenzierung vornimmt:

„(...) the concept of the 'digital divide' is understood as a multidimensional phenomenon encompassing three distinct aspects. The *global divide* refers to the divergence of Internet access between industrialized and developing societies. The *social divide* concerns the gap between information rich and poor in each nation. And finally within the online community, the *democratic divide* signifies the difference between those who do, and do not, use the panoply of digital resources to engage, mobilize and participate in public life“ (Norris 2001: 4).

Mit dem letztgenannten Konzept, dem *democratic divide*, hinterfragt Norris (2001: 12ff) den Grad der Umsetzung des emanzipatorischen Potentials digitaler Technologien zwischen den verschiedenen Nutzern, beispielsweise durch politische Chatrooms, elektronische Wahlen, Referenda und Mobilisierungsaktionen. Wie bisher schon deutlich wurde, ist der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit jener der Konnektivitätskluft zwischen reichen Industrienationen und Entwicklungsländern. Damit ist es die globale Dimension des Digital Divide, auf die sich das Forschungsinteresse im Besonderen konzentriert. Allerdings hat die Geografie des Internets ebenso deutlich gemacht, dass es nicht nur ein auffallendes Nord-Süd-Gefälle gibt, sondern selbst innerhalb der (Entwicklungs-)Länder, Klüfte bezüglich der Mediennutzung nur schwerlich außer Acht gelassen werden können. Unter sozialer Kluft fasst Norris (2001: 10ff) einige soziale Faktoren zusammen, die innerhalb eines Landes solche Ungleichheiten im Zugang bedingen würden, wozu u.a. Einkommen, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, und Alter gehören. Auch Castells (2005: 262ff) hat im Zuge einer Studie von 1995 bis 2000 Unterschiede beim Internetzugang von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eines Landes, in dem Fall den USA, untersucht. Dabei hat er, neben den Disparitäten zwischen Stadt und Land, folgende Aspekte festgestellt, die zu einer sozialen Kluft im Sinne Norris (2001: 10ff) führten: Einkommen, Bildungsniveau, Ethnie, Familienstatus, Behinderung (Seherschwierigkeiten/Gehbehinderung). In den Anfängen der Studie sei zudem eine auf Gender bezogene Lücke erkennbar gewesen, die sich in den Erhebungen von 2000 jedoch relativiert hätte (vgl. Castells 2005: 263f). Insgesamt lasse sich innerhalb der USA eine Abnahme der Ungleichheiten erkennen. Allerdings mit einer einzigen deutlichen Ausnahme, nämlich der Lücke, die sich auf Grund der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerungsmitglieder feststellen ließe. So habe sich sowohl die Kluft zwischen weißen und afro-amerikanischen Haushalten, als auch jene zwischen weißen und hispanischen Haushalten zwischen 1998 und 2000, weiterhin zu Gunsten der weißen Haushalte vergrößert (vgl. Castells 2005: 265f). Castells (2005: 266) fast folglich die Schlussfolgerung, dass Rassenungleichheit, selbst im Zeitalter des Internets, kennzeichnend für Amerika sei.

Auch innerhalb der globalen Kluft müssen erneut Differenzierungen gemacht werden. Greis (2004:46) verweist in seiner bereits zitierten Studie zur *Cybergeographie* darauf, dass man zwischen Internetnutzern und solchen, die über das Internet Inhalte anbieten, unterscheiden müsse. Nun wurde bereits in Bezug auf den globalen Medienkapitalismus gezeigt, dass große Medienunternehmen, eben auch solche, die publizistische Inhalte produzieren, in den Industrieländern zu lokalisieren sind. Wie im vorherigen Kapitel an Hand neuester Statistiken bewiesen wurde, sind dies auch jene Länder, die die meisten Nutzer verzeichnen, die wiederum Inhalte zur Verfügung stellen. Greis (2004: 47) hält diesbezüglich fest: „dass die informationelle Ungerechtigkeit nicht nur eine technisch-infrastrukturelle Dimension hat, sondern auch eine inhaltliche oder Content-Dimension.“ Gemäß der oben genannten Definition des Digital Divide, muss also die technisch-infrastrukturelle Dimension in Kombination mit der Content-Dimension, also mit Herkunft und Zielrichtung der Inhalte, betrachtet werden. Damit spricht diese Dimension jene Thematik an, die in der Gründerphase der UNESCO und dem Prinzip des *free flow of communication* zu Konflikten geführt hat, eben deshalb weil die Entwicklungsländer auf die einseitige Richtung dieses Informationsflusses aufmerksam machten und auf Veränderungen diesbezüglich pochten (s. dazu Kapitel 4). Auf diese Problematik macht auch Norris (2001:5) aufmerksam, indem sie folgende rhetorische Frage stellt „Surf at random, click on this, click on that, and whose voices do you hear around the globe?“

Eine weitere Dimension, die Greis (2004: 48) innerhalb des Digital Divide unterscheidet, ist die „Repräsentationsdimension“. Er meint damit die „Vertretung der Länder in den zentralen Internetgremien“ (Greis 2004: 50). Die ICANN (*Internet Corporation for Assigned Names and Numbers*) kann als Beispiel dafür genannt werden. Sie ist, wie bereits erklärt wurde, eine staatlich unabhängige Organisation, die für die Verwaltung der IP-Adressen zuständig ist. Greis (2004: 48f) verweist in dem Artikel, den er 2004 geschrieben hat, darauf, dass deren Direktorium aus 18 Mitgliedern bestehe, wovon 61% aus den G7-Staaten (USA, Deutschland, Japan, Frankreich, Italien, Großbritannien und Kanada) stammen und nur 5% aus afrikanischen Staaten.

Unter Rückbeziehung auf dieses und vorherige Kapitel, kann Folgendes festgehalten werden: das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit gilt dem Digital Divide auf globaler Ebene, insbesondere in Bezug auf das Internet. Damit sind Differenzen im Zugang zu bestimmten Medien bzw. speziell dem Internet zwischen Ländern oder Ländergruppen gemeint. Man spricht auch von Konnektivitäts- oder Medienklüften. Der Digital Divide hat eine technisch-infrastrukturelle Dimension, die mit notwendigen Mediengebrauchskompetenzen zusammenhängt, eine inhaltliche Dimension, bezüglich Herkunft und Zielrichtung der Inhalte, und eine repräsentative Dimension, bezüglich der Vertretung der Länder in den Internetgre-

mien. Die Raumstrukturen globaler Medienklüfte korrespondieren mit globalen wirtschaftlichen Disparitäten, weshalb auch von ökonomischen Klüften gesprochen wird. Es folgt nun eine systematische Betrachtung jener Kompetenzen und sozioökonomischen Voraussetzungen, die beim Zugang zum Internet bzw. zu den IKT allgemein eine Rolle spielen.

6.2 IKT-Zugang und Literalität: Ein Vergleich

Es wurde eben festgestellt, dass die technologische Infrastruktur nur eine von vielen Voraussetzungen ist, die gegeben sein muss, um Medien zu nutzen. Rein die Zurverfügungstellung der Technologie, ist damit noch kein Mittel Konnektivitätsklüfte zu überwinden. Vielmehr sei, nach der Definition Hepps (2006: 267, s. dazu Kapitel 6.1), ein breites Spektrum an Kompetenzen erforderlich um vom tatsächlichen Zugang zu Medien zu sprechen. In seinem Artikel *Reconceptualizing the Digital Divide*¹⁰ geht Warschauer (2002) vom Konzept der „technology for social inclusion“ aus und hält dazu fest: „ICT does not exist as an external variable to be injected from the outside to bring about certain results. Rather, it is woven in a complex manner in social systems and processes“ (Warschauer 2002). Demnach bedeute die Verwendung der IKT, eben auch durch gesellschaftliche Randgruppen, nicht nur die Überwindung des Digital Divide, vielmehr handle es sich dabei um einen Prozess sozialer Inklusion (vgl. Warschauer 2002). Warschauer (2002) unternimmt nun einen Vergleich zwischen der Literalität, also der Lese- und Schreibfähigkeit, und dem Zugang zur IKT, und arbeitet mehrere Parallelen heraus: erstens, seien Literalität und IKT-Zugang mit Fortschritten der menschlichen Kommunikation und der Wissensproduktion verbunden. Zweitens, ebenso wie IKT-Zugang als Voraussetzung gelte um am Kapitalismus der Informationsgesellschaft teilzunehmen, sei Literalität die Voraussetzung gewesen, für die volle Partizipation am frühen Kapitalismus des Industriezeitalters. Drittens, sowohl Literalität als auch IKT-Zugang, seien auf ein physisches Artefakt (beispielsweise Buch oder Computer) angewiesen, das als Quelle der Information und Ausdruck von Inhalt diene, sowie auf die erforderlichen Kenntnisse, dieses Artefakt dementsprechend zu nutzen. Bei beiden spiele nicht nur die Fähigkeit Inhalte zu rezipieren, sondern auch zu produzieren, eine Rolle (vgl. Warschauer 2002). Und schließlich seien beide Konzepte verbunden mit „controversial notions of societal divides: the great literacy and the digital divide“ (Warschauer 2002). Die folgende Tabelle zeigt eine Gegenüberstellung der beiden Konzepte:

¹⁰ Der Artikel *Reconceptualizing the Digital Divide* wurde in der englischsprachigen, peer-reviewten Internetzeitschrift *First Monday* veröffentlicht. Er ist als PDF online zugänglich und enthält keine Seitenzahlen (für detaillierte Quellenangaben s. Bibliographie). Warschauer (2002) spricht darin von „ICT Access“ was in der vorliegenden Arbeit als IKT-Zugang übersetzt wird.

	Literacy	ICT Access
Communication Stage	Writing, print	Computer-mediated communication
Economic Era	Industrial capitalism	Informational capitalism
Physical Artifact	Books, magazines, newspapers, journals	Computer
Organization of Content	Novels, short stories, essays, articles, reports, poems, forms	Web sites, e-mail, instant messages
Receptive skills	Reading	Reading + multimedia interpretation, searching, navigating
Productive skills	Writing	Writing + multimedia authoring and publishing
Divides	A great literacy divide?	A digital divide?

Abbildung 8: Vergleich Literalität und IKT-Zugang (Quelle Warschauer 2002)

Aus dem Artikel Warschauers (2002) geht hervor, dass sich der Autor insbesondere auf soziale Klüfte innerhalb eines Landes, sprich einer Nation, bezieht. Das heißt es geht speziell um bestimmte Bevölkerungsgruppen eines Landes, die auf Grund bestimmter Faktoren, die beispielsweise im vorherigen Kapitelabschnitt im Zusammenhang mit der Studie Castells (2005: 263f) zu den USA genannt wurden, eine weniger häufige und weniger effiziente Nutzung der IKT aufweisen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Jedoch nennt der Autor einige Aspekte, die sowohl bei dem Erwerb der Lese- und Schreibfähigkeit als auch dem IKT-Zugang berücksichtigt werden müssten und damit auch auf globaler Ebene von Relevanz sind, wenn es darum geht, hinsichtlich weltweiter Konnektivitätsklüfte zu intervenieren. Er geht dabei vom Prinzip aus, dass Literalität, ebenso wie IKT-Zugang, nicht rein als der Erwerb kognitiver Fähigkeiten zu verstehen seien, sondern als eine Form sozialer Praxis, was entscheidende Schlussfolgerungen mit sich ziehe:

"If literacy is understood as a set of social practices rather than a narrow cognitive skill, this has several important consequences for thinking about the acquisition of literacy, and important parallels with the acquisition of access to ICT. Literacy acquisition, like access to ICT, requires a variety of resources. These include physical artifacts (books, magazines, newspapers, journals, computers, etc.); relevant content transmitted via those artifacts; appropriate user skills, knowledge, and attitude; and the right kinds of community and social support" (Warschauer 2002).

Die erforderlichen Ressourcen für den IKT-Zugang, ließen sich also wie folgt zusammenfassen: „Physical Resources (Computers and Telecommunications), Digital Resources (Relevant Content in Diverse Languages), Human Resources (Literacy and Education), Social Resources (Community and Institutional Support)“ (Warschauer 2002). Die unter den *Human Resources* zusammengefassten Punkte, Literalität und Bildung, wurden bereits im zweiten Kapitel angesprochen, als grundlegende Voraussetzung der Informationsgesellschaft, in der den Menschen die Fähigkeiten gegeben werden müssten, sich Informationen zu beschaffen und diese zu verarbeiten. Man sieht, dass man zwischen Literalität und IKT-Zugang nicht nur von Parallelen sprechen kann, sondern Literalität, also die Lese- und Schreibfähigkeit, gilt gleichzeitig auch als Voraussetzung der Nutzung von IKT. Warschauer (2002) hebt hervor, dass diese Ressourcen nicht nur Hilfsmittel für den effizienten IKT-Zugang seien, sondern gleichzeitig auch Produkt desselben: „(...) the presence of this resources helps ensure that ICT can be well used and exploited. On the other hand, access to each of these resources is a result of effective use of ICTs.“ Dementsprechend könnten sie entweder Ursache sozialer Inklusion oder Exklusion¹¹ sein: “If handled well, these resources can thus serve as a virtual circle that promotes social development and inclusion. If handled poorly, these elements can serve as a vicious cycle of underdevelopment and exclusion” (Warschauer 2002).

6.3 Formaler vs. effizienter IKT-Zugang

Analog zu diesem Verständnis des Zugangs zu neuen Medien und den damit verbundenen Ressourcen unterscheidet auch Wilson (2004: 301ff) zwischen mehreren Faktoren, die für effizienten Zugang notwendig sind. Zunächst definiert er den Digital Divide wie folgt: „Today digital divide refers to an inequality in access, distribution, and use of information and communication technologies between two or more populations” (Wilson 2004: 300). Er bezieht sich also nicht nur auf das Internet, sondern auf Medien im Allgemeinen. Im Anschluss daran widmet sich Wilson (2004: 301ff) dem Ausdruck „Access“. Er geht dabei von acht Faktoren aus „to ensure effective as distinct from formal access“ (Wilson 2004: 301), um also den effizienten Zugang vom rein formalen Zugang zu unterscheiden: *Physical Access* beschreibe die Distanz des potenziellen Users zur technischen Infrastruktur in einem klar definierten geografischen Raum (vgl. Wilson 2004: 301). *Financial Access* meine die finanziellen Mittel, die notwendig seien für IKT-Dienstleistungen (vgl. Wilson 2004: 301). *Cognitive Access* beziehe sich auf die intellektuellen Fähigkeiten des potentiellen Nutzers, Informationen zu suchen, zu verarbeiten und gemäß den jeweiligen Bedürfnissen zu verwenden (vgl. Wilson 2004: 301). *Design Access* bezeichne sowohl die angemessene Hardware, als auch Soft-

¹¹ Eine ausführliche Theoretisierung sozialer Inklusion und Exklusion im Besonderen in Bezug auf das Internet, was eine weitere Spezifizierung in aktive und passive Exklusion beinhaltet, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Hierfür wird auf folgenden Aufsatz verwiesen: Hafner, Johann (2004): Net Divide. Eine systemtheoretische Beschreibung der Exklusion im Netz. In: Scheule, Rupert M./Capurro, Rafael/Hausmanninger, Thomas (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 51-67.

ware für die potentiellen User einer bestimmten Gesellschaft. Gemeint seien damit besondere Applikationen wie Spracherkennung oder Grafiken und Icons für Menschen mit Hör- oder Sehschwierigkeiten sowie Analphabeten (vgl. Wilson 2004: 301). *Content Access* beziehe sich auf den Zugang zu Informationen, Inhalten und Themen, die für die jeweiligen User von Nutzen sind. Vorwiegend seien Inhalte und Sprachen des Internets nämlich an den Industrieländern orientiert. Die sprachliche Dimension stelle, insbesondere für viele Menschen in Entwicklungsländern, eine Hürde dar, weil diese häufig nur lokale Sprachen und Dialekte beherrschen würden (vgl. Wilson 2004: 302). *Production Access* könne, speziell in Bezug auf Entwicklungsländer, nicht isoliert vom *Content Access* betrachtet werden. Um einen sicheren und intelligenten Umgang mit dem Internet zu gewähren, müssten User auch eigene Inhalte produzieren können. Die meisten Informationen würden jedoch ausschließlich vom Norden in den Süden laufen (vgl. Wilson 2004: 302). „There is much less content produced by the South for the South, and much less that flows from South to North“ (Wilson 2004: 302). *Institutional Access* bezeichne die Möglichkeiten, öffentliche Internet-Zugänge zu nutzen, beispielsweise durch Schulen, religiöse Institutionen, Internet-Cafés usw. (vgl. Wilson 2004: 302f). *Political Access* beschreibe schließlich die Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb des Internets sowie die Partizipation an Entscheidungen, beispielsweise bei Institutionen, die für die Regulierung zuständig sind. Wenn den Konsumenten die Chance eingeräumt würde, sich an den Regeln des Zugangs zu beteiligen, seien sie auch eher in der Lage diese selbst zu befolgen (vgl. Wilson 2004: 303). „When consumers can influence the rules of ICT access, they are better able to ensure sustainable access“ (Wilson 2004: 303). Warschauer (2002) wie Wilson (2004) sind sich darüber einig, dass effizienter Zugang weit über die notwendige technologische Infrastruktur hinausgehe. Damit kann festgehalten werden, dass bei Maßnahmen gegen die globale Medienkluft vorzugehen, auch eine Vielzahl an Faktoren berücksichtigt werden müssen. Was bei Wilson (2004: 301ff) stärker zum Ausdruck kommt als bei Warschauer (2002), ist die aktive Partizipation seitens der Nutzer. So bedeute effizienter Zugang nicht rein passive Rezeption, sondern auch maximale Beteiligung an der Produktion von Inhalten (*Production Access*) sowie an der Entscheidungsfindung bezüglich der Regulierung des Internetzugangs (*Political Access*). Wie sich in Folge zeigen wird, sind im Entwicklungsland Afrika, viele Faktoren, die einen effizienten Zugang gewähren sollten, nicht gegeben.

7. Afrika und der Digital Divide

7.1 Technologische Apartheid im Informationszeitalter

Noch Ende der 1990er Jahre, als der dritte Band von Castells (1998) Trilogie erstmals erschienen ist, beschrieb er die Situation in Afrika als „technologische Apartheid am Anbruch des Informationszeitalters“ (Castells 2003: 95):

„Die Informationstechnologie und die Fähigkeit sie zu nutzen und anzupassen, sind in unserer Zeit die entscheidenden Faktoren, um Reichtum, Macht und Wissen hervorzubringen und Zugang dazu zu erhalten (...). Afrika ist – mit der wesentlichen Ausnahme Südafrikas – gegenwärtig von der Informationsrevolution ausgeschlossen“ (Castells 2003: 95).

Auch Jensen (2003: 86) stellte noch um die Jahrtausendwende fest: „The Digital Divide however is still at its most extreme in Afrika“. Für die damals 816 Millionen Menschen umfassende Bevölkerung Afrikas, ließ sich folgendes feststellen: jeder Vierte besaß ein Radio (200 Mio.), Einer unter 13 besaß einen Fernseher (62 Mio.), Einer unter 35 war im Besitz eines Mobiltelefons (24 Mio.), Einer unter 39 war im Besitz eines Fixanschlusses (21 Mio.), Einer unter 130 hatte einen Computer (5,9 Mio.), Einer unter 160 verwendete das Internet, (5 Mio.), Einer unter 400 hatte Pay-TV (vgl. Jensen 2003: 86). Wie die Internetgeografie gezeigt hat, ist es mittlerweile immerhin Einer unter 100, der das Internet verwendet. Trotzdem ist Afrika mit einer Internetdurchdringungsrate von 11,5% weit vom weltweiten Durchschnitt entfernt. Obwohl dort mehr als drei Mal so viele Menschen leben als in Nordamerika, hat es mit ca. 111 Mio. Usern nicht einmal halb so viele Internetnutzer. Wie festgestellt wurde, gibt es große Ungleichheiten auch innerhalb des Kontinents und auch von der hohen Wachstumsrate der Internetzugänge würden wiederum häufig nur bestimmte Städte profitieren (s. dazu Kapitel 5). Für die im Folgeteil angeführten Daten sowie für die Abbildung 9, wurde erneut auf *Internet World Stats* zurückgegriffen. Abbildung 9 zeigt die Verteilung der 111 Mio. User: Nigeria liegt mit fast 44 Millionen Usern an der Spitze, ist aber auch mit 155 Mio. Einwohnern der weitaus bevölkerungsreichste Staat Afrikas. Mit großem Abstand folgt Ägypten mit nicht einmal halb so vielen Internetnutzern wie Nigeria, und Marokko mit ca. 13 Millionen Usern. Wie bereits festgestellt wurde, verzeichnet Afrika die höchste Wachstumsrate von Internet-Nutzern seit 2000, sieht man sich die Zahlenvergleiche zu den einzelnen Ländern an, wird dies besonders deutlich. So hatte beispielsweise Nigeria noch im Jahre 2000 nur 200.000 User, Ägypten 450.000 und Marokko 100.000. Damit lagen also alle Länder Afrikas, die jetzt die meisten Millionen User besitzen, noch vor einem guten Jahrzehnt unter der 500.000-Grenze.

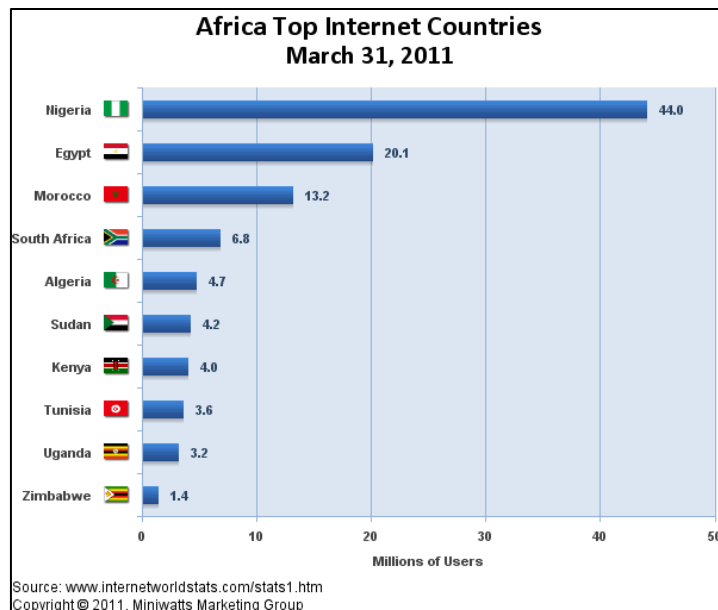


Abbildung 9: Afrikanische Länder mit den meisten Internetnutzern in Millionen (Quelle: Internet World Stats 2011).

Auch hier gilt, wie bei der globalen Geografie des Internets gezeigt wurde, sich die Userzahlen im Verhältnis der Einwohnerdichte anzusehen, sprich die Internetdurchdringungsrate der einzelnen Länder zu berücksichtigen, um ein Bild über die tatsächliche Verteilung zu erhalten. Die höchste Durchdringungsrate hat mit 41,3 % Marokko. Auch jener Staat des Maghreb mit der kleinsten Einwohnerzahl, Tunesien, hat mit knappen 34% eine hohe Rate. Wie bereits im Zusammenhang mit dem globalen Medienkapitalismus angesprochen wurde, haben diese beiden Länder eine Vorreiterrolle innerhalb Afrikas, da der IT-Sektor dort zumindest in Ansätzen in Entwicklung begriffen ist (s. dazu Kapitel 3.3). In Nigeria liegt die Durchdringungsrate bei ca. 28 % womit auch dieses Land also weit über dem afrikanischen Durchschnitt von 11,5%, liegt. In Ägypten sind es 24,5 %. Wie in Kapitel 5.2 festgestellt wurde, sind es speziell in armen Ländern häufig strategisch wichtige Zentren und auch touristische Gebiete, die ins globale Internet-Netzwerk integriert werden. Daher verwundert es nicht, dass so kleine Staaten wie die Seychellen oder Cape Verde, touristische Hochburgen, eine Durchdringungsrate von 38% respektive 29% aufweisen. Bei mehr als der Hälfte der afrikanischen Staaten liegt sie jedoch unter 5%

7.2 Sozioökonomische Hindernisse für die IKT-Entwicklung

Am Kontinent Afrika lässt sich nun einerseits beispielhaft zeigen, dass der globale Digital Divide in seinen Raumstrukturen mit denen der weltweiten wirtschaftlichen Ungleichheiten übereinstimmt. Andererseits lassen sich, wie die Zahlen in Abschnitt 7.1 gezeigt haben, auch starke Disparitäten des IKT-Zugangs innerhalb des Kontinents selbst erkennen. Was die erste Feststellung betrifft, resümiert Castells (2003: 93) im dritten Teil seiner Trilogie des *Informationszeitalters*, die Hauptpunkte die zur Marginalisierung Afrikas in der globalen Wirt-

schaft geführt hätten: „unzuverlässige institutionelle Rahmenbedingungen; fehlende Infrastruktur für Produktion und Kommunikation und fehlendes Humankapital; fehlerhafte Wirtschaftspolitik, die Exporte und Investitionen bestraft, um lokale Geschäftsleute mit Verbindungen zur staatlichen Bürokratie zu begünstigen“ (Castells 2003: 93). Allerdings betont der Autor, dass es selbst im subsaharischen Afrika in wenigen Ländern, nicht zuletzt auch auf Grund des Exports von Rohstoffen wie Erdöl, Gold, Diamanten und Metallen, eine kleine wohlhabende Elite gäbe. Die Problematik bestehe darin, dass die Reichtümer dieser Klasse nun nicht wieder in das eigene Land reinvestiert würden, sondern damit profitträchtige internationale Investitionen betätigt würden (vgl. Castells 2003: 93f). Damit seien es ausschließlich diese kleinen Eliten, die „Anschluss an die globalen Netzwerke von Reichtum, Macht, Information und Kommunikation fanden“ (Castells 2003: 94). Der Autor spricht daher von einer „selektiven Integration kleiner Segmente von afrikanischem Kapital, Wohlstandsmärkten und profitablen Exporten in die globalen Netzwerke von Kapital, Gütern und Dienstleistungen“ (Castells 2003: 94), sprich einem Einschluss kleiner Segmente in die globale informationelle Ökonomie, von denen dementsprechend auch nur eine kleine elitäre Klasse profitiere. Auch Jensen (2003: 86f) macht darauf aufmerksam, dass man die Unterschiede innerhalb Afrikas nicht ignorieren könnte, verweist jedoch darauf, dass de facto die Mehrheit seiner Bevölkerung dennoch zu den ärmsten Menschen der Welt zähle: „(...) it can be said that most of the continent's population are amongst the poorest in the world (African had US\$766 in gross domestic product (GDP) per person in 2000), with the divide between urban and rural areas being particularly marked.“

Jensen (2003: 86f) nennt einleitend zu seiner Studie der IKT in Afrika allgemeine soziökonomische Schwierigkeiten des Kontinents. Sie alle können als Hindernisse betrachtet werden, um die verschiedenen Faktoren des effizienten Internet-Zugangs nach Wilson (2004: 301ff), die im vorherigen Kapitel dargelegt wurden, zu ermöglichen. Man sieht, dass grundsätzlich innerhalb der afrikanischen Länder das Gefälle zwischen Stadt und Land bei vielen Aspekten immer wieder eine zentrale Rolle spielt. So sei ein Problem, das eben je nach geografischer Position stark variere, die unregelmäßige oder nicht vorhandene Stromversorgung (vgl. Jensen 2003: 87). Daher gebe es auch eine ungleiche Einrichtung der Telekommunikationsinfrastruktur zwischen ländlichen und städtischen Gegenden: „Also much of the existing telecommunications infrastructure is out of the reach of most people – 50 percent of the available lines are in the capital cities, where only about 10 percent of the population lives“ (Jensen 2003: 87). Damit stellt der *Physical Access* eines der grundlegendsten Probleme dar. Auch Castells (2003: 95) betont, Afrika sei nicht nur „die bei weitem am wenigsten computerisierte Region der Welt, es verfügt nicht einmal über die minimale Infrastruktur, die nötig ist, um Computer zu nutzen.“ Dies gelte insbesondere für das subsaharanische Afrika.

Es sei demnach unsinnig, diese afrikanischen Länder nur mit elektronischen Geräten auszustatten, sondern, um ihnen den Internet-Zugang zu gewähren, müsste die Einrichtung einer zuverlässigen Stromversorgung zunächst Priorität haben. Das Entscheidende des Computereinsatzes liege letztlich in seiner Fähigkeit zur Vernetzung und die wiederum hänge von der Telekommunikationsinfrastruktur ab (vgl. Castells 2003: 95). Wie festgestellt wurde, ist diese in Afrika weit unter dem Weltstandard. Castells (2003: 95) macht dazu einen besonders einprägsamen Vergleich: „Es gibt in Manhattan oder Tokio mehr Telefonleitungen als im ganzen subsaharanischen Afrika.“

Ein weiteres Problem, das die Entwicklung in Afrika hemmen würde, sei die geringe Mobilität von Menschen und Waren, verursacht durch die schlechten Infrastrukturen sowie den VISA-Erfordernissen an den Grenzen: „(...) increased mobility is needed to implement and support a pervasive network infrastructure and also for the increased economic and social activity that would occur with greater physical movement of people“ (Jensen 2003: 87). Hinzu kämen hohe Kosten für Computer und Handys, die zusätzlich in vielen Ländern noch als Luxusgüter versteuert würden (vgl. Jensen 2003: 87). Doch auch die Telekommunikationskosten selbst seien auf Grund des fehlenden Wettbewerbs sehr hoch und damit für die Mehrheit der Bevölkerung nicht leistbar: „(...) high telecommunications charges (often up to ten times greater than rates for equivalent services in Europe or North America) and limited service are still generally prevalent, largely because of the monopoly environment“ (Jensen 2003: 88). Auch wenn sich diese Situation auf Druck internationaler Akteure verbessert hätte und sich auch weiterhin verbessern würde, habe die Monopolstellung der Unternehmen die Entwicklung doch lange Zeit verzögert und damit die Dienstleistungen verteuert (vgl. Jensen 2003: 88). Im Jahre 2000 beispielsweise hätten zwanzig Stunden Internet in den USA 22 US\$ pro Monat gekostet, in Afrika hingegen 60US\$ pro Monat. Dabei müsse man berücksichtigen, dass das durchschnittliche Prokopfeinkommen der USA ungefähr zehn Mal höher sei, als jenes Afrikas, tatsächlich seien 60 US\$ mehr als das, was in Afrika monatlich im Durchschnitt verdient werde (vgl. Jensen 2003: 93). Auf Grund dieser hohen Kosten hätten sich – entsprechend dem *Institutional Access* – viele öffentliche Zugänge zum Internet gebildet, wie beispielsweise Telecenters, Internetcafés, Telefonshops sowie Zugänge in Schulen und Polizeistationen (vgl. Jensen 2003: 93). Diese Einrichtungen würden außerdem als Möglichkeit gesehen, auch ländliche Gegenden mit dem Internet zu erschließen und von internationalen Organisationen wie nationalen Regierungen unterstützt (vgl. Jensen 2003: 93). Neben den finanziellen Hindernissen, die Wilson (2004: 301) unter *Financial Access* zusammengefasst hat, spielt auch die Ungleichheit im *Content Access* in Afrika eine Rolle: „In the area of Internet-based content and applications, the African Web presence continues to increase, but there are generally few relevant applications for the general population“ (Jensen 2003: 94).

Eine leichte Begünstigung hätten dabei frankophone afrikanische Länder gegenüber englischsprachigen, auf Grund der Unterstützung durch französische und kanadische Institutionen:

„French-speaking countries generally have a higher profile on the Web and greater institutional connectivity than the non-French speaking countries. This is largely due to the strong assistance provided by various francophone support agencies, as well as the Canadian and French governments, which are concerned about the dominance of English on the Internet“ (Jensen 2003: 94).

In diesem Zusammenhang kann auf die OIF (*Organisation internationale de la Francophonie*) verwiesen werden. Die globale Vereinigung frankophoner Staaten zählt „Promouvoir l’usage du français et renforcer son enseignement“ (OIF 2008/11) zu ihren Aufgabenbereichen. Dies unter anderem in der Literatur, der Diplomatie und eben auch dem „univers numérique“ (OIF 2008/11). Ein zusätzliches Hindernis Afrikas sei die niedere Bildungs- und Alphabetisierungsrate, Voraussetzung für den *Cognitive Access* ebenso wie für den *Production Access*. Auch Greis (2004: 48f) betont in Bezug auf Entwicklungsländer, dass, ehe man den Menschen nur die Technologie zur Verfügung stelle, Ausbildungsoffensiven gestartet werden müssten, eben um die Informationen zu nutzen, aber auch um selbst Inhalte bereitstellen zu können. Dabei kann erneut auf die OIF verwiesen werden, die sich speziell darum bemühe, nicht nur Inhalte auf Französisch zur Verfügung zu stellen, sondern auch deren Produktion, insbesondere in benachteiligten Ländern, zu fördern:

„Pour accroître la présence et la visibilité de ressources en français sur internet, en quantité et en qualité, les efforts portent sur la numérisation des données francophones disponibles et la production de contenus originaux“ (OIF 2008/11).

Eine Maßnahme des OIF, die zusammen mit anderen Organisationen realisiert wurde, war zum Beispiel die Einrichtung sogenannter *Maisons des savoirs* in Entwicklungsländern. Es handelt sich dabei um öffentliche Einrichtungen, um speziell jungen Menschen „un accès facile à des ressources et des activités pédagogiques numériques“ (OIF 2010) zu gewähren. Schließlich kann noch auf die niederen Löhne in Afrika verwiesen werden, wodurch sich das Problem ergebe, dass qualifizierte Arbeitskräfte nach Europa oder Nordamerika auswandern würden (vgl. Jensen 2003: 87). Zuletzt nennt Jensen (2003: 87) noch die Notwendigkeit eines förderlichen Investitionsklimas, insbesondere im Informations- und Kommunikationssektor, das in Afrika häufig nicht gegeben sei:

„(...) the general investment climate in Africa often suffers from the well-known problems of small markets, nontransparent and time-consuming business proce-

dures, limited opportunities (...), scarce local capital, currency instability, exchange controls, and inflation“ (Jensen 2003: 87).

7.3 Fallbeispiel Kamerun: Zielkonflikte durch Global Governance

Ewangué (2009: 1), Mitarbeiter der FPAE (*Fondation Paul Ango Ela*¹²), schreibt in seinem Artikel über die Entwicklung der Informationstechnologie des Landes, dass die kamerunische Regierung seit ca. zehn Jahren darum bemüht sei, dem Land zum Eintritt in die Informations- und Wissensgesellschaft zu verhelfen, diese Bemühungen jedoch durch strukturelle und infrastrukturelle Schwierigkeiten gehemmt würden. Er fasst diese wie folgt zusammen:

„Les discontinuités des réseaux physiques et énergétiques, l’insuffisance et le déploiement asymétrique des infrastructures de télécommunications, la vétusté des équipements, la faiblesse de la formation, la minceur du parc informatique et les coûts élevés des matériels informatiques entraînent des inégalités d’accès aux ressources de la société de l’information au Cameroun“ (Ewangué 2009: 5).

All diese Aspekte wurden bereits im vorherigen Abschnitt erwähnt und treffen auf viele Länder des subsaharanischen Afrikas zu. Kamerun zählt auch laut jüngsten Statistiken von *Internet World Stats* (2011) zu den am wenigsten computerisierten Ländern Afrikas. Die Bevölkerung liegt bei knapp 20 Millionen Menschen wovon nur 750.000 zu den Internetnutzern zählen. Das Land weist eine Durchdringungsrate von nicht einmal 4% auf (vgl. *Internet World Stats* 2011). Wie in den meisten Entwicklungsländern, stelle die mangelnde Infrastruktur ein zentrales Problem dar, speziell in ländlichen Gebieten: „(...) l’aménagement numérique du territoire camerounais souffre encore de grandes inégalités d’implantation des réseaux de communications électroniques (...) ces équipements sont encore très concentrés dans les zones urbaines denses“ (Ewangué 2009: 2). Obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Gegenden lebe, würden die zwei Städte Yaoundé und Douala, mit jeweils 1,3 bzw. 2 Millionen Einwohnern, die Mehrheit der Telekommunikationsinfrastrukturen umfassen (vgl. Ewangué 2009: 3). Hinzu komme, dass diese Strukturen veraltet seien, deren Einrichtung sei hauptsächlich in den 80er Jahren erfolgt und durch die Wirtschaftskrise in den 90er Jahren sei bei den erforderlichen Investitionen im Telekommunikationsbereich eingespart worden (vgl. Ewangué 2009: 4). Der Mangel an Festnetzanschlüssen sei allerdings bis zu einem gewissen Maß durch den Boom an Mobiltelefonen ausgeglichen worden. Wie allgemein in Afrika, würden auch in Kamerun die hohen Kosten der Telekommunikationsdienste ein Problem darstellen. Für das Internet seien daher viele Cybercafés entstanden, eine institutionelle Lösung, die bereits besprochen wurde (vgl. Ewangué 2009: 7).

¹² Die *Fondation Paul Ango Ela* ist ein gemeinnütziges Forschungs- und Dokumentationszentrum zur Geopolitik Zentralafrikas. Es hat seinen Sitz in Kamerun und existiert seit 1999 (vgl. FPAE: <http://www.grip.org/rafal/membres/fpae.html>. 12.12.2009).

2006 hat sich Kamerun Maßnahmen für den Ausbau des IKT-Zugangs gesetzt, die bis 2015 realisiert werden sollten, wie u.a. der Ausbau des Festnetzes und des Mobiltelefonnetzes, 100% Abdeckung mit Radio und Fernsehen, eine höhere Internetnutzungsrate sowie die ständige Wartung der Infrastrukturen (vgl. Ewangué 2009: 8). Ziel dieser Pläne sei die Umsetzung der „vision d'accès du Cameroun à la société de l'information“ (Ewangué 2009: 8). Dies solle, im Sinne der auf dem WSIS bestimmten Grundsätze (s. dazu Kapitel 4.2), unter Einbeziehung verschiedener Akteure passieren. Zu den „acteurs institutionnels publics“ (Ewangué 2009: 9) und damit zu den regierungsabhängigen Akteuren zählen folgende: die zwei Regulierungsorgane ANTIC (*Agence Nationale des Technologies de l'Information et de la Communication*) und ART (*Agence de Régulation des Télécommunications*), das *Secrétariat Général de la Présidence de la République*, CAMTEL (*Cameroun Télécommunications*), das *Centre Nationale de Développement Informatique* sowie zahlreiche Ministerien – MINI-POSTEL (*Ministère des Postes et Télécommunications*), MINFI (*Ministère des Finances*), MINCOM (*Ministère de la Communication*), MINESEC (*Ministère de l'Enseignement Secondaire*), MINESUP (*Ministère de l'Enseignement Supérieur*), MINRESI (*Ministère de la Recherche scientifique et de l'Innovation*), MINFOPRA (*Ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative*) (vgl. Ewangué 2009: 9). Neben den staatlichen Akteuren beteiligen sich nationale und internationale Akteure aus der Privatwirtschaft, also Unternehmen des IT-Sektors: GC-Net, ICC-Net, Global-Net u.a. für allgemeine IT-Dienstleistungen, ORANGE und MTN, die für die Mobiltelefonie zuständig sind (vgl. Ewangué 2009: 9). Des Weiteren wirken Akteure der „société civile“ (Ewangué 2009: 9) mit, also regierungsunabhängige Organisationen. Dabei wird unterschieden zwischen den ONG¹³ (*Organisations non gouvernementales*) „spécialisées dans la promotion des TIC“ (Ewangué 2009: 9) und den ONG (*Organisations non gouvernementales*) „non spécialisées, mais qui déposent d'un important volet d'activités sur les TIC“ (Ewangué 2009: 9). Erstere sind also direkt auf den IT-Bereich spezialisiert. Die nicht spezialisierten NRO seien für Bereiche zuständig, die indirekt Einfluss auf die Verbreitung der IKT hätten. Dazu gehören die APAC (*Association des professionnelles africaines de la communication*), die AFIC (*Association des femmes ingénieurs du Cameroun*), die ASAFE (*Association pour le soutien des actions des femmes et des entrepreneurs*) und LEFE (*Ligue pour l'éducation de la femme et de l'enfant*) (vgl. Ewangué 2009: 9f). Eine wichtige Rolle würden zudem internationale Akteure spielen, darunter die Weltbank, die UNESCO und die ITU sowie die OIF (vgl. Ewangué 2009: 10). Es wurde bereits im Zusammenhang mit dem WSIS erklärt, dass im Zuge dessen, Global Governance nicht ideal umgesetzt worden sei. Auch in Kamerun sei diese neue Form politischen Handelns auf Umsetzungsschwierigkeiten gestoßen. Sehr bald hätten sich Interessenskonflikte

¹³ ONG (*Organisation non gouvernementale*) ist das französische Pendant zu NRO (Nicht-Regierungsorganisation).

zwischen öffentlichen und privaten Akteuren gezeigt, da jeweils unterschiedliche Aspekte Priorität hätten. Der öffentliche Sektor orientiere sich an folgender Logik:

„La logique qui sous-tend les actions des acteurs publics concernés par le développement des TIC au Cameroun est celle du service public. Ces institutions considèrent que les services de la téléphonie, des médias et de l'Internet doivent être mis à la disposition de tous les publics camerounais, si possible gratuitement, sinon à des coûts acceptables“ (Ewangué 2009: 10).

Bei öffentlichen Akteuren stehe also ein gemeinnütziger freier Zugang zur Information im Vordergrund. Es gehe ihnen um eine Demokratisierung des Zugangs und objektiven, transparenten und nicht diskriminierenden Konditionen innerhalb des Telekommunikationssektors. Ewangué (2009: 10) kritisiert, dass jedoch kein ausreichender legislativer Rahmen für das Internet und den audiovisuellen Sektor bestehen würde, um die Strategien der staatlichen Akteure umzusetzen: „le cadre législatif et réglementaire du secteur des télécommunications, de l'audiovisuel et de l'Internet au Cameroun est encore insuffisamment défini, et peu incitatif pour les petits opérateurs.“ Die Folge sei beispielsweise Piraterie durch die kleinen kamerunischen Kabelbetreiber auf die großen Anbieter des Nordens (vgl. Ewangué 2009: 10). Den primären Zielvorstellungen des öffentlichen Sektors stehen jene der privaten Akteure gegenüber, bei denen die Gewinnorientierung an erster Stelle stehe:

„La logique du service public des organes de régulation et des acteurs institutionnels se heurte forcément à la logique marchande des acteurs privés. Ces derniers cherchent d'abord à faire des bénéfices au maximum, avant de songer à autre chose. Tous leurs investissements tendent vers cet objectif“ (Ewangué 2009: 10).

So würden sich beispielsweise private Telefonnetzanbieter weigern, in ländliche Gegenden zu investieren auf Grund der geringen ökonomischen Rentabilität. Sie würden es bevorzugen, ihre Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung und privaten Unternehmen zu verkaufen, noch dazu zu viel zu hohe Kosten (vgl. Ewangué 2009: 10). Bürgerliche Organisationen hingegen würden sich durch eine „logique de coopération“ (Ewangué 2009: 10) auszeichnen. Sie würden bei der Erarbeitung und Umsetzung der Strategien ihr Wissen für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Recherchen und Bildung beisteuern. Landwirtschaftliche Organisationen, oft durch ausländische Kooperationen unterstützt, würden in den Dörfern Mikro-Projekte realisieren, um die Verwendung der IKT in den Alltag der Menschen zu integrieren (vgl. Ewangué 2009: 10f). Internationale Akteure und ausländische Kreditgeber hingegen, würden die TIC vor allem als Möglichkeit für Kamerun betrachten, den Vorsprung der europäischen Länder aufzuholen und damit verpasste Entwicklungsschritte zu überspringen:

„Les bailleurs de fonds et les organismes internationaux considèrent les TIC comme des outils qui peuvent permettre aux pays africains de faire un saut qualitatif, en brûlant les étapes, et rattraper une partie du retard accumulé sur les pays européens en matière de développement. Ils prêtent aux TIC la capacité d'enclencher des cercles vertueux qui réduiront les écarts en matière économique, social et politique entre les Etats“ (Ewangué 2009: 11).

Dementsprechend würden diese Akteure die afrikanischen Staaten dazu drängen, den Telekommunikationssektor zu liberalisieren und damit der Konkurrenz zu öffnen, gemäß dem westlichen Modell (vgl. Ewangué 2009: 11). In Folge werden nun einige der Maßnahmen beschrieben, die im Zuge der Realisierung des „accès du Cameroun à la société de l'information“ (Ewangué 2009: 11) ergriffen wurden. Die ANTIC, eine der vorab genannten staatlichen Regulierungsbehörden, hat das „document de Stratégie Nationale de développement des TIC au Cameroun“ (Ewangué 2009: 11) ausgearbeitet, das folgende Punkte beinhaltet:

„le renforcement des ressources humaines; l'amélioration du cadre juridique, réglementaire et institutionnel; l'extension, la réhabilitation et la maintenance des infrastructures de télécommunications et d'information; le développement des réseaux et de l'Internet; l'amélioration de la gouvernance par l'usage des TIC; la maîtrise des coûts et des finances“ (Ewangué 2009: 11).

Diese Punkte zeigen, dass durchaus die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie sie vom Autor des Artikels gefordert wurde, verfolgt wurde. Um diese Maßnahmen zu verwirklichen, habe die ANTIC eine Sensibilisierungskampagne gestartet, im Zuge derer eine Reihe von Seminaren für die Akteure organisiert wurden (vgl. Ewangué 2009: 11). Die zweite Regulierungsbehörde, ART, habe sich hingegen im Bereich der Mobiltelefonie engagiert. So wären beispielsweise mit ORANGE und MTN neue Tarifbestimmungen ausgehandelt und die potentielle Zulassung von 80 Millionen neuen Nummern durchgesetzt worden. Trotzdem würden in diesem Bereich noch entscheidende Mängel offenbleiben, was die Reduzierung der Telekommunikationskosten, die Qualitätskontrolle der gebotenen Dienstleistungen und die infrastrukturelle Entwicklung in ländlichen Gegenden betreffe (vgl. Ewangué 2009: 11). Speziell um die Konnektivitätskluft, die zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehe, zu reduzieren, ging MINIPOSTEL eine Kooperation mit einer kanadischen Gesellschaft ein. Deren Ziel sei es bis 2015 dreihundert TCP (*Télécentres Communautaires Polyvalents*) einzurichten. Dabei handle es sich um öffentliche Zugänge zu Telekommunikationsdiensten. Die Umsetzung der TCP sollte unter Einbeziehung verschiedener NRO und der ländlichen Bevölkerung passieren und damit gleichzeitig als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit fungieren (vgl. Ewangué 2009: 11f). Durch CAMTEL sei zusätzlich die Einrichtung von Telefonlinien und öffentlichen Telefonkabinen angekündigt worden (vgl. Ewangué 2009: 12). Priorität werde in diesem Versuch, Anschluss an die Informations- und Wissensgesellschaft zu finden,

der kamerunischen Jugend zuteil. Bereits 2001 sei beispielsweise die Vermittlung von Informatikkenntnissen in das Schulsystem integriert und die Einrichtung sogenannter CRM (*Centres de Ressources Multimédias*) geplant worden. 2008 seien bereits siebzehn solcher CRM, verteilt auf zehn Regionen Kameruns, realisiert worden, 12 weitere seien im Aufbau. Die *Universités d'Etat du Cameroun* engagieren sich außerdem für verschiedene internationale Projekte bezüglich der IKT-Entwicklung (vgl. Ewangué 2009: 12). Das Finanzministerium (MINFI) und jenes für administrative Reformen (MINFOPRA) würden sich für den Einsatz elektronischer Medien in der Verwaltung einsetzen. So würden beispielsweise die meisten Ministerien und staatlichen Organisationen mittlerweile über einen Internetauftritt verfügen, um ihre Aktivitäten publik zu machen und mit den Bürgern zu kommunizieren (vgl. Ewangué 2009: 13).

Betrachtet man diese Maßnahmen, scheinen verschiedene Faktoren, die als Voraussetzungen eines effizienten IKT-Zugangs identifiziert wurden, berücksichtigt worden zu sein: der physische Zugang, also die Einrichtung der technischen Infrastruktur, der finanzielle Zugang, durch die Senkung der Kosten bestimmter IT-Dienste, der kognitive Zugang, durch die Vermittlung von Medienkompetenz innerhalb des Schulsystems. Auch auf das emanzipatorische Potential im Sinne des politischen Zugangs scheint hingearbeitet zu werden, einerseits durch die Sensibilisierungskampagnen und andererseits durch die Beteiligung der Bevölkerung an der Umsetzung der Projekte. Der institutionelle Zugang schließlich wird durch die Einrichtung öffentlicher Zentren für IT-Dienstleistungen ermöglicht. In Bezug auf den inhaltlichen Zugang, speziell was die Dimension lokaler Inhalte betrifft, kritisiert Ewangué (2009: 8), dass man es verpasst hätte, vom beträchtlichen kulturellen Erbe Kameruns zu profitieren:

„Bien que ces objectifs soient louables et réalisables, l'on peut relever qu'un accent ne semble pas être mis sur le développement des contenus locaux. Or, s'il y a un domaine où le Cameroun peut apporter une grande contribution à la société de l'information, c'est bien celui des contenus. Le Cameroun dispose en effet d'un riche patrimoine culturel qui constitue un formidable potentiel de contenus qui ne demande qu'à être mis sur l'Internet pour être valorisé“ (Ewangué 2009: 8).

Allgemein bemängelt der Autor (Ewangué 2009: 13), dass trotz der bereits erreichten Verbesserungen, Kamerun noch weit davon entfernt sei, über ein egalitäres Kommunikationsnetzwerk zu verfügen. Nach wie vor gäbe es gravierende Unterschiede zwischen den Städten Yaoundé und Douala und den ländlichen Gegenden. Hinderlich für die Umsetzung der geplanten Ziele seien vor allem die genannten Differenzen zwischen Logik und Strategie der verschiedenen Akteure (vgl. Ewangué 2009: 13). Um eine effiziente und kohärente Entwicklungspolitik umzusetzen, müssten folgende Bedingungen erfüllt werden. Einerseits müsste ein „consensus national sur l'importance de ces outils technologiques pour la société came-

rounais“ (Ewangué 2009: 13) gefunden werden. Man dürfe sich nicht mit dem blinden Vertrauen in die überwiegende Haltung internationaler Organisationen und Geldgeber begnügen. Alle Maßnahmen für den Anschluss an die Informationsgesellschaft müssten unter Berücksichtigung des physischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Kontextes des Landes getroffen werden. Andererseits müsste die öffentliche Hand einen legislativen Rahmen für den gesamten Telekommunikationssektor, für audiovisuelle Dienste und das Internet, schaffen, der nicht nur die großen Unternehmen des Nordens begünstige (vgl. Ewangué 2009: 13).

8. Die Überwindung des Digital Divide aus ethischer Perspektive

8.1 Kulturelle Autonomie und globale Verteilungsungerechtigkeit

„Warum eigentlich den Digital Divide überwinden?“ Mit diesem Übertitel werden drei Aufsätze in dem 2004 erschienenen Band *Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive* (Scheule/Capurro/Hausmanninger Hrsg. 2004) zusammengefasst. In der Diskussion um den Digital Divide im Kontext globaler Ungerechtigkeit spalten sich die Meinungen. Dabei kann zwischen drei Positionen unterschieden werden: den (Cyber-)Optimisten, den (Cyber-)Skeptikern und den (Cyber-)Pessimisten. Norris (2001: 9) fasst deren Haltungen wie folgt zusammen:

„The role of technology has therefore fuelled a debate among optimists envisaging the positive role of the Internet for transforming poverty in developing societies, skeptics who believe that new technologies alone will make little difference one way or another, and pessimists who emphasize that digital technologies will further exacerbate the existing North-South divide“ (Norris 2001: 9).

Auf der einen Seite steht also der Glaube an das Potential des Internets, der Not in Entwicklungsländern abzuhelpen, auf der anderen Seite, die Haltung jener, die darin nur eine Verschärfung des bestehenden Nord-Süd-Gefälles vermuten. Dazwischen die Skeptiker, die die Technologie vielleicht als Hilfsmittel betrachten, Armut zu bekämpfen, nicht jedoch als alleinige Lösung. Selbe drei Unterscheidungen lassen sich auch in Bezug auf die Frage erkennen, ob der Digital Divide nur ein temporäres Problem sei, das sich mit der Zeit und weiterer Verbreitung des Internets, relativieren würde oder ob es eine andauernde Spaltung zwischen den sogenannten „*information-haves* und *information-have-nots*“ (Bohlken 2004: 78) geben wird:

„Again the debate divides cyber-pessimists who emphasize deep-seated patterns of social stratification and the growth of an unskilled underclass in technological access, cyber-skeptics who believe that technologies adapt to society, not vice versa, and cyber-optimists who hope that in affluent postindustrial societies, at

least, the digital divide will eventually succumb to the combined forces of technological innovations, markets, and the state” (Norris 2001: 11).

Also wiederum geht es um jene Pessimisten, die im Digital Divide eine soziale Spaltung sehen, bei der die benachteiligte Gruppe ohne Medienkompetenz zunehmen würde. Daneben die Optimisten, die annehmen, dass der Digital Divide letztlich durch vereinte Kräfte technologischer Innovationen, des Marktes und des jeweiligen Staates, aufgehoben würde. Dazwischen stehen erneut die Skeptiker, die daran glauben, dass die Technologie sich an die Gesellschaft anpasse. Ihre Haltung wendet sich damit, wie jene Castells (2001), gegen den Technikdeterminismus. Damit hänge es von der Gesellschaft ab, was sie mit dem Potential, das die Technik mit sich bringt, mache bzw. wie sie die Entwicklung gestalte und ihre Zukunft zu verändern wisse. In Anbetracht des informationellen Kapitalismus und der ihm inhärenten Logik scheint dies problematisch. Unabhängig davon wie die Möglichkeiten der IKT nun gedeutet werden, Fakt ist, es besteht ein Digital Divide und es herrscht auch in der Wissenschaft Einigkeit darüber, dass ein Bestehenbleiben oder eine Vergrößerung der digitalen Spaltung einen gravierenden Nachteil für die Bewohner von Schwellen- und Entwicklungsländern bedeute (vgl. Bohlken 2004: 78).

Bohlken (2004: 71) verweist in ihrer „kritischen Grundrechtsdiskussion“ um den Digital Divide, auf jene Optimisten, die das Internet gar als „Schlüssel zu einer nationen- und kulturübergreifenden (Informations-)Gesellschaft“ (Bohlken: 2004: 71) sehen würden, mittels derer selbst allgemeine globale Verteilungsgerechtigkeit überwunden werden könne. Die Autorin macht darauf aufmerksam, dass sich ein solcher Internetoptimismus zum Beispiel deutlich in der Grundsatzerklärung des WSIS, über die im Kapitel 4.2 diskutiert wurde, erkennen lasse (vgl. Bohlken 2004: 71). Tatsächlich ist darin die Rede von einer globalen Informationsgesellschaft nach ethischen Grundwerten für die „Armutsbeseitigung und die Verwirklichung von Entwicklungszielen“ (vgl. WSIS 2003a: 10, s. dazu Kapitel 4.2). Angesichts dieses tiefgreifenden Potentials, das der IKT angemaßt wird, untersucht Bohlken (2004: 72) nun in ihrem Artikel „die ethische Bedeutsamkeit des Digital Divide“, im Besonderen in Bezug auf das Internet. Sie beschränkt sich dabei „auf dessen globale Ebene“ (Bohlken 2004: 72). Dabei geht es ihr darum, die Frage zu beleuchten, ob der Digital Divide direkt – bzw. indirekt, durch eine Verstärkung der Verteilungsgerechtigkeit – einen Ausschluss aus der kulturellen Autonomie des Einzelnen bedeute. Im Zuge dessen untersucht sie unter anderem, „was für eine Art von Gut der Zugang zum Internet darstellt“ (Bohlken 2004: 72).

Kulturelle Autonomie bedeute „die Möglichkeit der freien Betätigung in einer Reihe universell verstehbarer Kulturbereiche (wie z.B. Wissenschaft, Ethik, Kunst, Religion)“ (Bohlken 2004: 72). Als Beispiel wird der Kulturbereich Kunst herausgegriffen. Um an diesem teilzuhaben,

bzw. Kunstwerke zu produzieren und zu deuten, bedürfe es nach der Autorin „eines Grundverständnisses dessen, was die kulturelle Praxis künstlerischen Schaffens ausmacht“ (Bohlken 2004: 75). Ebenso müsse man „die Regeln der kulturellen Praxis 'Kunst' beherrschen“ (Bohlken 2004: 75). Handle es sich um mediale Kunst, beispielsweise um einen Film, würden dafür noch bestimmte Medienkompetenzen hinzukommen. Das Internet bzw. die Netzkunst würde nun zwar die erforderliche Medienkompetenz auf ein sehr hohes technologisches Niveau anheben, aber seien Kunstwerke nicht ausschließlich durch dieses Medium erstellbar, sondern eben auch durch Primär- oder Sekundärmedien¹⁴. Dadurch, dass die Betätigung im Kulturbereich Kunst also auch ohne Internet oder anderen Tertiärmedien möglich sei, stelle der Digital Divide in dem Fall keine Verletzung der kulturellen Autonomie dar (vgl. Bohlken 2004: 75f). Damit ließe sich der Schluss formulieren: Der Digital Divide „bedeutet einen Ausschluss aus einem Teilbereich des Kulturlebens“ (Bohlken 2004: 76). Um dies zu beschreiben greift Bohlken (2004: 76) auf eine anschauliche Metapher zurück: „Der Digital Divide verwehrt nicht den Zugang zum Haus der Kultur, wohl aber zu einzelnen Zimmern in der einen oder anderen Wohnung“. Dieses, für den Nicht-User verschlossene Zimmer sei, eben in Bezug auf das Beispiel der Kunst, die Netzkunst. Damit sei es den Ausgeschlossenen unmöglich „diese bestimmte Art von Kunst zu betreiben und erschwert es ihnen, mit im Netz arbeitenden Künstlern in einen künstlerischen Austausch zu treten“ (Bohlken 2004: 76). Ergo handle es sich beim Digital Divide nicht per se um einen Ausschluss aus bestimmten Kulturbereichen, sondern nur aus bestimmten Teilen desselben. Problematisch sei die Betätigung allein mittels Primär- und Sekundärmedien allerdings im Kulturbereich Wissenschaft, insbesondere in den Naturwissenschaften. So würde naturwissenschaftliche Forschung beispielsweise ohne Computer und Internet einen entscheidenden Qualitätsverlust erleiden, und zwangsläufig in einem „faktischen Ausschluss bzw. faktische Bedeutungslosigkeit“ (Bohlken 2004: 77) münden. Aufbauend auf diese Feststellung, formuliert die Autorin allgemein ein Spannungsverhältnis zwischen „prinzipieller Offenheit und faktischen Ausschlüssen“ (Bohlken 2004: 77) aus bestimmten Kulturbereichen, auf Grund der gegenwärtigen globalen Verteilungsungerechtigkeiten, speziell in Schwellen- und Entwicklungsländern. Dies sei damit erklärbar, dass „kulturelle Autonomie nur auf der Basis einer bestimmten Grundversorgung möglich ist“ (Bohlken 2004: 79f). Sei diese Grundversorgung nicht gegeben, beispielsweise keine Grundversorgung an Nahrungsmitteln, sei man auch aus den prinzipiell offenen Kulturbereichen faktisch ausgeschlossen. Oder – wiederum im Zusammenhang mit dem Kulturbereich Kunst – pragmatisch ausgedrückt: freie künstlerische Betätigung sei ohne ausreichende Ernährung nicht möglich, das heißt sie werde nur dann in Erwägung gezogen, wenn

¹⁴ Die Unterscheidung in primäre, sekundäre und tertiäre Medien geht auf Pross (1972) zurück. Unter primären Medien fasst er die „Mittel des menschlichen Elementarkontaktes“ (Pross 1972: 128) zusammen. Neben der Sprache zählen dazu auch nonverbale Vermittlungsinstanzen wie Gestik und Mimik. Sekundärmedien bezeichnen hingegen jene Kommunikationsmittel, für die zwar auf der Senderseite ein Gerät erforderlich ist, nicht aber auf der Empfängerseite. Dazu gehören Rauchzeichen, Brief, Zeitung, Buch usw. Tertiäre Medien sind nun solche, für die sowohl der Sender, als auch der Empfänger, Geräte benötigen (vgl. Pross 1972: 128). Rundfunk, Film, Computer und andere Datenträger zählen damit zu den Tertiärmedien.

man nicht täglich mit dem fundamentalen Problem konfrontiert sei, wie man sein Überleben sichern könne (vgl. Bohlken 2004: 80).

In den folgenden Überlegungen geht Bohlken (2004: 72) nun der Frage nach „inwieweit eine Überwindung des Digital Divide als sinnvolle Strategie zur Verringerung der Verteilungsungerechtigkeit gelten kann.“ Es geht also im Prinzip darum inwieweit der Digital Divide überhaupt erst Ursache für Verteilungsungerechtigkeit ist. Das heißt, ist es beispielsweise auf die digitale Spaltung zurückzuführen, dass bestimmte Volkswirtschaften der Welt dermaßen geschwächt sind, dass sie nicht in der Lage sind, ihrer Bevölkerung zumindest die Grundversorgung an Nahrungsmitteln zu garantieren? Damit wiederum sind die Auswirkungen des Internets auf die Wirtschaft angesprochen. Feststehe, dass das Internet bzw. der damit verbundene schnelle und kostengünstige Austausch von Informationen, für Unternehmen zu Wettbewerbsvorteilen führe (vgl. Bohlken 2004: 78f). Auch Mezouaghi (2003 : 48) verweist auf die positive Auswirkung der IKT auf die Produktivität von Unternehmen: „Les secteurs d'activité qui utilisent intensément les TIC (banques, assurances, distribution, tourisme...) peuvent connaître une amélioration des performances économiques à travers une rationalisation de la production.“ Außerdem seien sie notwendig um im nationalen und internationalen Markt konkurrieren zu können (vgl. Mezouaghi 2003: 49) – ein Argument, das bereits im Zusammenhang mit der globalen informationellen Ökonomie besprochen wurde (s. dazu Kapitel 2.2). Es scheint also prinzipiell gerechtfertigt, eine wirtschaftliche Benachteiligung jener Unternehmen in Schwellen- und Entwicklungsländern anzunehmen, die von diesen Vorteilen nicht begünstigt werden, dies könne wiederum allgemein zu einer Schwächung der Wirtschaft dieser Länder führen und damit die Verteilungsungerechtigkeit vertiefen. Andererseits würden, so Bohlken (2004: 79), noch weitaus mehr Faktoren Ursache für die schwachen Volkswirtschaften sein: Kriege, Korruption und Kriminalität innerhalb der Länder, hohe Importzölle der USA und Europa sowie deren Subventionen für die eigenen Agrarprodukte und schließlich allgemeine Konzentrationsprozesse innerhalb westlicher Unternehmen – auch letztere wurden in Bezug auf Medienunternehmen in Kapitel 3 diskutiert. Zusätzlich würde eine Überwindung des Digital Divide, also eine zunehmende Technisierung nach Vorbild der Informationsgesellschaft, auch eine Beschleunigung der Wirtschaft mit sich bringen, in der ein schonender und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen in den Hintergrund gedrängt würde. Damit wäre prinzipiell der Versuch, den Verteilungsungerechtigkeiten durch die Überwindung des Digital Divide entgegen zu wirken, in Frage zu stellen (vgl. Bohlken 2004: 79). Eben diese Nachhaltigkeit, die Bohlken (2004: 79) als Mangel einer durch Technologie beschleunigten Wirtschaft betrachtet, sieht Castells (2005: 283) ausschließlich in einer auf Technologie, sprich auf dem Internet aufbauenden Wirtschaft, gegeben. Castells (2005: 283) kritisiert, dass häufig gefordert werde, dass es in der Dritten Welt zunächst ande-

re Probleme zu lösen gebe, wie unter anderem Gesundheit, Bildung und Wasser, ehe man mit dem Internet komme. Diese Haltung bezeichnet der Autor als „tiefes Missverständnis der gegenwärtigen Probleme der Entwicklung“ (Castells 2005: 283). Denn, so argumentiert er, gemäß seinem Verständnis der informationellen Ökonomie:

„(..) ohne eine auf das Internet gestützte Volkswirtschaft und ein ebensolches Managementsystem hat ein Land kaum eine Chance, die nötigen Ressourcen zu schaffen, um auf nachhaltiger Grundlage die Erfordernisse seiner Entwicklung zu erfüllen – also ökonomisch nachhaltig, sozial nachhaltig und ökologisch nachhaltig“ (Castells 2005: 283).

Denn die Wirtschaft sei eben längst zu einem globalen System geworden, indem es eine globale ökonomische und technologische Integration aller Länder geben müsste. In Anbetracht der bisherigen Entwicklung, sei es zu spät, über alternative Entwicklungsprojekte nachzudenken, die an Kultur und Geschichte der jeweiligen Länder angepasst wären (vgl. Castells 2005: 283f). Diese Haltung wird am Ende des Kapitels noch ausführlich diskutiert werden. An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass Bohlken (2004: 80) zu dem Schluss kommt, dass „der Forderung nach einer Überwindung des Digital Divide nicht zwangsläufig eine ethische Bedeutung“ zukomme:

„Er [*der Digital Divide*, d. Verf.] stellt keine unmittelbare Verletzung kultureller Autonomie dar, und seine Überwindung ist nicht die einzige, vielleicht nicht einmal die erfolgversprechendste Strategie zur Verminderung der Bestehenden globalen Verteilungsungerechtigkeit“ (Bohlken 2004: 80).

Es sei damit auch grundsätzlich „nicht gerechtfertigt von einem (Menschen)Recht auf Zugang zum Internet zu sprechen“ (Bohlken 2004: 80), sondern es handle sich allenfalls „um ein mögliches Bedingungsgut für ein Menschenrecht“ (Bohlken 2004: 80). So könne Verteilungsungerechtigkeit, speziell im Zusammenhang mit der Grundversorgung von Nahrungsmitteln, in bestimmten Fällen das „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ (Bohlken 2004: 80) verletzen. Was wiederum ein „Bedingungsgut kultureller Autonomie“ (Bohlken 2004: 80) darstelle, denn, wie oben festgehalten, könnte ohne materielle Grundversorgung, das heißt ohne körperliche Unversehrtheit, kulturelle Autonomie gar nicht erst in Betracht gezogen werden. Außerdem kann hervorgehoben werden, dass die Autorin von einem *möglichen* Bedingungsgut für ein Menschenrecht spricht. Denn wie festgestellt wurde, ist der Digital Divide nicht allein Ursache für Verteilungsungerechtigkeit und damit nicht zwangsläufig eine Verletzung der körperlichen Unversehrtheit. Ebenso wie auch seine Überwindung nur „*eine* Strategie zur Überwindung der bestehenden globalen Verteilungsungerechtigkeit“ (Bohlken 2004: 80) sei. Ich würde behaupten, dass man, im Zuge dieser Interpretation, beim Internet auch von einem möglichen Bedingungsgut „zweiter Ordnung“ sprechen könnte, denn nach den

Überlegungen der Autorin, sei das Internet ein mögliches Bedingungsgut für ein Bedingungsgut für ein Menschenrecht. Das heißt, ist der Internet-Zugang nicht vorhanden, könnte dies – bzw. dadurch entstehende Verteilungsungerechtigkeit und damit zusammenhängende mangelnde materielle Grundversorgung, sprich zu wenig Nahrung – das Bedingungsgut körperliche Unversehrtheit verletzen, was wiederum ein Bedingungsgut zur Ausübung der kulturellen Autonomie sei. Wie bereits erwähnt, komme der Autorin demzufolge auch der Forderung der Überwindung des Digital Divide, nicht zwangsläufig eine ethische Bedeutsamkeit zu. Allein die potentielle Verletzung eines möglichen Bedingungsguts kultureller Autonomie, sprich die mögliche Verletzung der körperlichen Unversehrtheit, reicht für die Autorin also nicht, um bereits von einer ethischen Relevanz der Überwindung des Digital Divide auszugehen.

Bestätigt sieht Bohlken (2004: 80) die These vom Internetzugang als Bedingungsgut auch im Hinblick auf den Artikel 19 der Menschenrechte, nämlich der „Meinungs- und Informationsfreiheit“. Diesen interpretiert sie, in Anbetracht der Unmöglichkeit, alle Informationen aus allen Wissensbereichen verstehen und auswerten zu können, als Gewährung einer „informationellen Grundversorgung“ (Bohlken 2004: 81). Damit sei die Versorgung von Informationen gemeint, „die für einen Menschen erforderlich sind, um am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben innerhalb seiner Gesellschaft teilzunehmen“ (Bohlken 2004: 80). Die Überwindung des Digital Divide im Rahmen dieses Menschenrechts sei also nur dann relevant, wenn der Zugang zu diesen eben genannten erforderlichen Informationen, ausschließlich über digitale Medien möglich wäre. Grundsätzlich sei es jedoch überzogen, dieses Menschenrecht auf den Anspruch der Nutzung des Internets zu beziehen oder in dessen Missachtung eine Bedrohung für die Würde des Menschen zu sehen (vgl. Bohlken 2004: 82f). Problematisch erscheint mir in Anbetracht der theoretischen Grundlage der vorliegenden Arbeit, dass Bohlken (2004: 80) unter informationeller Grundversorgung jene Informationen versteht, die für den Einzelnen wichtig wären, um an *seiner* Gesellschaft teilzunehmen. Doch was bedeutet im informationellen Zeitalter *seine* Gesellschaft? Über welchen geografischen Raum erstreckt sie sich? Ist sie denn überhaupt territorialisierbar? Dementsprechend stellt sich wiederum die Frage, ob es denn angesichts der Entwicklung der Netzwerkgesellschaft und der zunehmenden Deterritorialisierung von Politik, Wirtschaft und Kultur überhaupt noch möglich ist, selbst Informationen, die „nur“ für die *eigene* Gesellschaft wichtig sind, ohne das Internet innerhalb eines relevanten zeitlichen Maßstabes und zu niederen Kosten zu erhalten. Natürlich scheint es, als ob diese Fragen für (bestimmte) Menschen der Industrieländer, viel eher von Relevanz wären, als für jene, die in Entwicklungsländern leben – und erstere, so könnte man argumentieren, hätten ja vorwiegend Zugang zum Internet und könnten damit ihre informationellen Grundbedürfnisse, sofern es tatsächlich solche sein sollten, auch mit

diesem Medium stillen. Damit hinge es vom jeweiligen sozioökonomischen Kontext ab, inwieweit die Meinungs- und Informationsfreiheit eines Menschen durch nicht gegebenen Zugang verletzt werde. Wie jedoch im Zuge dieses Kapitels noch gezeigt wird, führe der Netzwerkmechanismus, für Eingeschlossene wie für Ausgeschlossene des globalen Systems, Konsequenzen mit sich. Damit würden wohl auch die, für den Einzelnen, und auch die, für den Einzelnen, aus dem System ausgeschlossenen, potentiell relevanten Informationen, über die unmittelbare geografische Nähe hinausgehen. Möglicherweise handelt es sich dabei um derart fundamentale Informationen, dass sie durchaus zur informationellen Grundversorgung gezählt werden könnten. Prinzipiell, so scheint es, wird die allgemeine Bedrohung der Meinungs- und Informationsfreiheit, durch nicht gegebenen Zugang zum Internet mit zunehmender Vernetzung und Deterritorialisierung für beide Pole wachsen. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass Bohlken (2004: 78ff) sowohl im Zusammenhang mit der kulturellen Autonomie als auch mit Artikel 19 der Menschenrechte, die Forderung der Überwindung des Digital Divide, jedenfalls nur dann als ethisch relevant betrachtet, wenn, durch nicht vorhandenen Zugang zum Internet, derartige Verteilungsgerechtigkeitsprobleme entstehen, dass die Grundversorgung, eben entweder die materielle oder die informationelle, nicht mehr garantiert seien.

8.2 Vernetzungsgerechtigkeit: Das Netzwerk als Governance-Variante

Auch Scheule (2004: 136) betrachtet den Zusammenhang zwischen Ethik und Digital Divide aus globaler Perspektive. In Übereinstimmung mit der Theorie der Netzwerkgesellschaft, sieht er im nicht vorhandenen Zugang zum Internet einen Ausschluss aus einem zentralen Mechanismus der Gesellschaft. Er erschwere nämlich die „Netzwerkbildungen und damit die volle Teilhabe an den in der Weltgesellschaft gegebenen sozialen Transaktionsmöglichkeiten“ (Scheule 2004: 136). Wie man sieht, spricht der Autor von der Weltgesellschaft, dies impliziert den Gedanken der Netzwerkbildung für die gesamte Weltbevölkerung, also nicht nur reduziert auf den hoch-technisierten Teil derselben. Scheule (2004: 121) geht durchaus von einer ethischen Bedeutsamkeit des Digital Divide aus und erklärt diese wie folgt:

„Nicht die ungleiche Verteilung von Zugängen zu Information ist das ethische Hauptproblem des Digital Divide (...), sondern die Zugangserschwerung zu einem bestimmten gesellschaftlichen Steuerungsprinzip: dem Netzwerk, dessen bevorzugtes Zeichen und Werkzeug das Internet ist“ (Scheule 2004: 121).

Das Netzwerk sei also ein gesellschaftliches Steuerungsprinzip, eine Governance-Variante, ebenso wie Markt oder Hierarchie. Governance meint: „eine bestimmte Logik zur Abwicklung von Transaktionen, also zur Allokation von Gütern unter Akteuren“ (Scheule 2004: 132). Bei der Governance-Variante Markt gehe es um Angebot und Nachfrage, bei Hierarchie um die Verknappung von Macht und Führungsqualität (vgl. Scheule 2004: 132). Das Netzwerk habe

die besondere Qualität, dass Güter „weder getauscht noch verknappt werden sollen, sondern zum gemeinsamen Nutzen komplementär kombiniert werden“ (Scheule 2004: 132). Die zentrale Rolle des Internets bestehe nun darin, dass es „die bislang bedeutendste Struktur zur Herstellung und Pflege von Netzwerken“ (Scheule 2004: 134) sei. Ohne die moderne Kommunikationstechnologie seien die Akteure hingegen auf die Netzworkebildung im unmittelbaren Lebensumfeld beschränkt. Was nach Scheule (2002: 134), in Zeiten der Globalisierung, „einen Unterschied ums Ganze“ mache. Wie bereits im vorherigen Kapitel angemerkt wurde, könnte man das Argument geltend machen, dass in der heutigen Gesellschaft auch solche Informationen für den Einzelnen von Bedeutung seien, die nicht unbedingt aus unmittelbarer geografischer Nähe stammen und in einem relevanten zeitlichen Rahmen und zu niederen Kosten (nur) über das Internet erhalten werden können. Solche Informationen könnten derartig bedeutend sein, dass bei deren Nicht-Erhalt, eben durch nicht vorhandenen Internet-Zugang, eventuell auch von einer Verletzung der informationellen Grundversorgung gesprochen werden könnte. Zentral an der These Scheules (2004: 121) ist nun nicht die Quantität der Information, wie bei der informationellen Grundversorgung, sondern die, durch nicht vorhandene Zugänge entstehende, „Benachteiligung bei der Realisierung von Netzwerken“ (Scheule 2004: 134). Im Unterschied zu Bohlkens (2004: 71) „Verteilungsungerechtigkeit“, geht es bei Scheule (2004: 121) um eine „Vernetzungsgerechtigkeit“, die die „Teilhabe an allen vorhandenen Governance-Strukturen“ (Scheule 2004: 135) verlange. Dazu gehöre eben auch der „Zugang zu den Werkzeugen, die den Aufbau von Netzwerken ermöglichen“ (Scheule 2004: 134). Die Forderung der Vernetzungsgerechtigkeit laute: „Verschaffe den Nichtdigitalisierten qualifizierten Internetzugang und damit die Möglichkeit zu einer Netzworkebildung, die auch unter Globalisierungsbedingungen wirksam ist!“ (Scheule 2004: 135f). Dabei gebe es bei dieser Forderung keine zuteilende Instanz, „vielmehr muss schon eine Ausgangsasymmetrie, die vom Asymmetriebegünstigten als ungerecht qualifiziert wird, die Gerechtigkeitsanstrengungen in Gang setzen“ (Scheule 2004: 136). Scheule (2004: 136) meint damit, dass es als eine Art Verpflichtung derjenigen gelte, die das Netzwerkprinzip praktizieren und am meisten davon profitieren, denjenigen Zugang zu diesem zu verschaffen, die am meisten darunter leiden, dass dies nicht der Fall sei. Dass eine solche „'tugend-same' Vernetzungsgerechtigkeit“ (Scheule 2004: 136) möglich sei, versucht der Autor auch an Hand eines Fallbeispiels, im selben Band veröffentlicht, zu bestätigen, wo es um die IT-Entwicklung westlicher Organisationen in Afrika geht¹⁵.

Die Forderung der Vernetzungsgerechtigkeit, die der Autor erhebt, mag vielleicht etwas zu einfach erscheinen, da sie möglicherweise zu sehr auf die Solidarität der Digitalisierten set-

¹⁵ Scheule, M. Rupert (2004): „Get us Connected.“ Zur ICT-basierten Implementierung von Vernetzungsgerechtigkeit in Afrika. In: Scheule, Rupert M./Capurro, Rafael/Hausmanninger, Thomas (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 199-204.

ze. Auch deshalb weil IT-Projekte in Entwicklungsländern nicht immer nur aus gerechtigkeitschaffender Intuition und völlig uneigennützig geschehen mögen. Außerdem verweist Norris (2001: 6) darauf, dass es beim Internet genauso, wie bei vielen technologischen Innovationen sei. Häufig würden sie mit Versprechungen von Verbesserung und wirtschaftlichem Aufschwung für Entwicklungsländer angepriesen, eine Praxis, die dann von vielen kritisiert würde, weil sie in erster Linie wiederum reichen Industrieländern geholfen hätte. Sie nennt unter anderem die Eisenbahn, das Automobil und den Fernseher (vgl. Norris 2001: 6). Bestimmt wachsen Entwicklungsprojekte, speziell wenn sie von privaten Medienunternehmen gestartet werden, nicht rein aus philanthropischer Neigung hervor, sondern dienen Marketingzwecken und damit letztlich Gewinninteressen. Bereits vor über zehn Jahren ist im SPIEGEL der Artikel *Afrika Online. Keine Spur vom Globalen Dorf* (Siegle 2000) erschienen. Darin wird kritisch auf die Initiativen gegen den Digital Divide hingewiesen, die „nicht immer ganz uneigennützig“ (Siegle 2009) geschehen würden. Genannt wird beispielsweise das Projekt *World e-Inclusion* des Computer-Riesen HP (*Hewlett-Packard*). Dieser soll Hardware im Wert von einer Milliarde Dollar an unterentwickelte Gebiete geliefert haben, finanziert durch Entwicklungshilfeprogramme, NRO und einzelne Regierungen. Öffentlich hätte man darüber geschwiegen, wie viele Geräte nun tatsächlich gespendet und wie viele bezahlt worden seien (vgl. Siegle 2009). Doch von diesen Kritikpunkten abgesehen, ist es die Ausgangsüberlegung Scheules (2004: 121), welche an dieser Stelle erneut herausgehoben werden soll. So scheint es zusammengefasst greifender, die ethische Notwendigkeit der Überwindung des Digital Divide, und speziell der ungerechten Verteilung des Internet-Zugangs, nicht an der Quantität potentieller Information zu messen, zu welcher der Zugang verweigert werde, sondern am Grundprinzip, dass durch nicht vorhandenen Internet-Zugang kein – oder ein stark eingeschränkter – Zugang zu Netzwerken und damit zu einem zentralen gesellschaftlichen Steuerungsprinzip bestehe.

8.3 Globale Konsequenzen asymmetrischer Entwicklung

Bereits im Zusammenhang mit dem ersten Beitrag dieses Kapitels wurde auf die Haltung Castells (2005: 283f) verwiesen, der eine technologische Integration benachteiligter Länder und damit eine Überwindung der digitalen Spaltung im informationellen Zeitalter als *conditio sine qua non* betrachtet, im Bemühen Verteilungungerechtigkeiten zu überwinden. An dieser Überlegungen soll nun angeknüpft werden, um darzulegen, welche problematischen Folgen das Bestehenbleiben des Digital Divide – bzw. bei Nichteingreifen, eine unweigerliche Vergrößerung desselben – für die globale Entwicklung haben könnte. Fakt ist:

„Die Tatsache, dass das Internet auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens eine so zentrale Rolle spielt, bedeutet zugleich, dass diejenigen, die keinen oder nur begrenzten Zugang zum Internet ha-

ben oder die es nicht richtig nutzen können, marginalisiert werden“ (Castells 2005: 261).

Angenommen diese Polarisierung zwischen Eingeschlossenen und Ausgeschlossenen, sprich Integrierten und Marginalisierten, spitzte sich weiter zu, angenommen es werde also auch weiterhin nur ein Teil der Weltbevölkerung sein, der in die globalen Netze involviert ist und aktiv daran teilnehmen bzw. aktiv von der Governance-Variante Internet profitieren kann, und angenommen dieser Teil werde noch dazu immer mehr Ressourcen besitzen, sodass sich die Verteilungsungerechtigkeit weiter vergrößert, was würde dann mit den Marginalisierten geschehen? Wie lange würden sie ihre Position dulden? Zu welchen Mitteln würden sie bereit sein um aus ihrer Situation auszubrechen? Im vorletzten Kapitel der *Internet-Galaxie* stellt sich Castells (2005: 278) folgende Frage: „In welchem Verhältnis stehen das Internet und die¹⁶ *Digital Divide*, die gegenwärtig mit der weltweiten Expansion des Internet verknüpft ist, zum Prozess globaler Entwicklung?“ Grundsätzlich lasse sich feststellen, dass das neue soziotechnische System zu einer global uneinheitlichen Entwicklung geführt habe: so seien sowohl Reichtum als auch Armut gesteigert worden, sowohl Produktivität als auch Exklusion (vgl. Castells 2005: 279). Es handle sich um einen Prozess, der im Zuge der Globalisierung und der Wirtschaftsentwicklung, zu Stande gekommen sei. Beides unter der Führung des Internets, das sozusagen als „Herzstück des neuen soziotechnischen Organisationsmusters“ (Castells 2005: 279) gelte. Wie bereits mehrmals erklärt, erlaube es der Funktionsmechanismus des Netzwerkes, grundsätzlich alles/jeden der für das System einen Wert hätte bzw. in seinem Sinne produktiv sei, miteinander zu verbinden, aber auch ebenso leicht wieder abzukoppeln (vgl. Castells 2005: 279). Mit der Konsequenz, dass das globale System „zu ein und derselben Zeit aus höchst wertvollen und produktiven Menschen und Orten und aus denen, die dies nicht oder nicht mehr sind aber noch immer existieren“ (Castells 2005: 279) bestehe. Schon in seiner Trilogie schreibt der Autor demnach, das Informationszeitalter schaffe „eine scharfe Trennlinie zwischen wertvollen und wertlosen Menschen und Örtlichkeiten“ (Castells 2003: 170). Dies bedeute auch, dass diese Trennlinie nicht zwangsläufig zwischen Norden und Süden verlaufe, sondern zwischen denen, die an die globalen Netzwerke angeschlossen seien und sich um die Knoten dieser Welt herum gruppieren würden – eben häufig wichtige Ballungsräume und Städte – und diejenigen, die von den Netzwerken ausgeschlossen seien, weil sie nicht über die notwendige Bildung oder Technologie verfügen würden (vgl. Castells 2005: 291). Produktionsformen, die außerhalb dieses Systems existieren, würden entweder verschwinden oder aber in Abhängigkeit vom globalen System stehen (vgl. Castells 2005: 279). In der neuen Wirtschaftsform seien „Bildung, Information, Wissenschaft und Technologie“ (Castells 2005: 280) die „entscheidenden Quellen der Wertschöp-

¹⁶ Da der Autor Digital Divide mit dem weiblichen Artikel besetzt, wurde dies im Zitat beibehalten. Grundsätzlich wird der Begriff in der vorliegenden Arbeit mit dem männlichen Artikel besetzt.

fung“ (Castells 2005: 280). Da nun, speziell in Entwicklungsländern, dem größten Teil der Bevölkerung sowohl die technische Infrastruktur als auch die Bildung fehle, hätten sie keine Möglichkeit, mit diesen Ressourcen verbundene Arbeitsplätze zu besetzen. Damit würde der große Teil der Bevölkerung in Abhängigkeit kleiner Segmente der jeweiligen Volkswirtschaften stehen (vgl. Castells 2005: 280). Dies würde schließlich zu einer „dualen Beschäftigungs- und Sozialstruktur“ (Castells 2005: 280) führen. Auch Zillien (2006: 49) verweist auf die, in der Netzwerkgesellschaft entstehenden, Spaltung zwischen, für das neue System, qualifizierte bzw. unqualifizierte Arbeitskräfte: „Durch Inklusions- und Exklusionsmechanismen verbinden Netzwerke 'nützliche' Individuen, während sie entbehrliche Arbeitskräfte ausschließen, was dazu führt, dass Wachstum auf der einen und Niedergang auf der anderen Seite kumuliert wird.“

Eine weitere Konsequenz, die Castells (2005: 280) prognostiziert, scheint sich bereits – zumindest teilweise – bewahrheitet zu haben. So sei diese neue Wirtschaftsform anfällig für „Turbulenzen der globalen Finanzströme“ (Castells 2005: 280) in der „Finanzkrisen wechselnder Intensität eine wiederkehrende Erscheinung“ (Castells 2005: 281) seien. Durch jede neue Krise würden Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren und, marginalisiert und entwertet, würden sie sich letztlich in die „Hinterhöfe des Überlebens“ zurückziehen, „die die informelle Wirtschaft ausmachen“ (Castells 2005: 281). Damit wären wir angekommen bei dem Zitat, dass bereits zu Beginn der Arbeit genannt wurde, in dem Steinbicker (2001:79) Castells (2001-2003) *Informationszeitalter als „tour de force“* durch die „Alleen“, aber eben auch durch die „Hinterhöfe“ der „entstehenden neuen Weltordnung“ beschreibt. In den „Hinterhöfen“ verbergen sich die negativen Konsequenzen dieser globalen Entwicklung und aus ihnen drohen wachsende Gefahren. Zu den Arbeitskräften, die auf Grund dieser Krisen plötzlich „entwertet“ werden oder nicht ausreichend qualifiziert sind, um in der informationellen Wirtschaft Produktivität zu erzeugen, würden noch jene hinzukommen, die vom Land in die überfüllten Ballungsräume flüchten, da sie, auf Grund der im neuen Produktionssystem erfolgten Elimination der traditionellen Landwirtschaft, ihre Existenzgrundlage verloren hätten. Des Weiteren würden nationale Regierungen durch die globalen Ströme von Kapital und Information zunehmend unter Druck geraten und – wie auch im Kapitel 4 zur globalen Medienpolitik hervorging – von internationalen Organisationen eingeschränkt werden (vgl. Castells 2005: 281). Was passiert nun mit den Bevölkerungssegmenten der Hinterhöfe, jene die am produktiven Wirtschaftssektor nicht mehr partizipieren können? Laut Castells (2005: 282) würden sich einige von diesen in ein parallel bestehendes, globales System zurückziehen, nämlich in die „globale kriminelle Ökonomie“. Auch dieses System sei in Netzwerken organisiert, würde auf den Finanzmärkten Geldwäsche betreiben und sei in der Lage ganze Staaten zu korrumpieren und desorganisieren (vgl. Castells 281f). Dabei sei darauf verwiesen, dass Cas-

tells (2003: 175ff) im dritten Teil des *Informationszeitalters* dem globalen kriminellen System ein umfangreiches Kapitel widmet, indem er dessen Funktionsmechanismus im Detail beschreibt. Er spricht darin von der italienischen Mafia, den chinesischen Triaden, der japanischen *Yakuza*, mehreren russischen kriminellen Netzwerken in der Tradition des *vorovskoj mir* (Diebesgemeinde), dem *Medellin-* und *Cali-Kartell* in Kolumbien, den *Tamaulipas-*, *Tijuana-* und *Ciudad Juarez-Katellen* in Mexiko usw. Man sieht, wie zahlreich diese kriminellen und international organisierten Banden sind, die durch Drogenhandel, Waffenschmuggel, Handel mit spaltbarem Material, Schmuggel von illegalen Einwanderern, Frauen- und Kinderhandel, sowie Organhandel, unglaublich hohe Profite machen, deren „Legalisierung“ durch Geldwäsche erst über den globalen Finanzmarkt ermöglicht worden sei (vgl. Castells 2003: 148ff). Die Regierungen und Staaten würden hingegen unter einer zunehmenden Legitimitätskrise innerhalb ihrer jeweiligen Gesellschaft leiden. Diese würde im Extremfall zusammen mit politischer Desintegration zu einem Strudel aus, Bürgerkrieg, massenhaften Massakern, Flucht, Hungersnöten und Epidemien führen (vgl. Castells 2005: 282). Vielleicht erscheint es durchaus plausibel zu behaupten, das Krisenszenario, das der Autor hier entworfen hätte, scheine etwas überspitzt, ja, zu weit hergeholt, zu sein. Doch die prognostizierten Finanzkrisen haben wir bereits 2008 in Amerika und 2011 mit Griechenland in der Eurozone besonders zu spüren bekommen. Sollten auch weitere Vorhersagen eintreffen, werden dies nicht die letzten sein. Es reicht einige Geschehnisse der unmittelbaren Vergangenheit aufzuzählen, um auch das Eintreffen der übrigen Prognosen zu belegen: die Regierungskrise in Italien, die Bürgerkriege im Zuge des *Arabischen Frühlings*, die Massaker in Folge der Präsidentschaftswahlen an der Elfenbeinküste, die riesigen Flüchtlingsströme Nordafrikas nach Italien, die Hungersnöte im Zuge der Dürrekatastrophe in Ostafrika, die HUS-Epidemie, sprich der Darmvirus der im Mai in Europa ausgebrochen ist oder eine der bisher schwersten Cholera-Epidemien Zentral- und Westafrikas, die bis Oktober 2011 fast 2500 Todesopfer gefordert hat. Die Liste könnte wohl beliebig fortgeführt werden. Zum Zeitpunkt der Niederschrift der vorliegenden Arbeit, das heißt zehn Jahre nachdem Castells (2005: 282) in seinem Buch *Internet-Galaxie*¹⁷ solche Ereignisse vorausgesagt hat, sind sie bereits zur tragischen Aktualität geworden. Man mag sich jetzt vielleicht die Frage stellen, die auch Castells (2005: 282) erhebt, nämlich wie die dargestellte globale ungleiche Entwicklung mit dem Internet und dem Digital Divide zusammen hänge. Es sei erneut wiederholt, dass die Basis dieser Entwicklung das Internet und das damit zusammenhängende Informationssystem sei. Erst durch dieses, sei die neue Wirtschaftsform zu Stande gekommen, die diese extreme Spaltung zwischen global vernetzten Segmenten der Gesellschaft und jenen, die nicht dazu gehören, verursacht hätte. Dies führe insbesondere in Ländern zu Spannungen, wo nur

¹⁷ Das Buch wurde 2001 in englischer Sprache publiziert. Castells, Manuel (2001): *The Internet-Galaxy. Reflections on the Internet, Business and Society*. Oxford: Oxford University Press.

Segmente, also kleine Eliten, Einschluss ins globale System erhalten würden, wie in Kapitel 7.2 in Bezug auf die selektive Integration afrikanischen Kapitals besprochen. Die kleinen Minderheiten dieser Länder würden nun dem globalen Netzwerk Zugang zu allem gewähren, was in dem jeweiligen Land für dieses noch an Wert besitze, um selbst eine Beteiligung im globalen System zu erhalten (vgl. Castells 2005: 283). Sie würden damit, wie Castells (2003: 170) im dritten Band seiner Trilogie schreibt, „zum Räuber am eigenen Volk“ werden. Doch auch die Marginalisierten würden sich mobilisieren und mit einer Vielzahl an Strategien versuchen, von den Ressourcen zu profitieren, eben nicht zuletzt auch im Rahmen der kriminellen Ökonomie. Sie würden die kleinen globalisierten Eliten und den Staat herausfordern, entweder durch komplette Abspaltung oder durch aktive Machtergreifung im selben (vgl. Castells 2005: 283).

Angesichts der vielschichtigen Konsequenzen der digitalen Spaltung, kann festgehalten werden, dass der Digital Divide „sich nicht nach der Anzahl von Anschlüssen an das Internet, sondern nach den Folgen sowohl des Anschlusses als auch des Fehlens eines Anschlusses“ (Castells 2005: 283) bemesse. Castells (2005: 284) unterstreicht daher die Notwendigkeit, „einen Prozess gesellschaftlichen Lernens zustande zu bringen“ um Auswege aus dieser Abwärtsspirale des Digital Divide zu finden. Dieser müsste parallel „zum Aufbau einer informations- und kommunikationstechnologischen Infrastruktur“ (Castells 2005: 234f) verlaufen. Es sei zu spät, jetzt noch nach alternativen Entwicklungsmöglichkeiten ohne dem Fundament Internet zu suchen. Vielmehr müsste ein neues Entwicklungsmodell den Digital Divide überspringen:

„Es [*das neue Entwicklungsmodell*, d. Verf.] verlangt eine auf dem Internet gegründete Wirtschaft, die von der Kompetenz zum Lernen und der Schaffung von Wissen angetrieben wird, die in der Lage ist, innerhalb der globalen Netzwerke des Wertes zu operieren, und die sich auf legitime, effiziente politische Institutionen stützt“ (Castells 2005: 285).

Der Autor fordert folglich die Überbrückung des Digital Divide und damit der globalen Ungerechtigkeit, als einen Prozess zu sehen, der die gesamte Gesellschaft integriere, sich jedoch auf politische Institutionen stütze. Angesichts des zunehmenden Legitimitätsverlustes der Regierungen, stellt sich die Frage, wer diese Institutionen stellen soll – eine Problematik die im folgenden Kapitel diskutiert wird. Feststeht jedenfalls, dass eine Überwindung der weltweiten Verteilungsgerechtigkeit im fortgeschrittenen Stadium der Netzwerkgesellschaft, ohne Überwindung des Digital Divide, nicht mehr möglich zu sein scheint.

9. Perspektiven in der Netzwerkgesellschaft?

9.1 Kollektives Unbehagen und Furcht vor *technologischen Monstern*

Im Kapitel 6.1 wurde bereits darauf verwiesen, dass der Digital Divide nicht nur eine globale Dimension, sondern auch eine soziale Dimension hätte, die sich innerhalb der Länder abzeichne. Es hat sich insbesondere nochmal im vorherigen Kapitel gezeigt, dass die Trennlinie, die zwischen Eingeschlossenen- und Ausgeschlossenen aus dem globalen Netzwerk besteht, in der Tat nicht zwangsläufig zwischen Nord-Süd verläuft, sondern sich auch innerhalb der Industrieländer bemerkbar macht, und nicht zuletzt, auch die Folgen dieser Spaltung globale Auswirkungen haben. Dennoch sind es, in globaler Perspektive, vor allem die unterentwickelten Länder, die am stärksten vom Digital Divide benachteiligt sind. Auch weil es dort besonders starke Spannungen gebe zwischen der großen Masse der Bevölkerung und kleinen Eliten, die auf Kosten der wenigen Ressourcen ihrer jeweiligen Herkunftsländer, in das System eingeschlossen werden würden. Bei einem Interview mit dem *Spiegel*, das bereits im Jahre 2000 geführt wurde, antwortete Castells auf die Frage der Journalisten, wie es sich entscheide, wer in der neuen Gesellschaftsform „wertlos ist und wer nicht“, wie folgt:

„Da sind zuerst all die Menschen in den Regionen, die allein wegen mangelnder Technologie gar nicht angeschlossen sind. Das sind all die riesigen ländlichen Regionen in China, Indien, Lateinamerika und fast das gesamte Afrika. Und in unseren fortgeschrittenen Gesellschaften hängt alles von der Qualität der Ausbildung ab. Noch haben wir einige Billigjobs für einfache Tätigkeiten. Aber wir bewegen uns auf eine Welt zu, in der die Chancen, ohne hochgradige Ausbildung ein gutes Leben zu führen, sehr, sehr gering sind“ (Interview mit Castells 03.04.2000: 149).

Es ist klar, dass diejenigen, für die die Chancen nach dieser Prognose hoch stehen, „ein gutes Leben zu führen“, global betrachtet, in der deutlichen Minderheit sind. Das neue Zeitalter zeichnet sich damit durch einen Mechanismus aus, der, so Castells (Interview 03.04.2000: 149), als noch viel „schrecklichere Form der Ausschließung“ bezeichnet werden könne, als die „Ausbeutung der Schwächeren“ im Industriezeitalter:

„Menschen, die nicht über die nötige Bildung und Technologie verfügen, werden ignoriert, weil sie weder als Produzenten noch als Konsumenten gebraucht werden, wenn sie nicht mit dem Netz verbunden werden können. Sie fallen in ein schwarzes Loch“ (Interview mit Castells 03.04.2000: 149).

Aus diesem „schwarzen Loch“ oder den besprochenen „dunklen Hinterhöfen“ würden einige eben auch mit illegalen Mitteln ausbrechen, was den Aufstieg der organisierten Kriminalität mit sich brächte. Im Interview verweist der Soziologe außerdem auf den wachsenden Fundamentalismus der sich unter den Ausgeschlossenen zeige, das heißt, Ausgeschlossene würden ihrerseits Ausgrenzung und Ausschluss betreiben (vgl. Interview mit Castells

03.04.2000: 149). Dies sei nicht nur in islamischen Ländern ein Thema, sondern ebenso im christlichen Amerika oder auch Europa, letzteres hätte beispielsweise „mit Leuten wie Haider zu tun“ (Interview mit Castells 03.04.2000: 149). Angesichts solcher Problematiken – Kriminalität und Fundamentalismus sowie, die im vorherigen Kapitel diskutierten, Finanzkrisen, Regierungskrisen, Bürgerkriege, Massaker, Epidemien, Hungersnöte – ist es nicht verwunderlich, dass Castells (2005: 290) „ein außerordentliches Gefühl des Unbehagens gegenüber dem augenblicklichen Prozess technologiegeleiteten Wandels“ diagnostiziert. Man bedenke, dass gerade mal ein Drittel der Weltbevölkerung, die idealen Voraussetzungen besitzt, um in dieser Netzwerkgesellschaft nicht marginalisiert zu werden (vgl. Interview mit Castells 03.04.2000: 149). Und ich würde behaupten, dass selbst bei denen, mehr oder weniger bewusst, eine gewisse Unsicherheit herrscht, schließlich kann man schnell selbst zu den Ausgeschlossenen gehören oder von den globalen Konsequenzen des Ausschlussmechanismus betroffen sein – insbesondere im Hinblick auf aktuelle Geschehnisse. Solange sich Völkermorde in fernen Gebieten abspielen, kann man die Gefahren der polarisierten Gesellschaft noch ignorieren. Aber globale Wirtschaftskrisen können schnell auch für den Asymmetriebegünstigten unangenehm spürbar werden. Ebenso die Umweltzerstörung, die mit dem „umweltschädlichen Wirtschaftswachstum“ (Castells 2005: 293) einhergeht und nicht nur das beliebte Urlaubsziel, sondern schon mal die unmittelbare geografische Umgebung des Netzwerkers treffen kann. Dieses „Gefühl des Unbehagens“, so Castells (2005: 290), komme manchmal „kollektiv zum Ausdruck“. Nicht in unmittelbarem Bezug auf die Technologie, jedoch im Hinblick auf dessen indirekte Konsequenzen, lässt sich die kollektive Demonstration eines „Unbehagens“, das beinahe in Empörung umschlägt, deutlich an einem, zum Zeitpunkt der Niederschrift der vorliegenden Arbeit, aktuellen Phänomen erkennen. Es geht um die *Occupy-Wall-Street-Bewegung*, die in New York im September 2011 ihren Anfang genommen hat. Es handelt sich dabei um eine Protestaktion der Zivilbevölkerung gegen die Verteilungsgerechtigkeit in Nordamerika. Diese Aktion zeigt gleich mehrere Facetten der Netzwerkgesellschaft. Einerseits eben die ungleiche Verteilung des Wohlstandes, die durch die neue Form des informationellen Kapitalismus vertieft wurde. So lautet der Slogan der New-Yorker Proteste gegen die reiche Elite *We are the 99%*, womit die Masse sich von jenen 1% der reichsten Amerikaner differenziert, die über die Mehrheit der Ressourcen des Landes verfügen. Auch der eigentliche Auslöser dieser Bewegung, sprich die globale Wirtschaftskrise, ist eine Folge der informationellen Ökonomie bzw. des Netzwerksystems. Andererseits zeigt sich, dass das technologische Instrument, das eben indirekt zu diesen Problematiken geführt hat bzw. ihr Entstehen erst ermöglichte, von den Protestlern selbst als Instrument der Kommunikation und Mobilisierung eingesetzt wurde. Es war ein wichtiges Mittel, die Weltöffentlichkeit, nahezu zeitgleich, über das Geschehen vor Ort und prinzipielle Anliegen der Aktion zu informieren und mediale Aufmerksamkeit – das knappe Gut der mo-

dernen Gesellschaft – zu erhalten. Auch wurden, auf das Vorbild dieser Bewegung hin, und vermutlich auch dank der globalen medialen Präsenz, eine Reihe kleinerer Parallelproteste in Amerika und Europa ausgelöst. Nicht zuletzt wurde das Internet zum Rachemittel an den Unterdrückungsmaßnahmen der Sicherheitsbeamten gegen die Bewegung. Mit dem Titel *Wie sich das Netz am Pfefferspray-Cop rächt* (SZ 23.11.2011) wurde beispielsweise in der Onlineausgabe der *Süddeutschen Zeitung* über eine Netzaktion berichtet, in der ein kalifornischer Polizist, der angeblich grundlos Demonstranten mit dem Pfefferspray verletzte, mit Karikaturen und Fotomontagen in die Lächerlichkeit gezogen wurde. Die deutsche Journalistin Christiane Schulzki-Haddouti (12.10.2011) stellt in einem Beitrag auf *Hyperland.de*, dem Blog von *ZDF.heute.de*, der über Themen des digitalen Wandels und Netzkultur berichtet, gar die titelgebende Frage: „Wir sind die 99: Ist Occupy Wallstreet eine Netzrevolution?“ Sie berichtet darin ausführlich über die zentrale Rolle, die digitale Medien für die Planung und Durchführung der Proteste in New York, ebenso wie auf anderen Teilen der Erde, spielen.

Zu diesem Gefühl des Unbehagens, das unter Umständen solche kollektiven Gegenbewegungen auslösen kann, kommt ein weiterer Affekt hinzu. Ich nenne ihn, in Voraussicht auf den zweiten Teil dieses Kapitels, die Angst vor dem Unkontrollierbaren. Auch Castells (2005: 249) spricht von einer Form von Angst, die er als die „größte“ und die „älteste“ der Menschheit bezeichnet, nämlich die „Furcht vor den technologischen Monstern, die wir erschaffen“. Dazu zählt nicht nur die IKT-Technologie selbst, sondern auch der wissenschaftliche Fortschritt, den sie in anderen Forschungsbereichen ermöglicht, wie beispielsweise in der Gentechnologie (vgl. Castells 2005: 294). Speziell naturwissenschaftliche, hochkomplexe Forschungsbereiche mögen für viele eine mysteriöse und beängstigende Aura bewahren. Und dies nach Castells (2005: 294) nicht unberechtigt, da sie zwar unglaubliche Möglichkeiten, jedoch mindestens ebenso tiefgreifende Gefahren beherbergen. Wie man sieht, ist die Netzwerkgesellschaft voller Dichotomien; es gibt unglaubliche Chancen, aber stets begleitet vom drohenden Gegenpol globaler Gefahren. Auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung, sieht es eher so aus, als würde die Mehrheit der Weltbevölkerung zu den Benachteiligten der Netzwerkgesellschaft zählen und selbst jener Teil, in den besten sozioökonomischen Konditionen, scheint den Gefahren langfristig nicht entkommen zu können. Sollen die globalen Bedrohungen aufgehoben werden, gibt es keine andere Möglichkeit, als globalen Anschluss aller an das technologische und damit an das herrschende gesellschaftliche System zu schaffen.

9.2 Institutionelle Unterentwicklung und Vertrauensverlust

Wie in Kapitel 8.3 dargestellt, bräuchte es für die Überwindung des Digital Divide einen „Prozess gesellschaftlichen Lernens“ (Castells 2005: 284) jedoch unter der Führung von „legitimen politischen Institutionen“ (Castells 2005: 285). Damit wäre die nach Castells (2005: 294) „grundlegendste Herausforderung“ der Netzwerkgesellschaft angesprochen, nämlich das „Fehlen von Akteuren und Institutionen“ (Castells 2005: 294). So lasse sich ein tiefer Widerspruch erkennen zwischen „unserer technologischen Überentwicklung und institutionellen und gesellschaftlichen Unterentwicklung“ (Castells 2005: 294). Mit dieser Feststellung steht der Soziologe keinesfalls alleine da, ein Blick in die Medien reicht, um fündig zu werden. Es scheint, als handle es sich dabei um ein – mehr oder weniger bewusst, mehr oder weniger unmittelbar – erfahrenes, allgemeines gesellschaftliches Ressentiment. In einem Interview der *Zeit* mit Tim Berners-Lee (24.02.2000), dem Erfinder des *World Wide Web*¹⁸, wird beispielsweise über die Problematik der Zurverfügungstellung bzw. Beschränkung bestimmter Internetinhalte durch marktwirtschaftliche Unternehmen gesprochen. Berners-Lee (Interview 24.02.2000) verweist auf ein „fürchterlich komplexes, globales Regelwerk“ das erforderlich wäre um dies in der UN-Charta gesetzlich zu verankern. Der Journalist Christian Tenbrock erwidert im Anschluss darauf: „Es scheint mir, dass unsere Gesellschaften mit ihren Gesetzen, Regelwerken, sozialen Kontrakten einigermaßen atemlos dem hinterherhecheln, was ihnen das neue Medium Internet vorgibt“ (Interview mit Berners-Lee 24.02.2000). Dieses Problem des geeigneten Regelwerks wurde im Zusammenhang mit der Telekommunikationsinfrastruktur in Entwicklungsländern bereits besprochen (s. dazu Kapitel 7.3). Doch der Mangel an Regeln und Institutionen, die für deren Schaffung und Durchsetzung sorgen, zeigt sich in vielen Bereichen der Gesellschaft, auch in den Industrieländern. Zwar, so wurde bereits im zweiten Kapitel festgehalten, könne man nicht von einem Technikdeterminismus sprechen, aber es liege in der Hand der Gesellschaft, mit dem Veränderungspotential der Technologie richtig umzugehen. Dieser Rolle werde die Gesellschaft aber (noch) nicht gerecht, da ihr Organisationsgefüge zu „primitiv“ sei:

„Die Kraft unseres Geistes entwickelt sich weit schneller als unsere Fähigkeit, zusammenzuleben und soziale Institutionen zu schaffen. Unser Problem ist nicht, dass wir zu primitiv sind, sondern, dass unsere Gesellschaft noch zu primitiv organisiert ist gegenüber der Macht unseres Intellekts und unserer Technologie“ (Castells 03.04.2000: 154).

¹⁸ Das *World Wide Web* ermöglichte es, dass das Internet die ganze Welt umfassen konnte (vgl. Castells 2005: 24). Es handelt sich dabei um „eine Anwendung zur Verallgemeinerung von Information“ (Castells 2005: 24), das heißt um eine „Software, die es möglich machte, über das Internet Informationen von einem beliebigen Computer abzurufen und dort abzulegen: http, HTML und URI (später als URL bezeichnet)“ (Castells 2005: 25). Tim Berners-Lee, ursprünglich aus England, ist der Programmierer, der als Erfinder dieser Software, im Jahre 1990 am CERN, dem europäischen Hochenergie-Physik-Zentrum in Genf, gilt (vgl. Castells 2005: 24f).

Welche Alternativen stehen uns nun zur Verfügung? Von wem sollen die notwendigen Institutionen, auf die auch der, von Castells (2005: 285) geforderte, „Prozess gesellschaftlichen Lernens“ aufbaue, verantwortlich gestellt werden? Große Konzerne beispielsweise, hätten zwar mehr Verantwortungsbewusstsein als viele Menschen ihnen zutrauen würden, dennoch wären sie nicht in der Position, das Vertrauen der Menschen zu erhalten, da sie grundsätzlich an der Gewinnorientierung interessiert seien (vgl. Castells 2005: 295). Das hat sich auch bei den Governance-Problemen herausgestellt, wie sie im Zusammenhang mit dem WSIS und der Entwicklung der IKT in Kamerun gezeigt wurden, wo deren marktwirtschaftliche Logik sich allgemein nicht vereinbaren ließ mit den Zielen der gemeinwirtschaftlichen (Regierungs-)Organisationen. Die NRO, die Castells (2005: 295) als „Neo-Regierungsorganisationen und nicht als Nicht-Regierungsorganisationen“ betrachtet, seien noch die „innovativsten, dynamischsten und am meisten repräsentativen Formen der Zusammenfassung gesellschaftlicher Interessen“ (Castells 2005: 295). Sie würden mittelbar oder unmittelbar staatlich subventioniert werden und damit eine Form „politischer Dezentralisierung“ (Castells 2005: 296) darstellen. Hierzu könne angemerkt werden, dass solche Organisationen dadurch, auf mehr oder weniger verbindliche Weise, in staatlicher Abhängigkeit stehen. Bei den Regierungen bestehe die Problematik nun darin, dass sie, wie ebenfalls im Kapitel 8.3 angesprochen, allgemein mit einem Legitimitätsproblem konfrontiert seien. Trotzdem unterstreicht Castells (2005: 296) ihre Notwendigkeit. Denn obwohl Regierungen einen Kontrollverlust erfahren hätten, seien sie nicht machtlos. Sie müssten weiterhin Netzwerke regulieren und Gesetze erlassen, allerdings unter Berücksichtigung einer zentralen Bedingung, nämlich der Verhandlung mit anderen Interessengruppen:

„Die Nationalstaaten können zwar die Entwicklung nicht mehr kontrollieren, aber sie können Netzwerke bilden, die gemeinsam flexibel genug sind, um die Anpassung an die vielen revolutionären Veränderungen zu organisieren. Dazu gehören sowohl die supranationalen Institutionen wie die EU als auch die Vernetzung mit Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen. In diese Richtung bewegen wir uns ohnehin, wenn auch nur halb bewusst. Der Netzwerkstaat ersetzt den Nationalstaat“ (Interview mit Castells 03.04.2000: 154).

Es handelt sich also bei dieser Art der Institutionalisierung im Grunde wiederum um Global Governance mit all dem Konfliktpotential, das dieser Form der Politik inhärent ist (s. dazu Kapitel 4.2 u. 7.3). Des Weiteren unterstreicht Castells (Interview 03.04.2000: 154), dass die Menschen außerdem das Gefühl bekommen müssten, diesen Prozess mitsteuern zu können, wobei den Medien eine zentrale Bedeutung zukäme. Auf Grund zunehmender Konzentrationsprozesse sowie Privatisierung und Kommerzialisierung, die auf die deterritoriale Netzwerkstruktur der Unternehmen und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Vorteilen zurückzuführen sind, wäre jedoch auch das demokratische Potential der Medien in Frage zu stellen. Es erscheint mir legitim zu behaupten, dass, insbesondere im Hinblick auf

die Forderung, den Menschen zu vermitteln, sie seien am Prozess der Institutionalisierung beteiligt, jener Faktor, deren Mangel privatwirtschaftliche Akteure grundsätzlich ausschließt, als Institution in Betracht gezogen zu werden, im Grunde eine Voraussetzung, auch für NRO und Regierungen ist: nämlich das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit seitens der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang sei auf einen Artikel der *Frankfurter Allgemeinen* verwiesen, der die Institutionen-Thematik aus einer anderen Perspektive, wohl aber im Lichte der Netzwerkmorphologie, betrachtet. Tilmann Allert (19.08.2009), Soziologe der *Goethe Universität Frankfurt*, spricht darin von einer „Gesellschaft, die das Vertrauen in Institutionen verloren hat“. Verknüpft dargestellt, meint er damit Folgendes: Analog zu Castells (2001) bezeichnet er das „Netzwerk als Organisationsform der Gegenwart“ (Allert 19.08.2009). Längst habe man sich daran gewöhnt, „Familie, Schule und Beruf durch Netzwerke zu ersetzen“ (Allert 19.08.2009). Diese Netzwerke würden zwar Zugehörigkeit bieten, gleichzeitig aber weniger Verbindlichkeit erzeugen. Damit hätten sie eine geringere Integrationskraft als gewöhnliche Organisationen oder Verbände. In solchen Netzwerken würden die Menschen außerdem nicht mehr auf Vertrauen setzen, sondern sich auf Zertifizierungen und Kontrolle berufen. Dadurch entstehe „ein Zirkel von institutionalisiertem Misstrauen und bürokratisiertem Effizienzbeweis“ (Allert 19.08.2009) mit der Folge, dass beispielsweise manche Berufe, in denen einst eine Vertrauensbeziehung zum Klienten, Mandanten oder Patienten bestanden hätte und die dementsprechend einen Dienst der Sorge und Anteilnahme erforderten hätten, auf das Dokumentationswesen (Zielvereinbarungen, Qualitätskontrollberichte usw.) reduziert würden. Er nennt folgende Beispiele:

„Für Hebammen wird das Schreiben des Geburtsprotokolls wichtiger als die Begleitung der Gebärenden, Hochschullehrer zerbrechen sich stundenlang den Kopf über das workload einer dreißigseitigen Fontane-Lektüre, Lehrer grübeln über Punktesysteme, mit denen sie ihr Leistungsportfolio dokumentieren sollen“ (Allert 19.08.2009).

Dieses Bedürfnis nach standardisierter Leistungskontrolle, macht sich, meiner Ansicht nach, nicht zuletzt im Universitätssystem und den jüngsten Rationalisierungsprozessen innerhalb desselben deutlich. Sie äußern sich in Maßnahmen wie die Prüfung, selbst geisteswissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Lerninhalte, durch anscheinend effizientere Multiple-Choice-Tests oder im zunehmend schwindenden Kontakt zwischen Professoren und Studierenden. In Anbetracht dieser Entwicklung lautet der ernüchternde Befund des Soziologen: „Die Institutionen der Gemeinschaftsbildung sind geschwächt“ (Allert 19.08.2009). Dies mache sich selbst im Bereich der Familie bemerkbar, die längst nicht mehr „Trost und Muße“ (Allert 19.08.2009) spende oder ein Ort der „moralischen Reifung“ (Allert 19.08.2009) darstelle, vielmehr sei sie zur vorbereitenden Instanz auf das rationalisierte Denken geworden: „Die Familie ist nicht länger eine Gegenwelt gegen das Rationalisierungsprinzip des Wirt-

schaftslebens, vielmehr ist sie zu einem Vorbereitungsmodell avanciert“ (Allert 19.08.2009).
Damit ließe sich allgemein folgender Wandel in der Gesellschaft erkennen:

„Wir haben die Verwandlung des ständischen Eigensinns von Institutionen in die fließende Netzwerkmitgliedschaft der globalisierten Welt erlebt. Dass für die Menschen von derartigen Zugehörigkeiten kein tragendes Solidaritätsversprechen mehr ausgeht, mag entlastend sein und die Anpassungsfähigkeit der Sozialordnung erhöhen. Nur wurde der Zuwachs an Flexibilität mit einem weiteren ungedeckten Wechsel bezahlt. Gemeinschaftsbildung durch Zertifizierung unterstellt Misstrauen als Prämisse, belohnt situative Ergebenheit und schwächt die Autonomie“ (Allert 19.08.2009).

Solidarität und Vertrauen würden also Misstrauen und Kontrolle weichen, dies sei der Preis für Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Zwei *social skills*, die heute nicht umsonst in der Arbeitswelt hoch angepriesen werden und beinahe jedes Empfehlungsschreiben zieren – womit übrigens auf ein weiteres häufig gefordertes Leistungszertifikat verwiesen wäre. *Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser*: ein Denken, das dem Netzwerkler schon in die Wiege gelegt wird. Vielleicht könnte man behaupten, diese Darlegung greife etwas zu weit und scheine kaum mehr im Zusammenhang mit dem Thema der vorliegenden Arbeit zu stehen. Doch ich glaube, um die weitreichenden Konsequenzen des globalen Digital Divide zu begreifen, ist es notwendig, das Funktionieren der Gesellschaft(en) auf unterschiedlichen Ebenen zu betrachten. Es ist das Internet, das die Netzwerkmorphologie ermöglicht hat, diese führte zur Hochtechnisierung der Wirtschaft und damit auch zu einer Beschleunigung und Rationalisierung derselben. Dieses Rationalisierungsprinzip greift auf andere Gesellschaftsbereiche über, bis auf die interpersonellen Beziehungen und fördert ein Funktionieren des Einzelnen im globalen System. Durch Rationalisierung und Beschleunigung bleibt keine Zeit und Zeit ist die Wurzel des Vertrauens. Es kann also nicht nur von einem Fehlen der Institutionen gesprochen werden, die sich den Problemen in der Netzwerkgesellschaft annehmen, um globale Ungerechtigkeiten zu überbrücken, sondern gleichzeitig von einem Mangel an Solidarität und Vertrauen – Vertrauen eben nicht nur in privatwirtschaftliche Konzerne, sondern allgemein in soziale Institutionen auf Mikro- und Makroebene.

10. Résumé

Société en réseaux et fossé numérique, ces sont les deux principaux concepts du présent mémoire. Pour comprendre le thème de ce travail, ces deux concepts ne peuvent être séparés l'un de l'autre. Ils indiquent des phénomènes de la société du XXI^{ème} siècle: Les favorisés flânent dans les allées pendant que les défavorisés se retirent dans les arrières-cours. Cette métaphore introduit une dichotomie qui est comprise entre autre dans le titre du mémoire et qui représente le fil rouge de ce travail. Celui-ci peut être divisé en trois grandes parties. La première consiste en l'encadrement théorique du mémoire et lance un regard sur les effets qui y sont liés sur plusieurs domaines sociétaux, notamment sur l'économie et la politique des médias et de la communication. La deuxième partie, dans un premier lieu, comporte une présentation empirique de la fracture numérique à l'aide d'indicateurs quantitatifs basés sur une comparaison Nord Sud. Dans un deuxième moment, elle théorise la fracture numérique et discute ses potentielles causes socio-économiques. Un pays africain, le Cameroun, a ici servi d'exemple pour montrer les mesures qui ont été prises afin de surmonter le recul technologique dans un pays en voie du développement ainsi que les conflits qui se créent par la collaboration de différents acteurs. La dernière partie traite le phénomène d'un point de vue éthique: d'abord dans le cadre de la répartition inégale à l'échelle globale, ensuite par rapport à l'égalité d'interconnexion et enfin dans le contexte du développement mondial. La conclusion s'appuie à expliciter les défis face auxquels se trouve la société en réseaux ainsi que les institutions potentielles qui pourraient s'en occuper.

Le premier chapitre comporte une introduction générale à la thématique et donne une vue globale du mémoire entier ainsi qu'une explication de son objet et de son objectif de recherche. Dans le deuxième chapitre, on a expliqué la théorie de la société en réseaux d'après le sociologue espagnol Castells (2001). On a constaté que depuis l'industrialisation, la société a subi une révolution technologique. Elle a marqué le début de l'ère de l'information et forme la base de la société en réseaux. Ensuite, on a expliqué le mécanisme de fonctionnement de cette dernière. Le principal élément structural de ce nouveau type sociétal est justement le réseau. Les fonctions et procès dominants de l'ère de l'information sont donc organisés en réseaux. Pour déterminer le réseau, on a constaté que ce dernier est composé d'une interconnexion de nœuds, qui communiquent entre eux, à condition qu'ils possèdent les mêmes valeurs et visent les mêmes objectifs. Les nouvelles technologies de l'information et les manières de communication conjointes permettent l'interconnexion et l'échange à l'intérieur des réseaux. En conséquence, l'intégration dans ce type sociétal pré suppose une présence dans les réseaux: seul celui qui y est présent peut transmettre son message. Cette présence, de nouveau, ne peut se réaliser que si l'on a accès à la technologie et si on s'adapte à son système de fonctionnement. Dans le domaine économique, la

morphologie du réseau se manifeste par la constitution d'une économie informationnelle à l'échelle mondiale. Il s'agit d'une forme du capitalisme qui se différencie de celle dominante dans l'ère de l'industrialisation par deux caractéristiques: elle est globale et structurée en réseaux. On a vu que, pour décrire la structure des opérateurs économiques, on peut également se servir de la métaphore du réseau. On parle justement des entreprises en réseaux qui sont composées de segments mondialement dispersés et qui visent des débouchés dans différents contextes culturels. De même, il s'est formé un marché financier global organisé en réseaux. Des procès de privatisation, de dérégulation et de libéralisation ont lieu et peuvent mener à la perte de souveraineté des états et des gouvernements nationaux. Dans le troisième chapitre, on a vu que ces procès apparaissent nettement dans le secteur des médias et que ces entreprises multinationales sont parmi celles qui en profitent le plus. Ce c'est qu'on appelle le capitalisme mondial des médias. Ce dernier est facilité par la nette croissance de fusions et d'expansions dans ce secteur. Ceci est une conséquence des différentes politiques et stratégies du pouvoir locaux, régionaux et transnationaux. Pour démontrer ce phénomène, on a analysé les rapports de propriétés de l'infrastructure communicative la plus importante, c'est-à-dire la technologie des satellites et de l'internet. Ainsi on a observé une distribution globale très inégale. La technologie des satellites est une preuve du développement de la commercialisation et de la privatisation des médias. Le plus grand fournisseur, *Intelsat*, a été entièrement privatisé en 2001. Parallèlement, se sont également établis des fournisseurs régionaux dans les pays en voie de développement. Pourtant, par manque d'infrastructure de télécommunication régionale, nécessaire pour recevoir ces services, on ne peut en profiter que de façon limitée. Quant à internet, on a noté une concentration des opérateurs principaux sur très peu de pays, qui font partie des plus riches du monde, dont principalement les Etats-Unis, la Grande-Bretagne et la France. La même chose est valable pour l'administration de l'internet. On peut constater que celle-ci est principalement dirigée par les pays industrialisés. L'ICANN (*Internet Cooperation for Assigned Names and Numbers*) est, par exemple, une organisation non-étatique en charge de l'administration globale des adresses-IP qui est marquée par une manifeste dominance américaine. Parmi les médias chargés de la production des contenus médiatiques, on observe également la formation d'oligopoles. En effet, il est possible de constater une nette concentration des profits dans de moins en moins d'entreprises. Grâce à des procès de dérégulation et de fusionnage, ces entreprises peuvent profiter d'économies d'échelle remarquables et établir une vaste chaîne de création de valeurs. Par contre, les entreprises locales, surtout dans les pays où les TIC sont sous-développées, ont de grandes difficultés à s'implanter. Les exemples du Maroc et de la Tunisie, les deux pays précurseurs en ce qui concerne le secteur des TIC en Afrique, ont montré que les opérateurs se trouvent face à des barrières techniques, financières et structurelles. D'une part, la forte régulation du côté des pouvoirs

publics a longtemps retardé l'introduction des TIC. D'autre part, les carences des infrastructures de télécommunication, le coût élevé d'accès et d'usage, le manque de personnel qualifié et de budget pour la recherche publique sont des facteurs qui peuvent expliquer la marginalisation des réseaux numériques de ces deux pays ainsi que d'autres pays du Sud. On en a déduit que, malgré leur rôle précurseurs en Afrique, le Maroc comme la Tunisie sont encore loin de véritablement s'établir dans le marché mondial des TIC. Dans le quatrième chapitre, on a constaté que la perte de souveraineté des états nationaux vaut également pour le domaine de la politique des médias et de la communication. L'allocation des produits, qui ne reconnaît pas la pertinence des frontières territoriales, présente de nouveaux défis politiques. Avec la fondation des NU (*Nations Unies*), il s'est établi pour la première fois une forme de politique de médias et de communication dépassant les frontières nationales. Depuis les premières tentatives d'une politique de médias globale, le fossé de distribution médiatique entre le Nord et le Sud, était un des enjeux fondamentaux à affronter. On a évoqué deux sous-organisations des NU: l'UNESCO (*Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture*) et l'UIT (*Union internationale des télécommunications*). La première a traversé, depuis sa fondation, trois périodes. Dans la première période (1945-1978), alors qu'elle n'était encore qu'une organisation occidentale, l'UNESCO a favorisé la libre circulation de l'information. L'intention d'accorder à tous les pays membres un libre accès et une libre allocation des informations était prioritaire. Mais avec la décolonisation, les états qui ont reconquis leur indépendance réclamèrent une circulation de l'information plus équilibrée entre les pays industrialisés et les pays en voie du développement. Par conséquent, on a abandonné cette doctrine. La deuxième période (1978-1989) a abouti à l'élaboration du NOMIC (*Nouvel ordre mondial de l'information et de la communication*), dans le cadre duquel on s'est exprimé en faveur d'une circulation de l'information équilibrée entre le Nord et le Sud ainsi que d'une mise à disposition des outils, nécessaires pour permettre aux pays sous-développés d'établir, de façon autonome, leur propre système d'entraide. Dans ce contexte, on a critiqué le fait que les mesures du NOMIC n'aient jamais vraiment reçues le support des Etats-Unis et de la Grande-Bretagne, encore trop attachés à l'idée de la libre circulation de l'information. Dès le début de la troisième période, en 1989, on a appliqué une stratégie qu'on pourrait expliquer comme une aide au développement dans le domaine des médias et de la communication, sorte de formation des créateurs de médias et de promotion aux compétences médiatiques, notamment dans les pays sous-développés. Pour la réalisation de ces objectifs, le PIDC (*Programme international pour le développement de la communication*) a été élaboré. Ce programme a également été l'objet d'une critique à savoir que les pays industrialisés n'ont pas mis à disposition assez de moyens financiers pour la véritable réalisation des mesures qui y sont comprises. On a constaté ensuite que, dans l'ensemble, l'UNESCO a perdu, au fur et à mesure, en importance et en influence quant à la

politique globale de médias, et ce en faveur d'une autre organisation spécifique de l'NU, en effet l'UIT. C'est justement à l'initiative de l'UIT que le SMSI (*Sommet mondial sur la société de l'information*) a été organisé et a eu lieu en 2003 à Genève et en 2005 à Tunis. L'objectif du sommet était la mise en œuvre d'une société de l'information à dimension humaine et inclusive, privilégiant le développement. La particularité de cette initiative consistait en la collaboration des acteurs publics, des représentants du secteur privé, des ONG (*organisations non-gouvernementales*), ainsi que de la société civile. Par rapport à ce concept politique, on utilise le terme de gouvernance mondiale. Dans le cadre de cette rencontre, une déclaration de principes a été formulée. Elle a servi de base pour l'élaboration d'un plan d'action dans le but de réaliser une société de l'information à l'échelle globale jusqu'en 2015. Dans cette déclaration de principes, on a, de nouveau, valorisé l'importance d'une collaboration entre les gouvernements, le secteur privé, la société civile, l'Organisation des Nations Unies ainsi que d'autres organisations, pour pouvoir faciliter à *chacun* l'accès à l'information, aux idées et au savoir de manière à établir une société de l'information mondiale et inclusive. On est arrivé à la conclusion que cela ne semble guère ou difficilement réalisable, au moins à l'horizon 2015: la situation actuelle montre clairement qu'on est loin de ce qu'on pourrait appeler un accès égal aux TIC à l'échelle globale. La situation actuelle est le sujet du prochain chapitre. Celui introduit aussi la seconde partie du mémoire qui traite en effet la diffusion effective du médium principal de la société en réseaux, soit la dispersion globale des utilisateurs d'internet. On parle alors de la «géographie de l'internet». On a ensuite reconstitué cette géographie à l'aide des indicateurs quantitatifs basés sur une comparaison Nord Sud. Le site web *Internet World Stats* a servi de source pour les données et les graphiques. D'abord, on a comparé le taux de diffusion des utilisateurs en pourcentage par rapport à chaque pays ou ensemble de pays. On a, cependant, remarqué que ces chiffres semblent peu efficaces pour désigner la véritable inégalité. Il importe également de prendre en considération le nombre d'habitants de chaque pays. Ce n'est qu'alors qu'on peut montrer clairement que les pays industrialisés ont respectivement beaucoup plus d'utilisateurs. Ainsi l'Europe compte 800 Millions d'habitants et plus de la moitié de la population a accès à internet. En Amérique du Nord, plus de deux tiers de la population entière font partie des utilisateurs. En revanche, en Asie, un continent qui comprend plus de la moitié de la population mondiale soit quatre milliards de personnes, seulement un quart de cette population utilise internet. En Afrique, où l'on compte plus d'un milliard d'habitants, seule une personne sur cent a accès à internet. Suite à ces observations, on a comparé le taux de pénétration d'internet des pays. Celui-ci a mis en évidence les véritables disparités entre les pays: l'Amérique du Nord compte un taux de pénétration de 78 %, l'Europe de 58%, et lorsque l'on ne considère que les pays de l'Union Européenne on arrive même à un taux de 67%. La moyenne mondiale est de 30%, l'Asie et l'Afrique se trouvent cependant en-dessous de la

moyenne avec respectivement 24% et 11,5%. Dans l'ensemble, on a observé de nettes différences d'usage d'internet à l'intérieur même des pays dues, en général, au fait que les utilisateurs se concentrent sur les grandes villes et sur les zones urbaines. Cela est notamment le cas en Asie, qui a, comme il a été dit antérieurement, un taux de pénétration de 24%. Il n'empêche qu'on y trouve des pays comme Singapour, le Japon ou la Corée du Sud, où ce taux dépasse les 80%. Ensuite, on a examiné la croissance du taux de pénétration des différents pays en le comparant avec le taux de pénétration de décembre 2000. Ces données ont permis de constater une croissance extrêmement rapide quant aux pays en voie de développement. En Afrique, le taux des utilisateurs d'internet a augmenté pendant la période mentionnée de 2550%, au Moyen-Orient de 1990% et en Amérique Latine de 1000%. En revanche, en Amérique du Nord, on peut enregistrer une augmentation de seulement 150%, augmentation également faible en Europe avec 350%. Néanmoins, des études ont révélé que, dans les pays en voie de développement, cette énorme croissance ne concerne que les centres importants comme les institutions financières, les hauts postes publics et gouvernementaux, le militaire ou des hôtels internationaux dans des régions touristiques. De plus, le développement partiel du réseau numérique s'y est fait avec le support financier des Etats-Unis et de l'Europe, ce qui implique une dépendance de ces deux pouvoirs. Le renouvellement du système de communication entier aurait été trop coûteux, aurait pris trop de temps et exigé, entre autres, des procès de dérégulation. Ceux qui profitent donc premièrement dans les pays sous-développés de cette nette croissance sont les zones urbaines cruciales, les activités globales et les groupes sociaux avec une meilleure formation. On a formulé la thèse que, dans l'ensemble, les structures territoriales qui désignent la diffusion inégale d'utilisateurs d'internet à l'échelle mondiale démontrent les structures de l'inégale répartition globale. Dans le chapitre suivant, on a théorisé la fracture numérique. En premier lieu, on a constaté que les expressions «fracture numérique» ou «fossé numérique» et leur pendant dans d'autres langues, comportent une opposition binaire, c'est-à-dire une distinction entre utilisateurs et non-utilisateurs, ce qui peut être critiqué comme polarisation qui empêche une différenciation plus précise. Ensuite, on a posé la question de savoir comment on peut expliquer la fracture numérique. On a dit que ce terme est lié aux questions de la connectivité communicative soit jusqu'à quel point cette connectivité est donnée ou non. On a vu ensuite qu'on peut parler également de fractures médiatiques ou de fractures de connectivité qui résultent des inégalités d'accès aux TIC ou, plus spécifiquement, au réseau numérique. Dans ce contexte, il ne faut pas perdre de vue qu'«accès» décrit notamment l'accès physique aux infrastructures techniques. Mais ce terme comporte également les compétences médiatiques dont on a besoin pour se servir de ces infrastructures. Enfin, on a présenté le concept de Norris (2001). Par rapport à internet et la fracture numérique, Norris (2001) différencie entre la fracture globale, la fracture sociale et la fracture démocratique. On a mis en

évidence que l'objet de recherche central du présent mémoire est la fracture globale c'est-à-dire la fracture mondiale dans l'usage des médias, notamment d'internet, entre les différents pays. On a pourtant nommé des facteurs comme la formation, l'ethnie, l'âge etc., qui peuvent être à l'origine de la fracture sociale selon le concept de Norris (2001). Il s'agit donc des différences d'accès aux médias à l'intérieur même d'un pays. Ensuite, on a repéré trois dimensions à l'intérieur de la fracture globale: la dimension technique-infrastructurelle, qui comprend les compétences médiatiques requises, la dimension du contenu, qui se réfère à l'origine et à la destination des contenus médiatiques, et la dimension représentative. Pour décrire la dimension représentative, on a pris comme exemple l'institution, mentionnée antérieurement, ICANN (*Internet Cooperation for Assigned Names and Numbers*), qui est marquée par rapport à leurs membres par une dominance américaine. Dans la deuxième partie du chapitre, on a particulièrement prêté attention au terme «accès». D'abord, on a fait référence à la re-conceptualisation de la fracture numérique de Warschauer (2002). Warschauer (2002) décrit l'usage de TIC comme procès d'inclusion sociale et a émis un lien entre l'acquisition de la littéralité et l'acquisition de l'accès aux TIC. Il a identifié plusieurs parallèles entre ces deux phénomènes. Alors que la littéralité était une condition de base pour pouvoir participer au capitalisme de l'ère industrielle, l'accès aux TIC est la condition de base pour pouvoir participer au capitalisme de l'ère de l'information. Un autre point commun entre les deux résulte du fait qu'il faut, pour l'un comme pour l'autre, des artefacts physiques (le livre ou l'ordinateur). En outre, les deux exigent non seulement des compétences de réception mais encore de production. On a constaté qu'on peut en déduire quatre types de ressources pour faciliter l'accès aux TIC: les ressources physiques (ordinateur et télécommunication), les ressources numériques (contenu en divers langues), les ressources humaines (littéralité et formation), les ressources sociales (communauté et support institutionnel). Ensuite, on a analysé un autre modèle pour décrire l'étendue du terme «accès» par rapport aux TIC. Selon Wilson (2004), on peut identifier huit facteurs pour distinguer un accès simplement formel d'un accès efficace. Ces facteurs concernent l'accès physique, l'accès financier, l'accès cognitif, l'accès du contenu, l'accès productif, l'accès du design, l'accès institutionnel et l'accès politique. Dans le septième chapitre, il est fait recours à ces facteurs pour montrer jusqu'à quel point leur manque empêche l'usage efficient des TIC en Afrique, exemple d'un ensemble de pays en voie de développement avec une moyenne de pénétration d'internet extrêmement basse. Plus de la moitié des pays africains se situent au-dessous d'un taux de 5%. Le taux de pénétration le plus élevé est le Maroc avec 41%. Au Nigeria, il est, avec 28%, relativement élevé, c'est également le cas pour l'Egypte avec 24,5%. Dans la suite, on a montré plusieurs aspects qui contribuent à la marginalisation de l'Afrique de l'économie globale: l'insuffisance du cadre institutionnel, le manque des infrastructures pour la production et la communication, le manque du capital humain, ainsi que des défauts dans la poli-

tique économique, qui défavorise les exportations et les investissements en faveur des hommes d'affaires locaux, qui, entretiennent d'ailleurs des liens douteux avec la bureaucratie publique. Dans l'ensemble, on a constaté que, dans beaucoup de nations, il y a une petite élite qui exploite les ressources, notamment les ressources naturelles, de leur pays et effectuent avec ces profits des investissements internationaux. C'est pourquoi on parle d'une intégration sélective du capital africain dans le réseau mondial du capital, des biens et des services. Il n'y a qu'une petite minorité de pays africains, qui tire profits de ces investigations. Ensuite, on a rapporté plusieurs enjeux conjoints au développement et à la diffusion des TIC face auxquels se trouve l'Afrique. On les a analysés à la lumière des facteurs cités antérieurement, considérés comme indispensables pour pouvoir établir les conditions à un accès efficace. Quant au réseau de distribution de l'électricité et donc de l'infrastructure des télécommunications, il y a des différences frappantes entre les zones urbaines et rurales. On en a déduit que dans un nombre pertinent de pays, l'accès physique n'est qu'à peine donné. En ce qui concerne l'accès financier, on a vu que les coûts élevés du matériel informatique et des services de télécommunication font partie des principaux obstacles. Par ailleurs, dans certains pays, les ordinateurs et les portables sont encore taxés à l'échelle des produits de luxe. De plus, les entreprises des TIC, sont souvent dans une position de monopole et, faute de concurrence, augmentent les coûts des services si bien que ces derniers ne sont pas du tout en adéquation avec les salaires généralement très bas en Afrique. À cause de ces coûts élevés, on a établi des accès publics aux TIC, comme par exemple les cybercafés, les téléboutiques ou les télé-centres communautaires. On peut donc constater la réalisation de ce qu'on a nommé accès institutionnel. S'y ajoute, finalement, le problème que l'accès au contenu n'est pas donné. Les contenus ne correspondent pas aux intérêts et aux besoins des personnes ni par rapport aux langues les plus présentes dans le réseau, ni par rapport aux thématiques et aux sujets traités. Des états francophones peuvent profiter de l'avantage que beaucoup d'organisations internationales favorisent le contenu numérique en langue française. Dans ce contexte, on a mentionné l'OIF (*Organisation internationale de la Francophonie*) qui cherche à promouvoir la présence et la visibilité des ressources francophones sur internet ainsi que la production de contenus originaux. Ensuite on a examiné plus en détail le Cameroun. En référence à un rapport d'un chercheur associé à la FPAE (*Fondation Paul Ango Ela*), située au Cameroun, on a exposé les mesures qui y ont été prises pour réaliser la vision d'accès à la société de l'information à l'horizon 2015. Selon les exigences de la déclaration de principes du SMSI (*Sommet mondial sur la société de l'information*), on a mobilisé tous les acteurs concernés par ce vaste chantier: des agences nationales en charge de la régulation des télécommunications, plusieurs ministères, des ONG (*Organisations non-gouvernementales*) spécialisées et non spécialisées, des acteurs du secteur privé ainsi que des organisations internationales comme l'UNESCO, l'UIT et la Banque mondiale. Il s'agit

donc de la mise en œuvre de la gouvernance mondiale. Mais dans ce procès se sont bientôt créés des conflits d'intérêts entre les différents acteurs qui y sont intervenus, conflits dus à la diversité de leurs approches stratégiques et de leurs logiques d'actions. Tandis que les uns se concentrent sur la démocratisation de l'accès, c'est-à-dire la mise à disposition des services, si possible gratuitement, sinon à des coûts acceptables, les autres cherchent, selon leur orientation capitaliste, surtout à atteindre le maximum de bénéfices. Quant aux bailleurs de fonds et aux organismes internationaux, ils considèrent les TIC comme des outils qui permettent à l'Afrique de rattraper une partie du retard accumulé sur les pays industrialisés en matière de développement. Selon cette logique, les pays africains devraient libéraliser le secteur des télécommunications, comme l'a fait l'occident, et l'ouvrir ainsi à la concurrence. Bien que les mesures, qui ont été prises, aient porté des nettes améliorations de l'infrastructure des TIC ainsi qu'une baisse des coûts de télécommunications, le Cameroun est encore loin d'atteindre l'objectif de l'entrée dans la société de l'information. À défaut d'un cadre législatif et réglementaire cohérent, également le fait du manque de consensus entre les différents opérateurs, on peut mettre en doute la réalisation de cette vision à l'horizon 2015. Avec le huitième chapitre s'est effectué le passage à la troisième partie du mémoire. On y a abordé la fracture numérique d'une perspective éthique. Avant tout, on a distingué entre trois positions en ce qui concerne le potentiel d'internet dans le cadre des inégalités mondiales: premièrement les cyber-optimistes qui considèrent internet comme outil pour surmonter tôt ou tard les disparités, ensuite les cyber-sceptiques, pour lesquels c'est à la société de décider si et jusqu'à quel point on peut en profiter de manière égalitaire, et enfin les cyber-pessimistes, qui sont d'avis que, la distribution inégale d'accès à internet présente justement un renforcement des inégalités déjà existantes. Dans un deuxième moment, on a posé la question de savoir si la résolution de la fracture numérique peut être considérée comme une nécessité éthique. On a proposé une première position en s'appuyant sur un article de Bohlken (2004) qui prétend que cette résolution serait exclusivement une priorité éthique si le manque d'accès au réseau numérique était une offense du droit aux besoins élémentaires matériels ou informationnels d'un individu. Beaucoup de personnes n'auraient, cependant, pas nécessairement besoin d'internet pour satisfaire ces besoins élémentaires. Malgré les avantages économiques que crée l'usage d'internet par des opérateurs économiques pour un pays, Bohlken (2004) prétend que ce médium ne serait qu'une seule cause de l'inégalité de la répartition, sa mise en place mondiale ne serait ainsi qu'une stratégie potentielle pour aider les pays en voie du développement à rattraper leur recul économique. La résolution de la fracture numérique ne serait donc qu'une seule stratégie pour surmonter des disparités globales mais ni la seule ni nécessairement la plus efficace. L'auteur se réfère, entre autre, à l'article 19 de la *Déclaration universelle des droits de l'homme*, soit la liberté d'expression et d'information et l'explique comme le droit absolu d'un individu d'avoir accès

aux informations indispensables afin de pouvoir survivre dans „sa propre“ société, c'est-à-dire de disposer d'informations qui feraient partie des besoins informationnels élémentaires. Ainsi elle nie l'indispensabilité d'internet pour tous les individus, en argumentant justement que certains n'en auraient pas besoin pour se procurer ces informations fondamentales. Pourtant, dans l'ère de l'information, cette position paraît critiquable. Même si on ne participe pas activement au mécanisme du réseau on peut être touché par ce développement et ses implications. Suite à l'interconnexion mondiale de tous les domaines comme l'économie, la politique et la culture, ce que l'auteur a nommé «sa propre» société ne peut plus forcément être assimilé à une certaine nation ou réduit à des frontières territoriales. C'est la même chose pour les informations dont est besoin pour survivre. Par conséquent, les obtenir à des coûts raisonnables et dans un cadre temporel adéquat, est de plus en plus difficile sans avoir accès au réseau numérique. Dans cette section du chapitre, on a donc mis le focus sur la quantité de l'information qu'on peut ou non obtenir du réseau numérique, ainsi que sur internet dans le cadre de l'inégalité de la répartition globale. En revanche, dans la deuxième partie, on a pris en considération un tout autre concept, dont la base se constitue, de même que la base théorique du mémoire, sur la conception du réseau comme le mécanisme dirigeant de la société contemporaine. D'après cette idée, la résolution de la fracture numérique présente une obligation éthique. Internet est perçu comme un outil primordial pour établir et maintenir des réseaux. Il est donc indispensable pour participer à cette nouvelle variante de gouvernance et pour en bénéficier au maximum. Au lieu de la répartition inégale mondiale, on a parlé d'une (in)égalité de l'interconnexion en réseaux. Ce concept exige que chacun doive impérativement avoir accès aux instruments qui sont nécessaires pour se connecter et demande à ceux qui se trouvent dans une situation plus favorisée de s'engager pour que l'accès soit ainsi offert aux défavorisées. Bien qu'on ait critiqué cette attitude sur certains aspects comme par exemple sur la philanthropie de la part des favorisés qu'elle présuppose, on s'est exprimé dans l'ensemble de manière plus favorable à cette idée puisqu'elle ne met pas en question la quantité et la qualité d'information potentielle à laquelle on aurait accès ou pas. Par contre, elle se base sur le principe que chacun puisse participer au mécanisme de réseau qui dirige notre société dans le but de réaliser une véritable égalité d'interconnexion. Dans la troisième partie de ce chapitre, on a discuté de la fracture numérique dans le cadre du développement mondial. En se référant de nouveau à la base théorique, on a discuté les effets sociétaux qui résultent de l'écart profond, crée par la fracture numérique, entre ceux qui sont inclus et ceux qui sont exclus du réseau mondial. Une fois de plus, on a constaté que ce fossé ne se fait pas seulement entre le Nord et le Sud mais également à l'intérieur même des pays. Cela vaut d'autant plus pour les pays sous-développés, dans lesquels il n'y a que les élites qui réussissent à se connecter au réseau global, souvent aux dépens du reste de la population. Par conséquent, les tensions entre les deux pôles y sont beaucoup

plus fortes. Par ailleurs, on a de nouveau mis en relief les effets de la technologie sur l'économie, qui a été transformée en un système informationnel et mondial qui marginalise à la base tous les gens qui n'ont ni accès aux technologies ni à une formation. Ces marginalisés, sans perspective, se retirent souvent dans un autre système qui existe parallèlement et qui est en train d'élargir de plus en plus ses dimensions: il est question de l'économie criminelle mondiale. Un autre phénomène qui va de pair avec la société en réseaux et l'économie mondiale, dont on a d'ailleurs récemment subi les conséquences, sont les crises financières de dimensions variées. Crises et criminalité expliquent un affaiblissement de la souveraineté des états et de leur légitimité. Les implications de ces facteurs sont un ensemble de désintégration politique, guerres civiles, massacres, fuites, famines et épidémies. Non seulement on ce qui concerne la crise financière, mais aussi d'autres enjeux, il suffit de se rapporter aux événements arrivés en 2011 pour démontrer qu'au moment de la rédaction du présent mémoire, toutes ces prévisions faites par Castells (2001, *The Internet Galaxy*) tout au début du XXI^{ème} siècle, se sont déjà tragiquement réalisées. Pour conclure, on a présenté une vague proposition pour la répartition de la fracture numérique et les défis qui y sont liés. Il s'agit de la mise en œuvre d'un processus d'apprentissage sociétal basé sur des institutions (politiques) responsables. Dans le dernier chapitre on a abordé les challenges face auxquels se trouve la société en réseaux à la lumière des sentiments sociétaux qu'ils créent. Suite aux conflits, qui vont de pair avec les nouvelles technologies, mais aussi en regard des innovations scientifiques qu'elles facilitent, on a parlé d'un «sentiment de malaise» envers le changement technologique qui, d'après Castells (2005), se fait remarquer dans la société. On a vu que ce malaise s'exprime parfois de façon collective, ce qui a, de nouveau, été analysé face à un phénomène actuel, le mouvement *Occupy*, qui a débuté aux Etats-Unis, plus précisément à New York. À l'exemple de ce mouvement on a mis en évidence plusieurs facettes de la société en réseaux: d'un côté, les disparités économiques renforcées par l'économie informationnelle globale, qui se reflète déjà dans le slogan *We are the 99%*, de l'autre côté, les possibilités d'interconnexion mondiale, facilitées par les nouvelles technologies, dont profitent également les responsables et les participants de l'action. À la fin de ce chapitre, on a fait ressortir le défi le plus fondamental de la société en réseaux: c'est, tant absurde que cela soit, le manque des institutions potentielles pour pouvoir affronter les défis de ce nouveau type sociétal. En référence à Castells (2005), on a vu qu'on peut observer une contradiction entre le sur-développement technologique et le sous-développement sociétal. Cela signifie que la structure organisationnelle de la société est trop primitive par rapport au pouvoir de notre intellect et de la technologie. Suite à cette constatation, on a considéré les types d'acteurs potentiels. On est arrivé à la conclusion que, parallèlement au processus d'apprentissage sociétal, comme on l'a discuté antérieurement, des institutions politiques sont indispensables pour régler les réseaux par un cadre législatif. Par contre, il faut égale-

ment une collaboration de leur part avec les opérateurs du secteur privé et les ONG. De plus, on a constaté que la société doit être intégrée dans ce processus d'institutionnalisation. C'est, selon Castells (2005), une nécessité qui peut se réaliser à l'aide des médias. Mais, vu la croissante privatisation et commercialisation dans ce secteur, on peut se demander si les médias sont vraiment les acteurs appropriés pour prendre en charge cette fonction et l'effectuer de manière démocratique. Dans le cadre de cette réflexion on a fait référence à un autre sociologue, Tilmann Allert (2009). Celui-ci traite la problématique des institutions d'une autre perspective même si sa thèse de base correspond à la base théorique du mémoire. Il réclame que la société s'organise désormais de plus en plus en réseaux. La morphologie du réseau s'est étendue aux institutions sociales les plus variées, même sur celles du niveau micro, comme la famille, mais aussi sur celles du système scolaire. L'organisation en réseaux mène à une augmentation de la flexibilité et de l'adaptabilité, qu'on peut décrire comme deux facteurs primordiaux pour la rationalisation qui s'effectue dans la société. Mais en même temps, elle aboutit à une diminution non seulement du potentiel intégratif mais aussi du sentiment d'obligation. Face à ce changement, on remarque dans la société un manque de confiance qui se manifeste dans un recours croissant à des preuves de performance et d'efficacité. Ce développement se traduit dans plusieurs secteurs, notamment dans le système universitaire réformé. Somme toute, on a formulé la thèse que la société en réseaux ne souffre pas seulement d'un manque d'institutions qui pourrait prendre en charge les nouveaux challenges mais aussi d'un manque de confiance envers ces institutions de la part de la société elle-même et de ses acteurs.

11. Bibliographie

Bohlken, Elke (2004): Verlangt die Forderung nach kultureller Autonomie die Überwindung des Digital Divide? Eine kritische Grundrechtsdiskussion. In: Scheule, Rupert M./Capurro, Rafael/Hausmanninger, Thomas (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 71-83.

Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie. Das Informationszeitalter. Opladen: Leske + Budrich.

Castells, Manuel (2003): Jahrtausendwende. Teil 3 der Trilogie. Das Informationszeitalter. Opladen: Leske + Budrich.

Castells, Manuel (2005): Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Greis, Andreas (2004): Cybergeographie. Zur Morphologie des Digital Divide. In: Scheule, Rupert M./Capurro, Rafael/Hausmanninger, Thomas (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 37-50.

Hachmeister, Lutz/Rager, Günther (Hrsg.) (2005): Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt. Jahrbuch 2005. München: C.H. Beck.

Hafez, Kai (2005): Mythos Globalisierung: Warum die Medien nicht grenzenlos sind. Wiesbaden: VS Verlag.

Hepp, Andreas (2006): Transkulturelle Kommunikation. Konstanz: UVK.

Kleinstauber, Hans J. (2005): Medienpolitik. In: Hepp, Andreas/Krotz, Friedrich/Winter, Carsten (Hrsg.): Globalisierung der Medienkommunikation. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 93-116.

Latzer, Michael (1997): Mediamatik – Die Konvergenz von Telekommunikation, Computer und Rundfunk. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Le Nouveau Petit Robert de la langue française. (2009). Dictionnaire alphabétique et analogique de la langue française. Texte remanié et amplifié sous la direction de Josette Rey-Debove et Alain Rey. Paris: Dictionnaires le Robert.

Norris, Pippa (2001): Digital Divide? Civic Engagement, Information Poverty and the Internet worldwide. Cambridge: University Press.

Pross, Hary (1972): Medienforschung. Darmstadt/Wien: Habel.

Scheule, Rupert M.(2004): Digitale Spaltung und Vernetzungsgerechtigkeit. In: Scheule, Rupert M./Capurro, Rafael/Hausmanninger, Thomas (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 121-137.

Steinbicker, Jochen (2001): Zur Theorie der Informationsgesellschaft: Ein Vergleich der Ansätze von Peter Drucker, Daniel Bell und Manuel Castells. Wiesbaden: VS Verlag.

Wilson, Ernest J. III (2004): The Information Revolution and Developing Countries. Cambridge, Massachusetts, London: MIT Press.

Zillien, Nicole (2006) : Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Internetquellen

Allert, Tilman: Gesellschaftstheorie. Die Sorge hat keine Adresse mehr. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 19.08.2009. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/gesellschaftstheorie-die-sorge-hat-keine-adresse-mehr-1843598.html#Drucken> (28.11.2011).

FPAE (Fondation Paul Ango Ela) 2002. URL: <http://www.grip.org/rafal/membres/fpae.html> (12.12.2011).

Ewangue, Jean Lucien: La politique de développement des technologies de l'information et de la communication au Cameroun: une dynamique d'accès inégalitaire à la société de l'information. In: Symposium Netsuds 2009 – Enjeux autour de la régulation. Jeux et enjeux autour de la régulation du secteur. S. 1-14. URL: <http://www.gdri-netsuds.org/IMG/pdf/Ewangue.pdf> (11.11.2011).

Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Entwicklungsländer. URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54900/entwicklungslaender-v4.html> (12.12.2011).

Internet World Stats: Usage and Population Statistics 2011. URL: <http://www.internetworldstats.com/stats.htm> (22.12.2011)

Interview mit Tim Berners-Lee vom 24.02.2000. Geführt von Christian Tenbrock: Bürokraten hätten das nie geschafft. Ein ZEIT-Gespräch mit Tim Berners-Lee, dem Erfinder des World Wide Web. In: Die Zeit. Nr. 9, 2000. URL: http://www.zeit.de/2000/09/200009.int.bernes-lee_.xml (28.11.2011).

Interview mit Manuel Castells vom 03.04.2000. Geführt von Bredow, Rafaela/Schumann, Harald: Überleben im Netzwerk. In: Der Spiegel. Nr. 14, 2000. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-16098362.html> (28.11.2011).

ITU (International Telecommunication Union): History. 04. 10.2011. URL: <http://www.itu.int/en/about/Pages/history.aspx> (26.11.2011).

Jensen, Mike: ICT in Africa: A Status Report. 2003. In: Africa. Tracking Internet Progress. S. 86-100. URL: <http://www.share4dev.info/telecentreskb/documents/4232.pdf> (22.12.2011).

Mezouaghii, Mihoub: L'insertion des TIC au Maghreb: Quelles opportunités industrielles? Quels enjeux stratégiques? In: Netsuds. Technologies de la communication et développe-

ment. Les fractures numériques Nord/Sud en question.Nr.1. 08.2003. S. 47-66. URL:
<http://www.gdri-netsuds.org/IMG/doc/revue/n1/MEZOUAGHII1.pdf> (11.11.2011).

OECD. Die OECD Mitglieder und Partner. In:
http://www.oecd.org/document/39/0,3746,de_34968570_35009030_39992423_1_1_1_1,00.html. (12.12.2011).

OIF (Organisation internationale de la Francophonie): Le français dans l'univers numérique. 2008/11. URL: <http://www.francophonie.org/Le-francais-sur-la-toile.html> (22.12.2011).

OIF (Organisation internationale de la Francophonie): Organisation internationale de la Francophonie. Programme 2010-2013. 2010. URL:
http://www.francophonie.org/IMG/pdf/OIF_programme-2010-2013.pdf (22.12.2011)

O.V.: Wie sich das Netz am Pfefferspray-Cop rächt. In Süddeutsche Zeitung Online. 23.11.2011: URL: <http://www.sueddeutsche.de/digital/umstrittener-einsatz-gegen-occupy-demonstranten-wie-sich-das-netz-am-pfefferspray-cop-raecht-1.1197592> (25.11.2011).

Rohn, Walter: Die UNESCO-Kommunikationspolitik und der Regelungsdiskurs. Technikgestaltung im 21. Jahrhundert – im Spannungsfeld von Markt, Regulierung und Partizipation. Zweite österreichische TA-Konferenz. 27.05.2002. URL:
<http://www.oeaw.ac.at/ita/ta02/Rohn.pdf> (25.11.2011).

Schulzki-Haddouti, Christiane: "Wir sind die 99": Ist Occupy Wallstreet eine Netzrevolution? In: ZDF. Hyperland. Darüber spricht das Web. 12.10.2011. URL:
<http://blog.zdf.de/hyperland/2011/10/wir-sind-die-99-ist-occupy-wallstreet-eine-netzrevolution/> (25.11.2011).

Siegle, Jochen A.: Afrika offline. Keine Spur vom digitalen Dorf. In: Der Spiegel Online. 29.11.2000.URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,105324,00.html> (28.11.2011).

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization): Zwischenstaatliches Programm zur Medienförderung (IPCD). 17.06.2010. URL:
<http://www.unesco.de/ipdc.html?&L=0> (25.11.2011)

Warschauer, Mark: Reconceptualizing the Digital Divide. In: First Monday. Peer-reviewed Journal on the Internet. Vol. 7, Nr. 7. 01.07.2002. URL:
<http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/967/888> (17.10.2011)

WSIS (World Summit on the Information Society): Weltgipfel über die Informationsgesellschaft. Grundsatzerklärung. Aufbau der Informationsgesellschaft: eine globale Herausforderung im neuen Jahrtausend. 12.12.2003a. URL:
http://www.un.org/depts/german/conf/wsis_03_geneva_doc4d.pdf (22.12.2011)

WSIS (World Summit on the Information Society): Weltgipfel über die Informationsgesellschaft. Aktionsplan. 12.12.2003b. URL:
http://www.un.org/depts/german/conf/wsis_03_geneva_doc5d.pdf (22.12.2011)

Abstract

Die kommunikationstechnologische Revolution, insbesondere das Internet, hat unsere Gesellschaft grundlegend verändert. Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, diese Veränderungen im Rahmen der Theorie der Netzwerkgesellschaft nach dem Soziologen Manuel Castells (2001) aufzuzeigen. Dabei geht es darum, den Problemen nachzugehen, die durch die ungleiche Verteilung der Zugänge zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, sprich dem Digital Divide, entstehen. In einem ersten Schritt werden das Netzwerk als gesellschaftliches Steuerungsprinzip und dessen Auswirkungen auf die Bereiche (Medien)Wirtschaft und (Medien)Politik beschrieben. In einem zweiten Moment wird das Phänomen Digital Divide theoretisiert. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei einer differenzierten Betrachtung des Begriffs „(Medien)Zugang“. Es folgt eine empirisch fundierte Darstellung des globalen Digital Divide in Bezug auf das Internet an Hand quantitativer Indikatoren im Nord-Süd-Vergleich. Schließlich werden sozio-ökonomische Faktoren analysiert, auf welche der technologische Rückstand der afrikanischen Länder zurückgeführt wird. Am Fallbeispiel Kamerun wird aufgezeigt, welche Interessenskonflikte durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Logiken entstehen, wenn private, staatliche und gemeinwirtschaftliche Akteure gemeinsam Maßnahmen planen, um Anschluss an die Informationsgesellschaft zu finden. In der letzten Phase wird der Digital Divide aus ethischer Perspektive betrachtet, unter anderem im Hinblick auf die globale Verteilungsgerechtigkeit und die globale Entwicklung. Die Arbeit schließt mit Überlegungen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Netzwerkgesellschaft, sowie dem Mangel an Institutionen, die sich dieser annehmen. Dabei wird auf aktuelle gesellschaftliche Ereignisse Bezug genommen.

Curriculum Vitae

Angaben zur Person

Vorname / Nachname **Karin Innerhofer**
E-mail karin_in@hotmail.com
Staatsangehörigkeit Italienisch
Geburtsdatum 14.12.1987
Geschlecht Weiblich

Ausbildung

Zeitraum Oktober 2007 – Juni 2012
Bezeichnung der zu erwerbenden Qualifikation Magistra der Philosophie (Mag.phil.)
Studienrichtung Romanistik Französisch
Name und Art der Bildungseinrichtung Universität Wien

Zeitraum Oktober 2010 – Juni 2011
Bezeichnung Auslandsaufenthalt im Rahmen des Erasmus Mobilitätsprogrammes
Studienrichtung Französisistik
Name und Art der Bildungseinrichtung Università degli Studi di Roma La Sapienza, Rom

Zeitraum Oktober 2007 – Juli 2010
Bezeichnung der erworbenen Qualifikation Bakkalaurea der Philosophie (Bakk.phil.)
Studienrichtung Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Name und Art der Bildungseinrichtung Universität Wien

Zeitraum September 2009 – Dezember 2009
Bezeichnung Auslandsaufenthalt im Rahmen des Joint Study Programmes
Studienrichtung Kommunikationswissenschaft
Name und Art der Bildungseinrichtung Concordia University, Montreal, Kanada

Zeitraum August 2006 – März 2007
Bezeichnung Schauspiel- und Phonetik-Unterricht bei Autor Regisseur und Schauspieler Hermann Van Harten
Name und Art der Bildungseinrichtung Freie Theateranstalten Berlin

Zeitraum	September 2001 – Juli 2006
Bezeichnung der erworbenen Qualifikation	Abitur / Matura
Name und Art der Bildungseinrichtung	Deutschsprachiges Humanistisches Gymnasium Beda Weber, Meran – Südtirol
Zeitraum	September 2004 – Mai 2005
Bezeichnung	Auslandsaufenthalt im Rahmen des Gymnasiums
Name und Art der Bildungseinrichtung	Lycée International des Pontonniers, Straßburg
Sprachkenntnisse	
Muttersprache	Deutsch
1. Fremdsprache	Italienisch
	Französisch
	Englisch
Praktikum	
Zeitraum	August 2008 – September 2008
Funktion	Praktikantin in der Abteilung für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit in einem Textilunternehmen
Arbeitgeber	Maharam, 251 Park Avenue South, New York